

Die Politische Meinung

SPAREN

Tugend
oder
Untergang?

ZUM SCHWERPUNKT Dorothea Siems, Konsolidieren oder schmieren?,
Erwin Teufel, Warum sparen?, Michael Böhm, Omas Sparbuch, Thomas Mayer,
Ein Staatsfonds für Deutschland

WEITERE THEMEN Ursula Weidenfeld, Die Miete ist sicher,
Lutz Rathenow, „Nerv uns nicht, denk an den 17. Juni!“

“

Sparen ist eine Grundhaltung. Menschen mit einem Sparwillen leben nicht in den Tag hinein. Sie haben Ziele.
(*Erwin Teufel, Ministerpräsident a. D.*)

Es scheint, dass in der globalisierten Welt funktionierende Kapitalmärkte sparsamer, maßvoller Menschen bedürfen; aber dass dies schwer ist in Zeiten, da Werbung aggressiv das Heil in immer mehr Konsum verspricht und immer höhere Gewinne aus neuen Finanzprodukten – und dass denn auch das Sparbuch nunmehr nur zu einem Erinnerungsort zu werden droht inmitten eines sich global entortenden Finanzsystems.

(*Michael Böhm, Publizist*)

Wie ist es zu erklären, dass unsere Volkswirtschaft insgesamt viel mehr produziert als verbraucht, davon aber vergleichsweise sehr wenig beim Bürger zur Vermögensbildung bleibt?
(*Thomas Mayer, Volkswirt*)

Dass höhere Steuerlasten das Wachstum erheblich bremsen können, wird von den Verfechtern einer expansiven Ausgabenpolitik ausgeblendet.
(*Dorothea Siems, Journalistin*)

“

Neo-keynesianische angelsächsische Ökonomen vom Schlag eines Paul Krugman fordern wie eh und je exzessive staatliche Ausgabenorgien und witzeln über die „schwäbische Hausfrau“ im Berliner Kanzleramt. Dabei ist gerade eine solide Finanz- und Wirtschaftspolitik Gift für die Finanzjongleure dieser Welt.

(*Oswald Metzger, Publizist und Politikberater*)

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Den Streit ums Sparen gibt es schon lange, aber selten wurde er mit solchem Furor ausgefochten wie heute. Inzwischen ist er zu einer Art globalem Glau-benskrieg eskaliert.

Jenseits des atlantischen Schützengrabens sucht man – trotz der bösen Erfahrung, die in die Krise führte – weiterhin im reichen Geldsegen Erlösung für die schwächelnde Konjunktur. Wenn es gut läuft, wird die wunderbare Notenvermehrung der Federal Reserve schon die Reinwaschung von allen Schulden übernehmen! Die „Gerechten“ dieses nachfrageorientierten Be-kenntnisses, wie Paul Krugman, fühlen sich berufen, auch die blinden und lahmen Europäer sehend und gehend zu machen. „Wir haben das Wissen und die Mittel, um dem Leiden ein Ende zu bereiten“, frohlockt Krugman heils-gewiss. Die austeritätsgläubigen Deutschen aber wähnt er mitsamt dem Euro auf dem „Todestrip“.

Im Euro-Europa scheinen diejenigen Oberwasser zu haben, die trotz teils geißelnder Arbeitslosenziffern nicht alle Stabilitätshoffnung fahren las-sen wollen. Doch ob sie am Ende obsiegen, lässt sich schwerlich prophezeien. Wie verheißend wirkt die Ausflucht, sich mit noch mehr geborgtem Geld be-quem aus der Misere zu kaufen, statt sich mühsam herauszureformieren?

Wie Umfragen zeigen, lehnt die Mehrheit der Deutschen exzessives Schuldenmachen ab. Aber bekanntlich gibt es auch bei uns kapitalismuskri-tische Umverteilungsapologeten, die in seltsamer Übereinkunft mit Wall-Street-Kapitalisten die Geldschleusen noch weiter öffnen wollen. Sie rücken mit dem Schlachtruf des „Kaputtsparens“ an, verschanzen sich hinter der For-derung nach Investitionen, zielen aber – noch dazu unter Einsatz der Steuer-schraube – auf die Ausweitung der laufenden Staatsausgaben. Dass sie damit für die nachkommenden Generationen verbrannte Erde hinterlassen und es deswegen ein Gebot der Gerechtigkeit ist, die tatsächlich nötigen Impulse, beispielsweise für die Infrastruktur, aus einer nachhaltigen Haushaltsführung zu leisten, gehört zu den Kernthemen der aktuellen politischen Auseinander-setzung.

Geld-muss-raus-Mentalität ist nicht mehrheitsfähig, aber es kann dem Spar- und Stabilitätsgedanken auf Dauer nicht guttun, wenn geliehenes Geld zu Schleuderpreisen zu haben ist, jedoch das Ersparte zinsbedingt dahin-schmilzt. Ludwig Erhard hat stets die Meinung vertreten, dass, wo viel ver-braucht, auch viel gespart wird. Eigentumsbildung, die schrittweise Mehrung des Vermögens, gerade für geringe und mittlere Einkommen, sind wie ein maßvoller Konsum Leitmotive der Sozialen Marktwirtschaft. Es wäre ein pas-sender Zeitpunkt, neu darüber nachzudenken.



INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Sparen – Tugend oder Untergang?

10 KONSOLIDIEREN ODER SCHMIEREN?

Dorothea Siems

Nur ein Weg führt aus der Schuldenmisere

16 OMAS SPARBUCH

Michael Böhm

Vom Zerfall eines deutschen Erinnerungsortes

21 WARUM SPAREN?

Erwin Teufel

Eine Punktation

29 INTERVIEW: KAMPF DER KULTUREN?

Gespräch mit dem Stanford-

Professor Roland Benedikter

Transatlantische Kontroversen über das Sparen

36 SPOTLIGHTS VOM RUF UND VERRUF DES SPAREN

Fünf internationale Perspektiven

44 EIN STAATSFONDS FÜR DEUTSCHLAND

Thomas Mayer

Chancen und Risiken einer neuen „Anlagemöglichkeit für jedermann“

50 SCHULDEN BREMSEN!

Cvetelina Todorova

Oder sparen wir uns ins Verderben?

55 SICHERHEIT ODER RENDITE?

Michael Mandel

Die Finanzbranche muss das verlorene Vertrauen zurückgewinnen

62 WIE DIE BUNDESREPUBLIK KREDITWÜRDIG WURDE

Kordula Kühlem

Das Londoner Schuldenabkommen 1953

69 VORSPAREN ODER NACHSPAREN?

Barbara Hillen

Wann das Leben auf Pump begann

Kommentiert

24 SWABIAN HOUSEWIFE

Oswald Metzger

Euro- und Weltgenesung auf Schwäbisch?

74 DIE MIETE IST SICHER

Ursula Weidenfeld

Ein hilfloser Dirigismus ersetzt keine maßvollen Vorschriften

104 „NERV UNS NICHT, DENK AN DEN 17. JUNI!“

Lutz Rathenow

Entschlüsselung eines deutschen und europäischen Datums

Seitenblick Religion

81 „LASST SIE NUR MACHEN!“

Stefan Vesper

Was das Pontifikat von Papst Franziskus für den Katholizismus bedeuten könnte

88 DER FRIEDE AUF ERDEN

Arnd Küppers, Peter Schallenberg

Vor fünfzig Jahren erschien die Enzyklika „Pacem in Terris“

Reportage

98 DER KRIEG, DER NICHT ZU ENDE GING

Matthias Donath

Eindrücke aus Südkorea sechzig Jahre nach dem Waffenstillstand

Porträtiert

107 „AFFEKTE UND EFFEKTE“

Karl-Heinz Ott

Verdi und Wagner feiern 200. Geburtstag und bleiben sich so fremd wie eh und je

113 „HÄNDE WEG VOM STATUS QUO!“

Michael Braun

Martin Mosebach, Literaturpreisträger der Konrad-Adenauer-Stiftung 2013

Gelesen

58 SICH FREI SPAREN

Wolfgang Tischner

Das „kleinere Eigentum“ als Grundlage der Freiheit

60 SCHÄDLICHES GELDMONOPOL

Thorsten Polleit

Eine hundertjährige Konjunkturtheorie gibt aktuelle Aufschlüsse

93 NUOVO CINEMA PARADISO

Karl-Josef Kuschel

Von kirchlicher Zensur zu theologischer Orientierung – das „Handbuch Theologie und Populärer Film“

119 SCHWARZBROT STATT FAST FOOD

Alexander Gruber

Gerechtigkeit ist nicht schnell, billig und einfach zu haben

Nachruf

122 EIN MANN DER KLAREN KONTUREN

Michael Borchard, Bernd Löhmann

Ein Nachruf auf Gerd Langguth

Aus der Stiftung

124 NICHT ÜBERALL NUR WILLKOMMEN!

Frank Priess

Nicht „lupenreine Demokraten“ und Demokratieförderung

128 FUNDSTÜCK



Bildstrecke: Kulturgut Sparen – Sparkulturen weltweit

Seite 6

Sparen für die Ausbildung: USA

Seite 7

Sparen für den 15. Geburtstag: die „Quinceañera“ in Lateinamerika

Seite 8

Sparen für die Beerdigung: Volk der Toraja, Indonesien

Seite 78

Sparen in Gemeinschaft: die „Stokvels“ in Südafrika

Illustrationen:

Elisabeth Moch

Sparen

Tugend oder Untergang?

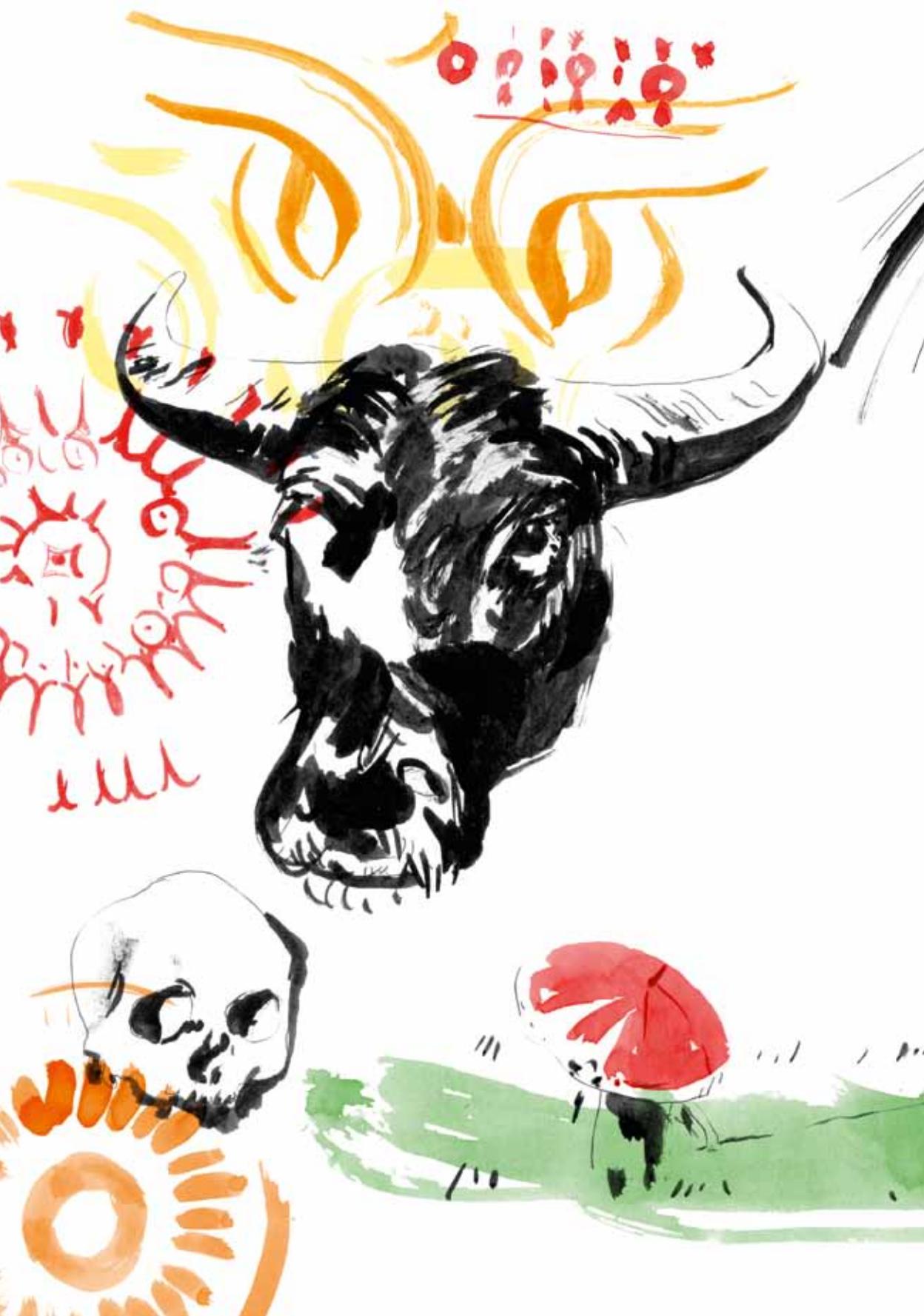


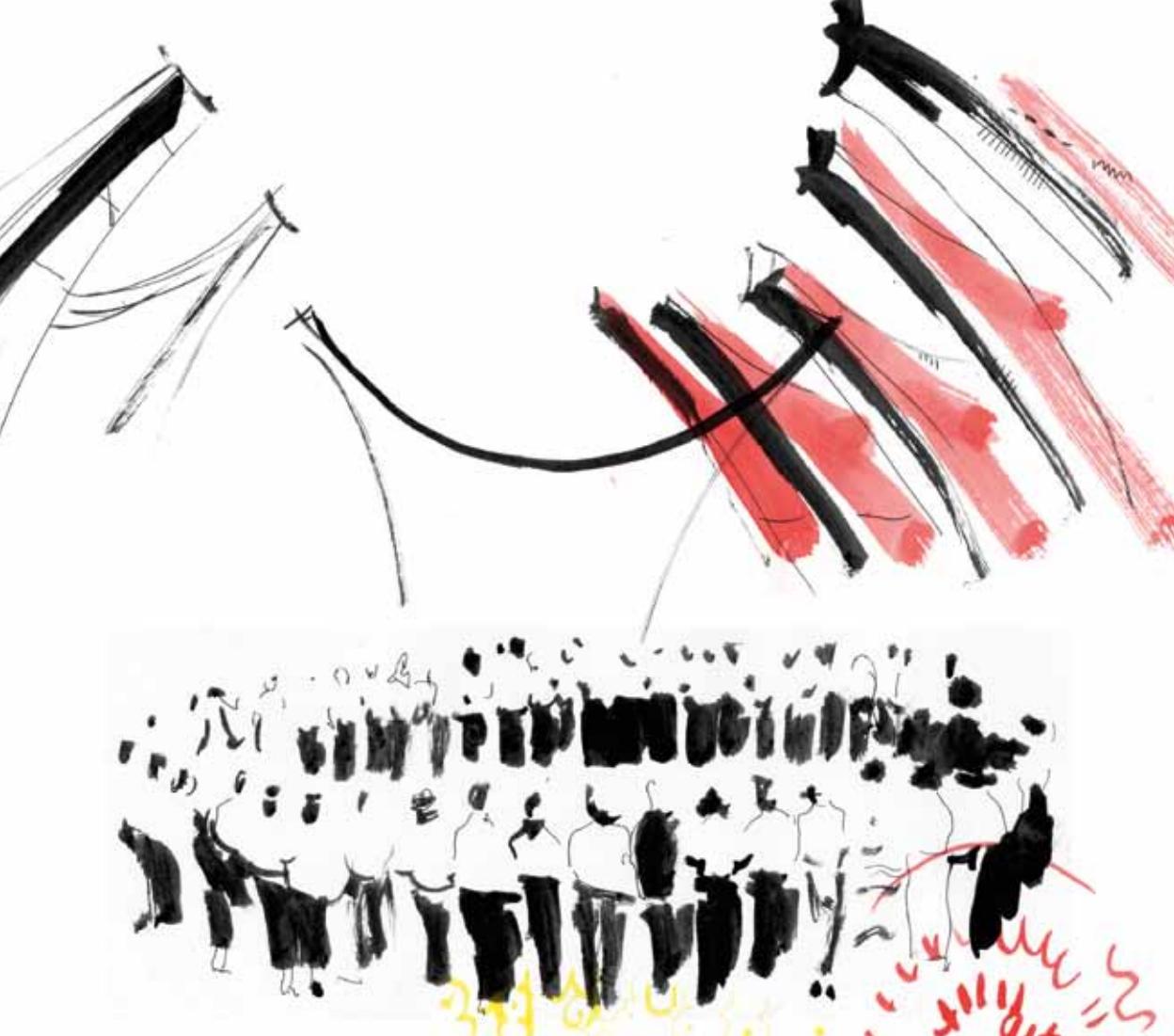
Amerikaner gelten als konsumfreudig, doch für eine gute Ausbildung wird frühzeitig mit dem Sparen begonnen. Wird ein Kind geboren, ist es durchaus üblich, ein Konto einzurichten. Mit den über die Jahre angesammelten Spareinlagen soll später das kostenintensive Studium ermöglicht werden.



Der 15. Geburtstag eines Mädchens wird in vielen Ländern Lateinamerikas intensiv gefeiert, nicht selten mit Hunderten von Gästen. Die „Quinceañera“ markiert den Übergang vom Kind zur Frau und ist Ausdruck eines unbändigen Eltern- und Familienstolzes. Frühzeitig wird dafür gespart, sogar Schulden werden aufgenommen.







Wasserbüffel besitzen in der Kultur des in Indonesien beheimateten Toraja-Volkes eine zentrale Bedeutung. Auch bei den groß angelegten Beerdigungen spielen sie eine entscheidende Rolle. Die Tiere zu **opfern** heißt, die Seele des Verstorbenen zu stärken. Bis die nötigen Mittel für die kostspielige Zeremonie **erspart** sind, verbleibt der einbalsamierte Leichnam oft über Monate im Haus seiner Familie.



Konsolidieren oder schmieren?

Nur ein Weg führt aus der Schuldenmisere

DOROTHEA SIEMS

Geboren 1963 in Berlin, promovierte Volkswirtin, seit September 2010 Chefkorrespondentin für Wirtschaftspolitik, „Die Welt/Welt am Sonntag“.

Hals stehen, scheinen sich ein Beispiel an dem fantasiebegabten Baron zu nehmen. Ob in Paris, Rom oder Düsseldorf – vielerorts buhlen heutzutage die Verantwortlichen als finanzpolitische Geschichtenerzähler um die Wählergunst. Mit immer höheren, kreditfinanzierten Ausgaben der öffentlichen Hand werde sich der Staat selbst aus dem Schuldensumpf befreien, sagen sie. Wirtschaftswachstum auf Pump heißt ihre politische Lösung, die einen scheinbar schmerzfreien Pfad aus der Misere aufweisen soll. Doch anders als

Wer kennt sie nicht, die Erzählung von Münchhausen, dem es gelungen war, sich mitsamt seinem Pferd am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen? Etliche Politiker, denen die Staatsschulden bis zum

bei Münchhausen wird auf solch wundersamem Wege die Rettung im wirklichen Leben niemals gelingen. So mühsam es ist: Der Sumpf muss trockengelegt werden, sonst geht man darin unter.

Eine langfristig erfolgreiche Wirtschaftspolitik basiert nun einmal auf einem soliden Haushalt. Die hohe Kunst besteht darin, Schulden abzubauen, ohne die Wachstumskräfte zu erdrosseln. Nötig ist vielmehr ein Reformkurs, der neue Dynamik in der Wirtschaft freisetzt. Im Interesse künftiger Generationen lohnt es sich, für diesen – zugegeben schwierigen – Politikansatz zu werben. Das gilt gleichermaßen für jedes einzelne Bundesland, für Deutschland insgesamt sowie für die Europäische Union im Allgemeinen und alle Euro-Mitglieder im Besonderen.

DIE VERDECKTEN SCHULDEN

Den meisten Bürgern ist gar nicht klar, in welchem Umfang wir auf Kosten unserer Kinder und Enkel wirtschaften. So zeigt die offiziell ausgewiesene Staatsschuldenquote Deutschlands von über achtzig Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung nur einen Teil der Hypothek. Hinzu kommen noch die verdeckten Schulden in den Sozialversicherungen. Denn die Ansprüche an das Rentensystem, die Pflegeversicherung oder das Gesundheitswesen sind nicht mit Kapitalreserven gedeckt, sondern müssen später von den zukünftigen Beitragsszahlern finanziert werden. Schließlich alimentieren in all diesen Sozialversicherungen die Jüngeren die Älteren, weshalb die Systeme in den kommenden Jahrzehnten vor einer enormen Belastungsprobe stehen. Die sogenannte Nachhaltigkeitslücke, also die Summe aus expliziter und impliziter Verschuldung, beträgt mit 3,5 Billionen Euro eine wahrhaft schwindelerregende Höhe.

Innerhalb des Euro-Clubs gehört Deutschland dennoch zu den Musterschülern. Denn vor allem die Südeuropäer weisen nicht nur einen höheren Schuldenstand auf, sondern leisten sich überdies völlig überdimensionierte Wohlfahrtsstaaten. Im Verhältnis zur jeweiligen Wirtschaftskraft ist die Nachhaltigkeitslücke Frankreichs beispielsweise dreimal so groß wie die deutsche. Spaniens Gesamtverschuldung beträgt gar das Sechsfache. Hierzulande wurden insbesondere in der Rentenversicherung erhebliche Leistungskürzungen beschlossen, um die Alterssicherung demografiefest zu machen. Die Bundesrepublik startete zudem mit der Agenda 2010 vor einem Jahrzehnt ein wirtschaftliches Fitnessprogramm, das die krisengeschüttelten Euro-Partner noch vor sich haben. Dabei ging es auch, aber keineswegs nur um eine Sparpolitik. Zwar war das Streichen staatlicher Leistungen – etwa die Kürzung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfenebene oder Einschnitte im Leistungskatalog der Krankenkassen – ein zentraler Baustein.

Doch von entscheidender Bedeutung war nicht zuletzt das Aufbrechen des zuvor verkrusteten Arbeitsmarktes. Die ungeliebten Hartz-Reformen haben einen beispiellosen Beschäftigungsboom ausgelöst. Überdies stärkten die erheblichen Steuersenkungen die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft.

DIE POLITIK DES BILLIGEN GELDES

Deutschland, das einst als „kranker Mann Europas“ belächelt wurde, ist heute mit seinem robusten Arbeitsmarkt, dem funktionierenden Sozialstaat und vergleichsweise soliden Finanzen die Wachstumslokomotive im Euroland. Trotz des Erfolges der Agenda-Reformen lehnen deren Väter – die Grünen ebenso wie die Sozialdemokraten – es ab, dieses Rezept in den europäischen Krisenstaaten anzuwenden. Für Deutschland wollen sie die Reformen zumindest teilweise zurückdrehen. In Frankreich oder Italien gilt Sparen gleichfalls als wachstumsfeindlich. In Paris und Rom setzt man vielmehr große Hoffnungen in die Politik des billigen Geldes: Die Europäische Zentralbank (EZB) soll im Kampf gegen die Krise die Notenpresse anwerfen. Tatsächlich sorgt die EZB bereits mit dem Aufkauf von Anleihen der Krisenstaaten dafür, dass dort die Zinslast trotz hoher Verschuldung nicht allzu schwer wird. Allerdings kauft die Zentralbank damit nur Zeit, löst aber die Strukturprobleme nicht.

GIGANTISCHE RISIKEN

Im Gegenteil: Die Zentralbanker machen es überhaupt erst möglich, dass die Wackelkandidaten weiterhin über ihre Verhältnisse leben können. Noch immer führt Griechenland mehr Waren ein, als es ins Ausland exportiert. Und noch immer gibt die Regierung in Athen mehr Geld aus, als sie Einnahmen generiert. Das Gleiche gilt für Portugal und für Frankreich, das längst ebenfalls in eine Schieflage geraten ist. Die EZB-Politik bedeutet eine Umverteilung innerhalb der Eurozone von Nord nach Süd. Es werden gigantische Risiken aufgehäuft, die der politischen Kontrolle entzogen sind. Hinzu kommt noch die Haftung über die Euro-Rettungsschirme, die Brüssel aufgespannt hat.

Zwar hat die permanente Notfallhilfe die Finanzmärkte beruhigt. Vor allem das Versprechen des EZB-Chefs Mario Draghi, den Krisenländern notfalls unbegrenzt Geld zu leihen, wirkte. Doch die Gefahr ist groß, dass die Länder die gekaufte Zeit nicht nutzen werden, um ihr Haus in Ordnung zu bringen. Dann werden die Märkte früher oder später von Draghi nicht nur Worte, sondern Taten verlangen und die unbegrenzte Hilfe einfordern. Die

Folge wäre die Überforderung der bislang noch soliden Zahler. Am Ende könnte die Politik des billigen Geldes in eine übermäßige Inflation münden.

TEURE INDUSTRIEPOLITIK

Über den richtigen Kurs in der Krise sind die Euro-Partner heillos zerstritten. Auf den letzten Gipfeltreffen der EU wurde dieser Konflikt durch vage Formulierungen verschleiert. Die Regierungschefs bekannten sich einerseits zur Konsolidierung der Staatsfinanzen. Andererseits will man Wachstumsimpulse setzen. Vor allem Paris und Berlin haben völlig unterschiedliche Vorstellungen davon, wie sich die kriselnde Wirtschaft im Euroland ankurbeln lässt. Die Bundesregierung plädiert für einen Sanierungskurs: Sozial- und Arbeitsmarktreformen sollen die Wettbewerbsstärke der Krisenländer erhöhen und dadurch auf längere Sicht die Staatseinnahmen verbessern. Auch Einsparungen gelten in Berlin als unabdingbar. Im Süden Europas ist indes die Haltung der Franzosen populärer, die auf eine expansive Ausgabenpolitik drängen. Der Staat soll in große Infrastrukturvorhaben investieren, um die erlahmte Konjunktur anzustoßen. Mit öffentlichen Mitteln könnten zudem strategisch wichtige Wirtschaftszweige aufgepäppelt werden. Dabei setzen manche auf klassische Industrien, andere wiederum auf vermeintlich zukunftsträchtige Branchen wie etwa die Solar- oder die Windenergie. Solche Industriepolitik ist teuer – und im Regelfall nicht erfolgreich. Dies zeigt die Erfahrung mit dem Transrapid, der zum Milliardengrab wurde.

IRRSINNIGE SUBVENTIONITIS

Auch die irrsinnige Subventionitis im Bereich der erneuerbaren Energien ist ein Beispiel für staatliche Fehlentwicklung, die den Bürger teuer zu stehen kommt. Die Idee einiger Politiker, Griechenlands marode Wirtschaft ließe sich dadurch ankurbeln, dass die Nordstaaten den Aufbau einer Solarindustrie in dem Krisenland finanzierten, ist absurd. Denn niemand weiß, ob eine solche Energiegewinnung jemals rentabel sein wird. Auch Frankreichs kriselnde Autoindustrie ist ein warnendes Beispiel dafür, dass es den Betrieben auf Dauer nichts nutzt, wenn der Staat ständig Hilfe leistet. Mit Abwrackprämien und anderen Subventionen unterstützt Paris seit vielen Jahren seine Autofirmen und hat sie dadurch träge werden lassen. Im internationalen Konkurrenzkampf fallen die Franzosen immer weiter zurück.

Es gilt der alte Leitspruch liberaler Ökonomen: Der Staat ist am Markt als fairer Schiedsrichter gefragt, nicht als Mitspieler. Politik kann Rahmen-

bedingungen verändern und damit die Wettbewerbsfähigkeit stärken. Aber das Wachstum unter Einsatz von Steuergeldern nachhaltig beschleunigen kann der Staat ebenso wenig wie sichere Arbeitsplätze außerhalb des öffentlichen Sektors schaffen. Subventionen für eine Branche verschaffen einigen Betrieben Vorteile, die im Regelfall jedoch zulasten der Konkurrenz gehen. Am Ende ist der wirtschaftliche Schaden größer als der Nutzen. Häufig profitieren von der staatlichen Zuwendung die im Lobbyismus versierten Großunternehmen auf Kosten der Kleinen. Das wichtigste Argument gegen staatlichen Interventionismus aber ist, dass die Beamten in den Ministerien keineswegs klüger sind als der Markt, der letztlich nichts anderes ist als die Summe von Millionen von Kaufentscheidungen.

ZU VIEL KONSUM, ZU WENIG INVESTITIONEN

Deutschland wird als Zuchtmester in Europa gefürchtet. Im eigenen Haus aber lehnt man allzu große Strenge ab. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hat der Fiskus mehr Geld eingenommen als heute. Trotzdem wächst der Schuldenberg weiter. Dabei profitiert der Finanzminister von den historisch niedrigen Zinsen, zu denen er sich derzeit Geld leihen kann. Sollte Deutschland allerdings seinen Ruf als sicherer Hafen verlieren, wird sich der fehlende Spareifer bitter rächen. Denn dann würde der Schuldendienst viele Milliarden Euro mehr im Jahr verschlingen.

Große Bedeutung für die künftige Haushaltsslage hat zudem die wirtschaftliche Entwicklung. Nur wenn die Konjunktur nicht einbricht, dürften es Bund und Länder schaffen, die Vorgaben der 2009 beschlossenen Schuldenbremse in den nächsten Jahren einzuhalten. Die im Grundgesetz verankerte Regel verpflichtet die Kassenwarthe zu einem ausgeglichenen Haushalt. Diese Fesseln haben sich die Politiker 2009 selbst angelegt, um eine Konsolidierung zu erzwingen. Doch der Test, ob die Regelung auch eingehalten wird, steht noch aus. 2016 greift die Schuldenbremse auf Bundesebene, dann ist nur noch eine minimale Nettokreditaufnahme zulässig. Die Länder dürfen ab 2020 überhaupt keine neuen Schulden mehr machen.

Um dieses Ziel zu erreichen, kann der Staat seine Einnahmen erhöhen, wie es die Opposition fordert. Man will neue Geldquellen erschließen, um mehr Mittel in Bildung und in die vor allem im Westen vernachlässigte Infrastruktur investieren zu können. Dass höhere Steuerlasten das Wachstum erheblich bremsen können, wird von den Verfechtern einer expansiven Ausgabenpolitik ausgebldet.

Investitionen in Schulen, Kindergärten, Straßen und Schienen sind in der Tat nötig. Doch ließen sich mit beherzten Kürzungen im Haushalt Spielräume für derartige Zukunftsinvestitionen schaffen, ohne dass die Bürger noch mehr zahlen müssten. Derzeit fließt ein Großteil der Staatsausgaben in den Konsum. Der Bundeszuschuss zur Rente ist der größte Einzelposten im Bundesetat. Auch der Gesundheitssektor und die Alimentation der Erwerbslosen beanspruchen hohe Anteile. Überdies gönnt sich Deutschland 140 unterschiedliche Familienleistungen, und keiner vermag zu sagen, welche Wirkung sie haben. Der überbordende Wohlfahrtsstaat päppelt alle Bürger, aber kassiert auch bei fast allen ab. Die Verteilungswirkungen der unzähligen Finanzströme sind für Wähler und Politiker gleichermaßen undurchschaubar.

Konsumausgaben kommen ausschließlich der heutigen Gesellschaft zugute. Dass über die Schulden ein Teil der Kosten in die Zukunft verlagert wird, ist unfair. Hinzu kommt, dass im Lauf der vergangenen Jahrzehnte der Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben stetig schrumpfte. Auch damit schadet man künftigen Generationen.

SPAREN IN GUTEN ZEITEN

Einer Gesellschaft, die nach der Devise „Nach uns die Sintflut“ lebt, droht früher oder später ein unsanftes Erwachen in der Realität. In Südeuropa lassen sich die traurigen Folgen einer unverantwortbaren Verschuldung studieren. Sparen ist in Zeiten der Not schmerzhafter als in guten Jahren. Deutschland hat die Chance, ohne große Verwerfungen seinen Staatsetat zu sanieren, indem es seine konsumtiven Ausgaben kürzt und mehr in die Zukunft investiert. Politiker sollten sich dabei stets das weise Wort Ludwig Erhards ins Gedächtnis rufen: „Jede Ausgabe des Staates beruht auf einem Verzicht des Volkes.“ Den öffentlichen Etat neu zu sortieren, stellt eine Herkulesaufgabe dar. Sollte sie gelingen, hätte Deutschland beste Chancen, als Wachstumslokomotive die anderen Euro-Mitglieder in eine Stabilitätsunion zu ziehen.

Omas Sparbuch

Vom Zerfall eines deutschen Erinnerungsortes

MICHAEL BÖHM

Geboren 1969 in Dresden, freier Publizist und Autor, unter anderem für „Du – Das europäische Kulturmagazin“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, Deutschlandfunk und Deutschlandradio Kultur.

Es fand sich doch noch an, in der Schublade des Sekretärs, inmitten der alten Briefe und Personalausweise, neben dem grünen Barett der Bundeswehr und den drei blauen Murmeln aus Kindertagen: Omas Sparbuch – oder vielmehr das meiste „Schwiegeroma“: angelegt für meine Frau als Anerkennung, als sie 1989 ihr Abitur machte, ausgegeben von der „Bremer Bank“, die es heute nicht mehr gibt, versehen mit einer großzügigen Starteinlage von 4.000 D-Mark, eingetragen, unterstrichen und abgezeichnet noch handschriftlich mit schwarzem Kugelschreiber.

Das leicht zerfledderte, grüne Heft mit der weißen Schrift lag dann auf dem Tisch und verströmte den typisch muffigen Geruch, der alten Dokumenten und Büchern eigen ist, so als bewahrte sich die Meinung, die man heute dem Sparbuch entgegenbringt: dass es altmodisch und langweilig sei und man mit durchschnittlich 0,5 Prozent jährlich garantiertem Zinsertrag keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocken könne.

Auch nach der Finanzkrise preisen Banken und Kreditinstitute „moderne Finanzprodukte“ wie börsengehandelte Renten- und Investmentfonds, Anleihen oder Derivate ob höherer Zinsen und Renditen als „bessere Sparbücher“ an – nach wie vor erfolgreich, wie es scheint. Nach einer Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung haben beispielsweise sechzig Prozent aller Haushalte einen Teil ihres Sparguthabens in Fonds angelegt. Im Jahre 2009 waren das 805 Milliarden Euro. Die Einlagen auf deutschen Sparbüchern nehmen sich dagegen bescheidener aus: Laut der Statistik der Bundesbank von 2009 lagen dort „nur“ 577 Milliarden Euro.

Doch lange Zeit galt das Sparbuch als eines der liebsten Kinder der Deutschen. Arbeiter, Angestellte, selbst Unternehmer eröffneten ein solches, um für das Alter vorzusorgen, um notwendige Anschaffungen im Haushalt zu tätigen oder um sich Wünsche zu erfüllen – um „darauf zu sparen“, wie sie sagten. Noch bis in die jüngste Zeit hinein verschenkten es Verwandte an Kinder zu Taufen, Konfirmationen oder eben zu bestandenen Abiturprüfungen: als Starthilfe für ein eigenes Leben; und manchmal vererbten sie es nach ihrem Tode an Erwachsene: als ein das Zeitliche überdauerndes Zeugnis einer Lebenshaltung.

Das Sparbuch war auch der papierne Ausdruck einer Mentalität, seit es 1778 hierzulande erstmals die „Hamburger Ersparungskasse“ ausgab. Damit Dienstboten, Tagelöhner und Seeleute „ihren sauer erworbenen Not- und Braupfennig sicher zu einigen Zinsen anlegen können“, wie es hieß. Im achtzehnten Jahrhundert manifestierte sich im Sparbuch noch der für die damalige Zeit ehrgeizige Plan, Armen dazu zu verhelfen, Vermögen zu bilden, und ihnen hierdurch einen Weg zu gesellschaftlicher Anerkennung zu ebnen – getreu der aufklärerischen Vorstellung, wonach ein jeder frei und gleich sei, um eigenverantwortlich ökonomische Ziele zu verfolgen, und gemäß der Moral jener neuen, aufstrebenden Schicht, die sich vom als faul und verschwenderisch verschrieenen Adel abgrenzte: des Bürgertums. Sparsamkeit galt neben Fleiß als eine der ersten seiner Tugenden.

Doch resultierte dieser neue Wert nicht allein aus dem Umstand, dass sich im Zeitalter der Aufklärung altehrwürdige Anschauungen von Stand und Religion aufzulösen begannen, dass stattdessen Effizienz und ökonomisches Denken zu gesellschaftlich dominierenden Prinzipien avancierten.

AUSTERITAS UND TEMPERANTIA

In der Sparsamkeit kam in säkularisierter Form auch die christliche Idee der *austeritas* – der „Enthaltung“ – zum Tragen, die Voraussetzung für Mildtätigkeit sei; und genauso schlägt sich in ihr der schon in der Antike bekannte Gedanke der Mäßigung, der *temperantia*, nieder. In der Philosophie des Cicero war sie unter anderem Zeichen für ein „gutes, geglücktes“ Leben.

Werner Sombart, der deutsche Nationalökonom, weist in seinem berühmten mentalitätsgeschichtlichen Werk *Der Bourgeois* nach, dass sich Sparsamkeit als spezifisch bürgerliche Geisteshaltung schon im Florenz des fünfzehnten Jahrhunderts verbreitete. In den Familienbüchern des Florentiner Kaufmanns Alberti sieht Sombart den bürgerlichen Tugendkanon bereits vollständig ausformuliert. „Das war das Unerhörte, das Neue“, schreibt er zusammenfassend darüber, „daß jemand die Mittel hatte und sie doch zu Rathe hielt. Denn alsbald kam zu jenem Grundsatz: nicht mehr auszugeben als einzunehmen, der höhere hinzu: weniger auszugeben als einzunehmen: zu sparen. Die Idee des Sparens trat in die Welt. Nicht des erzwungenen, sondern des selbst gewollten Sparens, des Sparens nicht aus einer Not, sondern des Sparens als einer Tugend. Der sparsame Wirt wird nun das Ideal selbst der Reichen, soweit sie Bürger geworden waren.“

Sparsamkeit – das war denn auch keine Frage der gesellschaftlichen Klassenzugehörigkeit, sondern gesellschaftlicher Klasse schlechthin. Der Bauer, der Arbeiter, der Kleinbürger hatten zu sparen, wenn sie mit ihren Mitteln auskommen wollten. Der Vermögende sollte es tun, um nicht in den Ruf zu geraten, zügellos zu prassen und zu vergeuden – und hierdurch sein Ansehen zu verlieren.

„Genieße was Du hast, als ob Du noch heute sterben solltest“, schreibt etwa der Dichter Christoph Martin Wieland, „aber spare auch, als ob du ewig lebst. Der allein ist weise, der – beides eingedenk – im Sparen zu genießen, im Genuss zu sparen weiß.“

DAS „PFENNIGSPAREN“

Im ersten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts kam es zu einer regelrechten Gründungswelle von Sparkassen vor allem in Deutschland, aber auch in Frankreich, England und der Schweiz. Das „Pfennigsparen“ setzte sich durch, bei dem verheiratete Frauen die im Alltag entbehrlichen Münzen zuerst in Sparstrümpfe, Spardosen und Sparschweine steckten – um sie dann auf das Sparbuch der örtlichen Sparkasse einzuzahlen. Bis zum Ersten Weltkrieg entstanden in Deutschland circa 17.000 dieser Institute; auch die weniger Begüterten besuchten sie bis zu dreimal jährlich.

Geld gespart wurde an allem und für alles in allen gesellschaftlichen Schichten: an Kohlen, mit denen man wirtschaftlich heizte, wie es die Schriften der „Reichskohleräte“ nahelegten, an alten Kleidern und Mänteln, die man reparierte und daher keine neuen kaufte; für den „Notgroschen“ in schlechten Zeiten, die Ausbildung der Kinder und das Auskommen im Alter – für das „Sparbuch“. Schulden zu machen war ein Tabu, genauso den Umgang mit Geld nicht zu reglementieren – für etwa 83 Prozent der in den ersten drei

Dekaden des zwanzigsten Jahrhunderts Geborenen, so ergab eine 2003 durchgeführte Studie über „monetäre Sozialisation“, gehörte dies noch selbstverständlich zur Erfahrungswelt. So urteilte etwa die 1913 geborene Frau Grübel: „Der Grundsatz war Sparen. Es kam auch darauf an, ein Sparguthaben zu haben, das muß ich auch haben. Es konnte gar nicht in Frage kommen, Schulden zu machen. Das gab es nicht. Da mußte dann das ganze Grundstück erhalten werden. Ich habe von meiner Mutter gelernt, alle Ausgaben aufzuschreiben. Und das tue ich bis zum heutigen Tage. Ich kann überhaupt nicht leben, wenn ich da nicht den Überblick habe.“

ÄRA DES MASSENKONSUMS

Doch in der Ära des Massenkonsums, in der immer mehr Kunden immer mehr Güter kaufen sollten, verlor sich auch immer mehr der bürgerliche Wert der Sparsamkeit – obwohl nach den immensen Vermögensverlusten in der Inflation der 1920er-Jahre der Spargedanke stark propagiert wurde und der Internationale Sparkassenkongress im Oktober 1924 sogar den seither begangenen „Weltparttag“ einführte; und obwohl die Nationalsozialisten ihrerseits dazu aufriefen, Güter und Gelder zu sparen und während des Krieges aus „Sparbüchern“ „eiserne Sparbücher“ machten: mit Vorteilen für Steuern und Zinsen, vorausgesetzt, man verzichtete auf Auszahlungen bis nach dem „Endsieg“.

Schon in den 1920er-Jahren vergaben amerikanische Banken „Kleincredite“, um bei privaten Haushalten die Nachfrage zu stimulieren. Nach ihrem Vorbild führte sie die Deutsche Bank 1957 auch hierzulande ein, um „gesteigerter Konsumfreude Rechnung zu tragen“ und „im Kampf gegen das Vordringen der Sparkassen“, wie es in Erklärungen hieß.

Einen Kredit aufzunehmen, anstatt ein Sparbuch zu führen, sich zu verschulden, anstatt „Geld auf die hohe Kante zu legen“ – das wurde seither immer mehr zum Modus Vivendi: begünstigt nicht zuletzt durch die 68er-Bewegung, die jede Art von gesellschaftlich verordnetem Bedürfnisaufschub als „spießig“ verdammte, doch vor allem befördert durch eine beständig aggressiver werdende Werbung, die für die beständig wachsenden Mengen von Konsumgütern Kaufwünsche bei Konsumenten zu wecken versucht. Heute werben Banken im Internet und in Hochglanzbroschüren für „günstige“ Kredite, die „schnell und problemlos Wünsche erfüllen“ sollen – auch „ohne Schufa-Auskunft“, wie es heißt. Nur etwa sechs Prozent aller in den 1960er-Jahren geborenen Deutschen, so verlautet die Studie über „monetäre Sozialisation“, teilen heute den „Puritanismus“ der in den 1910er- und 1920er-Jahren geborenen Altvorderen; dagegen begreift sich fast ein Drittel von ihnen

mehr oder weniger als „Hedonist“ – das schließt ein, Konsum mit Krediten zu finanzieren. „Ist zum Teil richtig“, antwortet beispielsweise Herr Batte, Jahrgang 1966, auf die entsprechende Frage, „wenn ich die Schulden an der richtigen Stelle mache, kann ich dadurch sparen, also Steuern sparen.“

Dementsprechend existiert seit 1999 die sogenannte Privatinsolvenz in Deutschland. Im Jahre 2012 waren hierzulande 6,6 Millionen private Haushalte überschuldet – analog zur immensen Verschuldung der Gemeinden, Städte, Länder und des Bundes; analog zur immensen Verschuldung von Staaten, Kommunen und Privathaushalten weltweit.

GLOBAL ENTARTETE FINANZEN

Das ist denn auch die andere Medaillenseite der „neuen Finanzprodukte“, die seit zwanzig Jahren hierzulande Sparer einladen, ihre Gelder anzulegen; die auf den globalen Finanzmärkten zirkulieren, fernab ihrer Orte, an denen man sie ausstellte; und die ihre Gewinnerwartung auch aus den Schulden beziehen, die weltweit aufgenommene Kredite zukünftig abwerfen sollen – ermöglicht nicht zuletzt durch die seit den 1980er-Jahren sich ausbreitende Praxis, Gläubigerforderungen zu verbrieften, sie in speziellen Wertpapieren zu bündeln und sie wiederum auf den globalen Finanzmärkten zu veräußern. Derart sollten nicht nur Schulden wieder zu Geld, sondern auch die Risiken der „neuen Finanzprodukte“ auf den international verflochtenen Finanzmärkten breiter gestreut und vermindert werden. Doch sie nahmen zu. Zu sehen vor allem an der gegenwärtigen Finanzkrise, ausgelöst durch amerikanische Subprimekredite, deren Verpflichtungen europäische und asiatische Banken kauften – samt des hohen Risikos, das damit einherging.

Es scheint, dass in der globalisierten Welt funktionierende Kapitalmärkte sparsamer, maßvoller Menschen bedürfen; aber dass dies schwer ist in Zeiten, da Werbung aggressiv das Heil in immer mehr Konsum verspricht und immer höhere Gewinne aus neuen Finanzprodukten – und dass denn auch das Sparbuch nunmehr nur zu einem Erinnerungsort zu werden droht inmitten eines sich global entortenden Finanzsystems. Der vorerst letzte Eintrag im Sparbuch meiner „Schwiegeroma“ datiert jedenfalls vom Oktober 2001. Da wurden die bis dahin angesparten 10.556 Euro abgehoben, um sie in einem Investmentfonds anzulegen. Was genau für Anlagen das Paket beinhaltete, wisst sie nicht, sagt meine Frau, aber es sei wohl rentabler.

Warum sparen?

Eine Punktation

ERWIN TEUFEL

Geboren 1939 in Zimmern bei Rottweil, von Januar 1994 bis April 2005 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Mitglied des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung.

1. Jeder Mensch trägt Verantwortung für sich und seine Familie. Er sorgt vor für Krankheit und Alter, für die Ausbildung seiner Kinder, für besondere Lebenslagen, für ein wohnliches Zuhause. Er verlässt sich also nicht nur auf den Staat und auf fremde Hilfe, sondern er trifft private Vorsorge. Wenn es sein Einkommen zulässt, legt er monatlich etwas zurück. Er verbraucht nicht seinen ganzen Lohn. Er spart. Das ist vernünftig.
2. In der Regel hat er für seine Geldanlage klare Prinzipien. Erstens: Sicherheit. Zweitens: Zuwachs durch Zinsen und Prämien. Drittens: Verfügbarkeit im Notfall.
Die einfachste Form des Spars ist das Sparbuch. Es erfüllt in der Regel alle diese drei Prioritäten. Selbst heute, wo die Habenzinsen sehr niedrig sind und nicht die Inflationsrate decken, entscheiden sich viele für das Sparbuch, weil sie Sicherheit vor riskante Wertpapiere setzen, die sich in den letzten Jahren teilweise als wertlos erwiesen haben.
3. Aus der Sicht des Staates ist das Sparen vernünftig. Die Spareinlagen der Bürger werden von der Sparkasse oder Bank an Selbstständige ausgeliehen, die damit Investitionen finanzieren und Arbeitsplätze schaffen. Sie werden ausgeliehen an Mitbürger, die sich zum Bau eines Hauses oder zum Kauf

einer Eigentumswohnung entschlossen haben und sie teilweise durch Darlehen finanzieren müssen. Auch dies führt zur Steigerung der Produktivität und zu Aufträgen für das Bauhandwerk.

Weil der Staat Sparen und Eigentumsbildung für gut hält, fördert er das Bausparen mit Prämien, die Altersvorsorge mit Sparerfreibeträgen, die Vermögensbildung mit Steuervergünstigungen, die Spareinlagen durch Garantieerklärungen der Bundeskanzlerin.

Zu vernünftigen Sparformen haben sich bei uns neben dem Bausparen auch die Lebensversicherungen entwickelt.

Zum Sparen zähle ich außerdem, wenn Eigentümerunternehmer über Jahre hinweg wesentliche Teile ihres Gewinnes nicht ausschütten, sondern im Unternehmen belassen und investieren und so wirtschaftliches Wachstum ermöglichen.

4. Sparen ist eine Grundhaltung. Menschen mit einem Sparwillen leben nicht in den Tag hinein. Sie haben Ziele. Sie leben nicht über ihre Verhältnisse. Sie stellen keine unerfüllbaren Forderungen an den Staat und die Gemeinde. Sie wissen, dass der Staat nicht eine Kuh ist, die im Himmel frisst und auf Erden gemolken werden kann, sondern dass er alles, was er verteilt, vorher den Bürgern abnehmen muss.
5. Diese Bürger lehnen Schulden nicht grundsätzlich ab. Sie wissen, dass kein Mensch ein Haus bauen kann, ohne dass er vorher spart, sich mit einem Teilbetrag der Kosten verschuldet und dann viele Jahre abzahlt. Keine Gemeinde kann ein Schulhaus bauen ohne Schulden. Kein Land kann eine Hochschule bauen ohne Schulden. Es gibt Schulden, die Investitionen sind. Schlimm ist, wenn sich die öffentliche Hand für laufende Ausgaben verschuldet – für Personalkosten, für Sozialleistungen oder schlicht zum Haushaltshaushalt. Wer dafür Schulden macht, lebt heute auf Kosten der nächsten Generation. Der Spielraum für öffentliche Aufgaben wird immer geringer. Die Zinslast wird immer größer. Am Ende muss der Staat Schulden aufnehmen, um fällige Anleihen zurückzuzahlen und zu verzinsen. Ein Staat, der so handelt, vernichtet das Vermögen und die Ersparnisse der Bürger durch Inflation.
6. Es gab einmal Zeiten, in denen sich der Staat verhielt wie die Sparer. Es waren nicht Zeiten einer blühenden Wirtschaft mit sprudelnden Steuereinnahmen. Es war vielmehr die schlimmste Nachkriegszeit, die ersten Jahre der jungen Bundesrepublik Deutschland. Damals war große Not. Städte waren zerstört und mussten neu aufgebaut werden. Millionen Heimatvertriebene mussten untergebracht werden. Wohnungsbau war eine zentrale Aufgabe. Soforthilfe und Lastenausgleich haben Milliarden verschlungen, und die Kriegsopfer waren zu versorgen. Die Wirtschaft war

erst im Aufbau. In genau dieser Zeit größter Not hatten wir einen Bundesfinanzminister Fritz Schäffer, der neben der Erfüllung dieser Aufgaben noch Rücklagen ansammelte. Er zeigte, was menschenmöglich ist, wenn die Gesinnung der Bürger und der Mut der Politiker übereinstimmen. Später sagte der Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß: „Eher legt ein Hund einen Wurstvorrat an, als dass die öffentliche Hand Rücklagen bildet.“ Wir sind seither in guten Zeiten in eine immer stärkere Verschuldung hineingeraten. In schwierigen Konjunkturlagen wurde die Neuverschuldung damit begründet. In besseren Konjunkturlagen hat man nicht Schulden getilgt, sondern sich zusätzlich verschuldet.

Heute stellt man semantisch die Dinge auf den Kopf, wenn man die Reduzierung der Neuverschuldung als „Sparen“ bezeichnet. Sparen ist: nicht über seine Verhältnisse leben. Sparen ist: Geld zurücklegen, das man hat, und nicht etwa die Neuverschuldung reduzieren.

7. Natürlich hat die hohe Staatsverschuldung auch etwas mit der Erwartungshaltung der Bürger zu tun. Aber am Anfang jeder Ausgabenwelle des Staates stand die Erwartung eines bestimmten Wahlverhaltens der Bürger als Antwort darauf, dass die öffentliche Hand Geld unter die Leute bringt. So wurde eine Erwartungshaltung gezüchtet und gefördert. Politische Verantwortung heißt, den Bürgerinnen und Bürgern offen die eigene Situation zu schildern und nicht den jetzt Jungen die Last aller heutigen Wohltaten aufzubürden. Wir müssen mit den Ressourcen auskommen, die wir haben. Die Staatsausgaben müssen sich an den Staatseinnahmen orientieren. Niemand kann auf Dauer ungestraft über seine Verhältnisse leben, kein Bürger und kein Gemeinwesen.
8. Auch wer Sparen als Einsicht des gesunden Menschenverstandes sieht, ist nicht für Sparen um jeden Preis. Wann gehen Eltern an das Sparbuch? Für die Ausbildung ihrer Kinder. Bücher sind noch wichtiger als Sparbücher. Sparen ist kein Selbstzweck. Wir sparen für gute Ziele und Werte.
9. Wir müssen heute auch sparen, um den kommenden Generationen ihre Lebensgrundlagen zu sichern. Die natürlichen Ressourcen wie Wasser, Luft, gesunde Böden, unsere Wälder und Bodenschätze sind endlich und dürfen deshalb nicht verschwendet werden. Das gebietet sparsamen Umgang und Nachhaltigkeit. Unsere Generation darf die Zukunft unserer Kinder nicht belasten oder gar vernichten. Verantwortung ist ein Schlüsselwort unserer Zeit. Sparen ist verantwortlicher Umgang im Heute für Lebenschancen morgen. Deshalb ist Sparen vernünftig.

Swabian Housewife

Euro- und Weltgenesung auf Schwäbisch?

OSWALD METZGER

Geboren 1954 in Grabs (Schweiz), freier Publizist und Politikberater, heute Mitglied der Christlich-Demokratischen Union.

Ist Sparsamkeit eine Tugend? Und ist diese Tugend wirklich schwäbisch? Müssen am vermeintlich schwäbischen Wesen Europa und die Welt genesen? Oder stürzt die deutsche Austeritätspolitik mit ihrem vorgeblich hegemonialen Tugendanspruch alle Volkswirtschaften in den Abgrund, wie es unisono aus der angelsächsischen Wirtschaftspresse, aus den Mündern der

Neo-Keynesianer in der globalen Ökonomenzunft und der öffentlichen Meinung in den Euro-Krisenländern tönt?

Es ist schon erstaunlich, welche Wirkung es entfaltete, dass sich eine Frau aus Templin in Brandenburg – eigentlich also keine Schwäbin und als Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland wohl eher selten Hausfrau – in einer CDU-Parteitagsrede im Dezember 2008 in Stuttgart mit einem kurzen Zitat auf die Sparsamkeitstugenden der ominösen „schwäbischen Hausfrau“ berief: „Es geht nicht gut, wenn man auf Dauer über seine Verhältnisse lebt!“

Seither hat „the swabian housewife“ in den Sprachschatz der internationalen Politik und der Medien Einzug gehalten. In der Verknüpfung mit dem nicht selten beschworenen Schreckensbild von Angela Merkel als eiserner Kanzlerin, die dominant und unnachgiebig deutsche Sparauflagen durchsetze, ehe den Eurokrisenländern solidarisch geholfen werde, weckt inzwischen auch die tugendhafte schwäbische Hausfrau im Ausland alles andere als positive Assoziationen. Im Inland können die Oppositionsparteien, allen voran Sozialdemokraten und Grüne, allerdings nicht wirklich Honig aus den antischwäbischen Vorurteilen im europäischen Ausland saugen, weil sie im Deutschen Bundestag die Euro-Rettungsstrategie der Kanzlerin – trotz mancher verbaler Absetzversuche – seit Jahren treu und brav mittragen.

DER SCHWÄBISCHE HAUSMANN IST EIN BADENER

Im Feuer der Kritik steht nicht erst seit der chaotischen Zypern-Rettung der Maßjordomus der Bundesregierung, der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble. Denn er scheint es zu sein, der in den vielen nächtlichen Krisensitzungen der Euro-Finanzminister die schwäbischen Sparsamkeitsauflagen seiner Kanzlerin exekutiert, mit denen Deutschland die Euro-Partner als Gegenleistung für Rettungsmilliarden, je nach Sichtweise, traktiert oder diszipliniert. Dabei kann Schäuble, obwohl auch er kein Schwabe, sondern Badener ist – was im Trennungsstrichland Baden-Württemberg immer noch einen erheblichen landsmannschaftlichen Unter-

schied ausmacht –, angesichts der jüngsten deutschen Haushaltsdaten als wahrer „schwäbischer Hausmann“ in Europa auftrumpfen. Denn Deutschland ist auf dem besten Weg, sein strukturelles Defizit im kommenden Jahr auf null zu reduzieren, wenn man die letzte Einlagentranche für den europäischen Rettungsschirm (4,5 Milliarden Euro) herausrechnet und die Zahlen um konjunkturelle Einflussfaktoren bereinigt.

Aber verlassen wir die regionalen Flapsigkeiten! Schwaben sind nicht per se sparsamer als andere Volksstämme in Deutschland. Sie sind sicher unternehmungslustig und innovativ, was die starke Stellung unzähliger mittelständischer Betriebe im Ländle erklärt. Sie räumen der Eigentumsbildung einen hohen Rang ein, obwohl sie diese Neigung nicht allein für sich gepachtet haben. Auch in anderen Regionen Deutschlands wohnen viele Menschen im Eigentum, erst recht in anderen Teilen Europas. Wer Eigentum bildet, hat das Ansparen verinnerlicht und weiß um die jahrelange Einschränkung des Konsums durch die monatlichen Raten für das eigene Haus.

MITTELSTÄNDLER STERBEN STILLE TODE

Nicht nur die schwäbischen Frauen und Männer kennen und leben ein Grundprinzip unserer Wirtschaftsordnung: Verantwortung und Haftung. Beim Durchschnittsschwaben steht kein Politiker als Helfer auf der Matte, wenn er mit seinen Raten für das Eigenheim in Verzug gerät. Der mittelständische Betrieb in Ravens-

burg, Gerlingen oder Heidenheim stirbt, wenn sein Geschäftsmodell nicht mehr trägt, einen stillen Tod. Politik und Medien nehmen kaum Notiz, während sie bei drohenden Großpleiten immer wieder in Versuchung geraten, dem schlechten Geld gutes Geld hinterherzuwerfen. Selbst Versandhauskataloge wurden in Wahlkampfzeiten ja schon mit Steuergeldern gedruckt, um die Insolvenz über den Wahltag hinaus zu verschleppen.

Sparen und Investieren sind die zwei komplementären Seiten einer Volkswirtschaft. Das gilt im Schwäbischen wie auf der ganzen Welt. Wenn Menschen nicht ständig Teile ihres erwirtschafteten Einkommens ansparen, um damit etwa für die Lebensrisiken Alter, Krankheit und Pflege vorzusorgen, dann können andere Menschen sich kein Geld ausleihen, um es produktiv zu investieren, aber auch um Güter zu konsumieren, die sie sich nicht erst leisten wollen, wenn sie das gesamte Kapital dafür beisammenhaben. Für das Sparen gibt es in der Regel Habenzinsen, für die Kreditausleihungen zahlt man als Schuldner Sollzinsen. Auf diesem Geschäftsmodell basiert das klassische Bankgeschäft.

GELD IM BANKTRESOR – NICHT BOMBENSICHER

Als Anleger kann man natürlich auch in Geschäftsanteile investieren, mit Aktien Anteile von Unternehmen erwerben und damit sein Kapital ertragreich mehren, aber auch verlieren. Dass man aber auch als solider Normalsparer sein Geld bei der Bank nicht bombensicher im Tresor bun-

kert und dafür Zinsen kassiert, sondern mit der eingezahlten Summe in Wirklichkeit zum Gläubiger seiner Bank wird und mithalten muss, wenn diese pleitezugehen droht, hat das Beispiel Zypern ja hoffentlich drastisch vor Augen geführt.

Voraussetzung für das langfristige Funktionieren dieser Anlage- und Investitionsmechanismen ist eine seriöse Risikobewertung. Wer auf hohe Gewinne spekuliert, läuft in einer funktionierenden Wirtschaftsordnung eben Gefahr, dass sich die Kehrseite einer hohen Gewinnchance, nämlich der Totalverlust, auch zulasten des Spekulanten materialisieren kann. Der Totalverlust ist die schärfste Waffe im Kapitalismus. Nur da, wo die Haftung für selbst eingegangene Risikowetten von den Wirtschaftssubjekten, aber auch ganzen Staaten, übernommen werden muss, lässt sich der Casino-Kapitalismus wirksam zügeln.

Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Verluste! Dieses in der Finanz- und Eurokrise vielfach praktizierte Modell widerspricht fundamental der marktwirtschaftlichen Logik – und ganz sicher auch dem Verantwortungsgefühl jeder schwäbischen Hausfrau.

THERE AIN'T NO SUCH THING AS A FREE LUNCH

Es gibt keine wundersame Geldvermehrung. Oder, um es mit Milton Friedman in einer Sprache zu sagen, die jeder Investmentbanker eigentlich verstehen müsste: „There ain't no such thing as a free lunch“ (sinngemäß übersetzt: „Man bekommt

nichts geschenkt!“). Verteilt werden kann nur, was vorher erwirtschaftet wurde. Das war das Credo Ludwig Erhards, des Vaters der Sozialen Marktwirtschaft, eines in Franken geborenen und aufgewachsenen Mannes, der allerdings fast zweieinhalb Jahrzehnte lang den schwäbischen Wahlkreis Ulm direkt für die CDU gewann.

Als ich vor Jahren in Hamburg bei einer Investorenkonferenz einer US-Investmentbank sprach, formulierte der Vertreter des Veranstalters in seiner Anmoderation einen Satz, der sich mir bleibend einprägte: „Dauerhafte Renditeversprechungen von mehr als zehn Prozent, wie uns die Akteure auf den globalen Finanzmärkten vorgaukeln, sind auch im Kapitalismus nichts anderes als Diebstahl!“

STAATSBANKROTTE: KEIN NEUES PHÄNOMEN

Wer privat versucht, auf Dauer auf Pump zu leben, ist schnell bankrott. Staaten, die auf Pump leben, sind sehr lange kreditwürdig. Solange sie zulasten der Steuerzahler ihren Zinsverspflichtungen nachkommen, finden sie Geldgeber. Doch auch hier geht der Krug nur so lange zum Brunnen, bis er bricht. Staatsbankrotte gab es wie Bankencrashes zu allen Zeiten, die aktuellen Solvenzprobleme in der Eurozone sind kein neues Phänomen der Euro-Ära.

Dramatisch wurde eine andere Entwicklung. Die bisher praktizierte Euro-Rettung setzte die Haftungsprinzipien, für die „Maastricht“ als Metapher stand, faktisch außer Kraft. Der ordnungspolitische Kern kulminierte in der No-Bail-

out-Botschaft: Kein Staat haftet für die Schulden eines anderen Euro-Mitgliedslandes.

Doch spätestens seit Deutschland und Frankreich 2003 die Maastricht-Kriterien nicht einhielten, spekulierten die Geldgeber Griechenlands, Portugals, Spaniens, Irlands oder Zyperns gegen diesen Leitsatz. Denn sonst hätten sie wohl kaum viele Jahre lang den nicht wettbewerbsfähigen europäischen Volkswirtschaften zu nahezu den gleichen Zinssätzen Geld leihen können wie etwa Deutschland. Oder als Anlageparasiten von hohen Zinserträgen und niedrigen Steuersätzen in europäischen Steueroasen profitieren können.

Konsequent wäre es gewesen, die Gläubiger in Haftung zu nehmen – ob es europäische und globale Banken waren, Hedgefonds oder vermögende Superreiche. Aber das wagten die Regierungen angesichts des heillos ins Trudeln geratenen Weltfinanzsystems nicht. Das Menetekel der Lehman-Pleite stand allen vor Augen. Hinzu kam, dass es bis heute keine Insolvenzordnung für Staaten in Europa gibt oder gar Exitstrategien aus der Eurozone.

MENETEKEL LEHMAN-PLEITE

So geschah es, dass die europäischen Steuerzahler, allen voran die deutschen, in die Haftung eintraten. Zwar wurden die Krisenstaaten vor der Pleite bewahrt, doch wie wenig war dadurch in der Wahrnehmung der Bevölkerung gewonnen, wenn nun Lohn- und Rentenkürzungen, Abbau vieler Sozialleistungen, Rezession mit hoher Arbeitslosigkeit über sie kamen.

Die Schuldige für diese Grausamkeiten war von Zypern über Griechenland bis Italien allzu schnell gefunden: Angela Merkel, Verfechterin schwäbischer Hausfrauentugenden!

EINE SOLIDE FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IST GIFT FÜR FINANZJONGLEURE

Die politische Linke in Europa – und nicht nur sie – attackiert die deutsche Austeritätspolitik, die Europa in die Rezession zwinge. Neo-keynesianische angelsächsische Ökonomen vom Schlag eines Paul Krugman fordern wie eh und je exzessive staatliche Ausgabenorgien und witzeln über die „schwäbische Hausfrau“ im Berliner Kanzleramt. Dabei ist gerade eine solide Finanz- und Wirtschaftspolitik Gift für die Finanzjongleure dieser Welt. Marktwirtschaftliche Grundprinzipien wie Verantwortung und Haftung, unternehmerische Freiheit und fairer Wettbewerb, aber auch dauerhafte Geldwert-

stabilität, die auf solider Geldmengensteuerung unabhängiger Notenbanken und nicht auf grenzenloser Geldschöpfung durch die Notenbankpresse beruht, scheuen sie wie der Teufel das Weihwasser. Vielleicht markiert das Zypern-Rettungspaket, trotz mancher Irritationen bei den Kleinsparern, einen Wendepunkt bei der bisher praktizierten Lastensozialisierung. Hier sind die Geldgeber der Banken, vor allem die solventen, endlich einmal in Mithaftung genommen worden. Wer über Jahre hinweg mit seinen Geldanlagen in der Steueroase Zypern profitiert hat, ist jetzt mit mindestens vierzig Prozent Verlust dabei. Das nenne ich eine faire Risikoprämie, die jede schwäbische Hausfrau sicher zustimmend zur Kenntnis nimmt.

Es braucht in diesen Tagen Mut, „Swabian“ zu sein. Aber den sollte sich niemand nehmen lassen.

Kampf der Kulturen?

Transatlantische Kontroversen über das Sparen

ROLAND BENEDIKTER

Geboren 1965 in Bruneck (Südtirol), European Foundations Research Professor für Zeitanalyse, Kontextuelle Politikanalyse und Politische Antizipation an der Universität von Kalifornien in Santa Barbara und an der Stanford-Universität (USA).

Die USA und Europa haben unterschiedliche Sichtweisen, wie die Schuldenkrise bewältigt werden soll. Von Sparpolitik halten die Amerikaner offenbar wenig – ganz im Gegensatz zu uns Deutschen.

Roland Benedikter: Ja. Die USA sind nicht zu „Austerity“-Politiken wie Deutschland bereit, weil sie eine ganz andere Geldkultur und ein anderes Finanzverständnis haben. Für die USA ist Geld an sich nichts. Es ist kein Wert wie in Europa, sondern ausdrücklich nur eine soziale Konvention, um Zukunft

in die Gegenwart hereinzulocken – ein Systemtrick sozusagen. In Europa werden Schulden als Belastung für die Zukunft angesehen – in den USA als Ermöglichung von Zukunft. Obwohl Geld in Europa an sich nicht anders funktioniert, ist das in den USA eine kulturelle Grundüberzeugung, die das gesamte Handeln prägt – was in Deutschland nicht der Fall ist.

Die gesamte US-Kultur ist seit der amerikanischen Verfassung und der Abnabelung der Kolonie auf Schulden aufgebaut, und zwar sowohl im privaten wie im öffentlichen Bereich. Schulden zu machen heißt hier, von der Zukunft her in die Gegenwart zu leben: jetzt so zu leben, wie ich es mir eigentlich erst in zwanzig Jahren leisten könnte. Nicht sparen, sondern Schuldenmachen ist also für die USA in Umkehrung des landläufigen europäischen Verständnisses das Zukunftsprinzip, wenn es um Geld geht. Das bedeutet nicht, dass Sparen schlecht ist und Schulden gut sind. Es heißt auch nicht, dass Geld und Schulden dasselbe sind. Wenn ich Geld in der Tasche habe, verfüge ich über eine Forderung, die einen Rechtsanspruch darstellt, der aus der Vergangenheit kommt. Wenn ich Schulden habe, habe ich das Geld in der Regel ausgegeben. Ich verfüge damit über eine Realität, der ich erst noch gerecht werden muss.

Das hat Folgen ...

Roland Benedikter: In der Tat. Es erzeugt eine völlig andere gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Dynamik. Geldpolitik und Wirtschaftspolitik werden in den USA als dasselbe angesehen – im Gegensatz zu Europa, das diese beiden Dimensionen sauber trennen will. Amerika drückt Geld und gibt es aus, um die

Wirtschaft anzukurbeln. Es nimmt Inflation nicht nur in Kauf, sondern setzt auf sie als zentralen Wirtschaftsfaktor: Nur wenn es Inflation gibt, kann ich unbegrenzt Geld drucken, weil die Inflation einerseits den Geldwert „tötet“, nämlich indirekt reduziert, was nötig ist, weil es sonst zu schnell zu viel Geldwert, bezogen auf die Realwerte, gäbe; Inflation reduziert indirekt auch den Schuldenswert, sofern Einkommen und Steuern mit ihr mitgehen.

Das ist der Grund dafür, dass der amerikanische Notenbankchef Ben Bernanke auch „Helikopter-Ben“ genannt wird. Er sagt mit voller Überzeugung: Wenn es keine Inflation gibt, fliege ich persönlich mit dem Hubschrauber über die Stadt und werfe frisch gedruckte Dollarscheine hinab. Für Europa sind solche Aussagen schauderhaft. In Amerika versteht sie jedes Kind als selbstverständlich.

Wozu führt das?

Roland Benedikter: Nicht nur dreht der amerikanische Staat eifrig an der Gelddruckerpresse und vervielfältigt Dollars ad libitum, sondern er ist auch mit 107 Prozent des Bruttonsozialprodukts verschuldet. Zusätzlich hat jeder durchschnittliche US-Haushalt 68.000 Dollar Privatschulden, im Grunde aber noch wesentlich mehr, da bekanntlich die US-Kreditkarten meist erst ein halbes Jahr nach dem Einkauf belastet werden. Privatschulden, mit denen Zukunft vorweggenommen wird, wodurch die Wirtschaft gleichsam zeitverzögert immer bereits in einem künftigen Zustand lebt, sind in den USA für den Durchschnittsbürger im Prinzip kein Grund zur Sorge, sondern normal. Nur die Höhe der Staatsverschuldung macht Sorgen, nicht

das Prinzip der Verschuldung an sich. Denn Schulden sind das Lebensprinzip einer „Zukunftskultur“, die ganz in der Antizipation von Möglichkeiten lebt – nicht aus dem Auskosten von Errungenschaften wie in Europa. Europas Wirtschaft dagegen lebt in der Realzeit, in der Gegenwart. Sie sieht Geld weit eher als Mittel, nicht als Teil der Wirtschaft an. Ist Europas Wirtschaft daher realistischer? Nicht unbedingt. Das kommt darauf an, wo man seine Verankerung haben will und welche Rolle man dem Geld dabei zumisst.

Was ist in Europa anders?

Roland Benedikter: Europa ist im Gegensatz zu Amerika in wohlverstandenen Sinne eine „Vergangenheitskultur“, was sich im Sparen niederschlägt: Zuerst arbeite ich, dadurch erspare ich eine gewisse Summe Geld, dann kaufe ich mir etwas dafür. Das, was ich kaufe, ist also das Ergebnis, der physisch gewordene Ausdruck von Vergangenheit. Geld ist für viele Europäer eine Errungenschaft, ein Wert, ein Ergebnis; für den Amerikaner ist es eine Wette, ein Vorschuss, ein Versprechen. Beide Grundhaltungen haben ihre Vor- und Nachteile.

Geben Sie uns ein Beispiel für die kulturellen Unterschiede?



Foto: Roland Benedikter

Roland Benedikter: Kürzlich fuhren meine Frau und ich mit einem Taxi von Palo Alto nach San Francisco zum Flughafen. Sie ist Europäerin und kam auf die Idee, den Taxifahrer vor Beginn der Reise zu bezahlen – noch dazu in bar. Bevor ich sie daran hindern konnte, hatte sie, bevor wir ins Taxi stiegen, fünfzig Dollar in Geldscheinen vorgestreckt, einschließlich einiger Dollar Trinkgeld. Statt sich zu freuen, wie es ein Taxifahrer in Europa wohl in der Regel tun würde, wurde der amerikanische Fahrer misstrauisch. Er konnte es vor dem Hintergrund seiner Kultur nicht glauben, dass jemand im Voraus und noch dazu in bar statt mit

Kreditkarte bezahlte. Er prüfte jeden einzelnen Schein eingehend auf seine Echtheit. Beinahe hätte er uns nicht gefahren.

Am Ende hatten wir eine halbe Stunde Verspätung und einen schlecht gelaunten Taxifahrer, der glaubte, wir wollten nur vermeiden, ihm am Ende der Fahrt mehr Trinkgeld zu geben. Die Fahrt machte ihm keinen Spaß mehr, weil er bereits bezahlt war. Er gab uns zu verstehen, dass diese Fahrt in gewisser Weise unnütz, ja ein Déjà-vu sei. Richtig wäre es aus seiner Sicht gewesen, auf Schulden zu fahren und so spät wie möglich zu bezahlen – zum Beispiel mit Kreditkarte, von der erst drei Tage später abgebucht wird.

Daraus ergeben sich unterschiedliche Haltungen zum Umgang mit der Schuldenkrise.

Roland Benedikter: Ja. Amerika drückt Geld und gibt es über Stimulus- und Leihprogramme der Nationalbank an die Einzelbanken aus, die zum Verleihen an Mittel- und Kleinbetriebe gezwungen werden. Inflation ist dabei einkalkuliert, ja sogar erwünscht, weil sie die Kosten dieser Haltung gleichmäßiger auf die Gesellschaft verteilt als Sparprogramme – und die Schuldentragfähigkeit quasi ermöglicht.

Sie ist allerdings wegen der Weltreservewährungs-Rolle des US-Dollar auch eher möglich als in Europa, weil alle Länder wegen dieser Rolle gezwungen sind, Dollarreserven zu halten und damit einen Teil der Dollarüberschüsse zu absorbieren. Die Weltwährungsrolle des Dollar geht allerdings rasch ihrem Ende entgegen, da zum Beispiel China eine neue „Korbwährung“, zusammengesetzt aus Dollar, Euro, Britischem Pfund, Yen und vielleicht Yuan, fordert.

Außerdem ist die Weltreservewährung an den Handel mit der Schlüsselressource Öl gebunden, die in spätestens fünfzig Jahren zu Ende geht. Damit nähert sich auch das Ende der Dollar-Hegemonie. Das ist der Grund dafür, dass die Amerikaner nichts mehr fürchten als das Ende des Erdöls und seines Zeitalters. Nicht weil sie kein Umweltbewusstsein hätten, sondern weil der Dollar und damit die Stellung der USA in der Welt mit davon abhängen.

Und Europa?

Roland Benedikter: Im Gegensatz zu Amerika ist Zentraleuropa aufgrund der katastrophalen Erfahrung mit Inflation im zwanzigsten Jahrhundert antiinflationsär eingestellt. Vor allem Deutschland erlaubt es der Europäischen Zentralbank (EZB) nicht, Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik aus einem Guss, letztlich als Einheit zu sehen wie die USA. Europa drückt daher nicht einfach Papiergegeld ohne Gold- oder Realwirtschaftsbindung durch seine Zentralbank und lehnt es zu Niedrigstzinsen an seine verschuldeten Nationen aus, wie das Amerika zumindest teilweise machen würde, um die Schuldzinsen zu senken. Sondern es setzt stattdessen auf Sparen, verbunden mit Systemkorrekturen – wenngleich die aktuelle Politik der EZB krisenbedingt wenigstens teilweise einen amerikaähnlicheren Weg einschlägt als noch vor Jahren.

Geschieht nicht unter umgekehrtem Vorzeichen dasselbe in den USA: Letztlich kommt ja auch Amerika ums Sparen nicht herum?

Roland Benedikter: Wenigstens teilweise ja. Die USA sparen trotz ihrer „Geld-

als-Mittel-zum-Zweck“-Politik, beginnend mit dem Budgetentwurf von Barack Obama vom September 2012, nach unterschiedlichen Angaben zwischen zwei und 4,5 Billionen Dollar über die nächsten zehn Jahre ein, den größten Teil davon mit Ausgabenkürzungen und etwa ein Viertel mit Steuererhöhungen.

Das Ziel ist auch die Halbierung des Defizits. Die US-Regierung ist sich im Gefolge der aktuellen Berechnungen ihrer Berater bewusst, dass das Defizit sinken und die Gesamtschuldenlast um etwa vier bis fünf Billionen Dollar verringert werden muss, also um etwa ein Viertel bis ein Drittel, um nachhaltig tragbar werden zu können. Sie setzt das nach den schmerzlichen Erfahrungen mit dem „fiscal cliff“ nun beinhalt um. Es ist genau die Kombination von offensiver, also antizipierender Geldpolitik mit Kürzung von Regierungsausgaben und Schuldenreduktion, wovon sich die Obama-Administration die Lösung der amerikanischen Schuldenkrise verspricht. Das ist ein Mittelweg zwischen „Austerity“ und Stimulus.

Zusätzlich beendet man die teuren Kriege: Irak bereits im Dezember 2011, Afghanistan in Kürze. Die Mehrheit der Amerikaner hält das zusammengenommen für eine klare Strategie, die die Krise beenden wird.

Allerdings wird das Sparen in den USA niemals zum Prinzip oder gar zum Zentrum der Wirtschaftspolitik werden, wie das Europa ins Auge fasst. Sparen ist nur ein temporärer Notstand. Wichtiger ist aus US-Sicht die Ankurbelung der Wirtschaft. Wenn diese wieder läuft, braucht man auch nicht mehr zu sparen, sondern wird, so die Hoffnung, sogar wieder Überschüsse haben wie in der Clinton-Ära – und zwar ohne zu sparen. Sparen ist

aus US-Sicht an sich nicht positiv, sondern ein Zwang und ein temporärer Kunstgriff des „Common Sense“.

Und Europa?

Roland Benedikter: In den USA sieht man Europas „gemischte“ Krisenstrategie konservativer Geld- und Währungspolitik, die von der Wirtschaftspolitik weitgehend abgekoppelt bleibt, in Kombination mit strikter Sparpolitik insbesondere in den südeuropäischen Ländern und einer wachsenden Diskrepanz zwischen den Euroländern, die nur notdürftig von der Paradoxie permanent werdender „Rettungsschirme“ verdeckt wird, mehr als skeptisch. Rettungsschirme permanent einzurichten, bedeutet aus US-Sicht, die Krise zur Normalität zu machen, um zugunsten nationaler Interessen den Weg zu einer echten politischen Union als unbedingt notwendiger Stütze der Währungsunion zu vermeiden. Da sich die Unterschiede zwischen Gewinner- und Verliererländern innerhalb derselben Währungszone, mit Gewinnern wie Deutschland, Österreich und den Niederlanden auf der einen Seite, „Mittelländern“ wie Frankreich auf der anderen und den Krisenländern Italien, Spanien, Portugal und Griechenland als Verlierern, durch die Sparmaßnahmen nicht verringert, sondern verstärkt haben, fühlen sich die USA bestätigt. Sie meinen, dass in Europa faktisch jedes Land national Sparmaßnahmen durchführen muss, wobei die gemeinsame Solidarität sehr dürftig und in den Augen der Finanzmärkte eher Schein und Alibi als Realität bleibt. Daher halten die meisten US-Strategen und -Analytiker die derzeitigen Bewältigungsstrategien Europas für nicht zielführend.

Warum?

Roland Benedikter: Die Art, wie die Nordländer den Südländern das Sparen geradezu aufzwingen, halten viele in den USA nicht für eine Tugend, sondern für eine Strategie des Untergangs. Die Rezession Italiens mit mehr als 2,5 Prozent und einem Konsumrückgang von fünfzehn Prozent 2012 wird dabei oft als Beispiel herangezogen. Sie wurde mutmaßlich durch den Sparkurs bei gleichzeitig auf Rekordniveau erhöhten Steuern mit verursacht. Für Amerika ist diese Kombination genau die falsche Strategie; sie wird die europäischen Länder eher ruinieren als gesunden, weil sie sie – gemäß dem Vergangenheitsprinzip des Sparen – in die Vergangenheit zurückwirft, und zwar nicht nur in ihrer Leistungsfähigkeit, sondern auch in ihren Strukturgrundlagen. Andererseits versteht man in den USA, dass es ganz ohne Sparen so wie bisher auch nicht weitergeht. Es ist ein Teufelskreis. Die Einsicht darin veranlasst Amerika, Europa als unweigerlich absteigend anzusehen – und sich von ihm strategisch zu distanzieren, zum Beispiel im Rahmen von Obamas „Asia-First“-Globalstrategie. Dass gleichzeitig ein transatlantisches Freihandelsabkommen vorbereitet wird, von dem sich beide Partner eine Zunahme des Bruttonsozialprodukts um bis zu zwei Prozent erwarten, ist dazu kein Widerspruch, sondern vielmehr angewandte Realpolitik. Man sucht keine größere Nähe, sondern den beiderseitigen Vorteil.

Amerika wird also europaskeptisch bleiben?

Roland Benedikter: Ja. Amerika traut Europa aufgrund seiner Zersplitterung in

Einzelinteressen nicht zu, dass es die Krise mit der bisherigen „gemischten“ Strategie von Sparpolitik und Steuererhöhungen in den Krisenländern bewältigen wird. Sie wird die Unterschiede zwischen Nord- und Südländern eher vergrößern. Denn erstens ist eine solche Strategie nicht einheitlich sichtbar, wenn beispielsweise die „französisch-italienische Allianz“ unter Hollande und Monti seit Ende 2012 bereits wieder mit der Forderung nach größeren Verschuldungsspielräumen und Reduktion der Sparzwänge an Deutschland herantritt. Und sie ist zweitens bei der Vielzahl der Entscheidungsträger auch zu kompliziert, um klare Signale zu setzen, wie die USA das versuchen.

Welche Rolle wird in zehn Jahren die Stabilitäts- und Sparkultur innerhalb Europas spielen?

Roland Benedikter: Ich denke, dass die *Stabilitätskultur* statt der Sparkultur das neue Paradigma werden muss – und wird, da ich Optimist bin! Das bedeutet nicht vorrangig Budget- oder Schuldenstabilität innerhalb einzelner Nationalstaaten in einer zwischen Nord und Süd, Gewinnern und Verlierern auseinanderfallenden Währungszone wie bisher, sondern vor allem eine neue Stabilität zwischen den sich stärker miteinander verbindenden europäischen Nationen. Es bedeutet vor allem politische Stabilität durch Einheit – mehr als rein monetäre oder fiskalische Stabilität. Letztere werden dann folgen.

Die *Sparkultur* auf der anderen Seite wird Europa wohl weiterhin stärker prägen als die USA – weil Europa in der beschriebenen Weise eben eine „Vergangenheitskultur“ ist. Das ist kein Nachteil, sondern die Eigenheit Europas. Wenn sie

richtig, nämlich komplementär zur und in Kooperation mit der „Zukunftskultur“ der USA eingesetzt und gestaltet wird, kann sie – im Rahmen einer neuen transatlantischen Rationalität – zu einer langfristig wirksamen Stärkung des Westens gegenüber aufsteigenden, auch nicht-demokratischen Weltgesellschaften wie China werden. Dazu ist allerdings ein ausgewogenes Bewusstsein, beruhend auf der Kenntnis beider Seiten des Atlantiks, notwendig. Ich wünsche mir für die Zukunft europäische Politiker, die von einem solchen Bewusstsein informiert und inspiriert sind – und zwar nicht auf einer schwärmerischen, sondern auf einer nüchternen und rationalen Basis.

USA und Europa: Wie stehen die beiden Wirtschaftsräume aus Ihrer Sicht im Moment da?

Roland Benedikter: Generell stehen die USA meiner Meinung nach derzeit besser da als Europa. Das wird auch bis auf Weiteres so bleiben. Und zwar zunächst ganz einfach deshalb, weil bei ihnen Zivilreligion, nationales Ideal, Regierung sowie Wirtschafts- und Währungsordnung eins sind. Die USA haben zwar ein hohes Schuldenniveau, aber dafür im Vergleich zu Europa sehr niedrige Steuern, also viel mehr Handlungsspielraum. Viele US-Staaten haben null Prozent Mehrwertsteuer, Kalifornien als der wichtigste Zukunftsstaat hat neun Prozent. Die USA haben eine jüngere und sich ständig – mittlerweile allerdings nicht mehr aus dem Osten, sondern vorwiegend aus dem Süden – erneuernde Bevölkerung. Wirtschaftszyklen laufen schneller, Amerikaner glauben mehrheitlich fraglos an ihr Land.

Man kann geteilter Meinung sein, ob das nur gut ist. Aber das alles ist in Europa mehrheitlich nicht der Fall – wenn man einmal Großbritannien ausnimmt, das sich nicht ohne Grund nicht als Europa zugehörig versteht, seit David Camerons Amtsantritt weniger denn je. Wirtschaftlich und Innovationen betreffend sind die USA immer noch flexibler und schneller als alle anderen Räume. Sozial sind sie in der Krise wegen ihrer ideologischen Polarisierung und damit einhergehenden politisch-institutionellen Lähmung. Aber Europa ist in einer noch größeren sozialen Krise mit seiner schwächeren Mittelklasse – nicht zuletzt aufgrund der auf Rekordsummen steigenden Steuern wie in Italien, das 2013 die höchsten kombinierten Steuern der Welt aufweist. In Nachhaltigkeitskriterien ist Europa weiter, wenn man sie eng fasst und also auf grüne Technologien und erneuerbare Energien fokussiert. Versteht man Nachhaltigkeit aber als kulturelle, gesellschaftliche und civilisatorische Resilienz, also als Kombination von Nachhaltigkeit, Widerstandsfähigkeit und Erneuerungsfähigkeit, dann ist die Frage, wer langfristig die besseren Karten hat. Ich habe weit mehr Sorge um ein wieder in Nationen auseinanderfallendes Europa als um die national und zivilreligiös gefestigten USA.

Das Gespräch führten Matthias Schäfer und Bernd Löhmenn.

Vom Ruf und Verruf des Sparens

Fünf internationale Perspektiven

Italien: Ende Februar 2013 erschütterten die Ergebnisse der Parlamentswahlen die politische Landschaft: Mehr als fünfzig Prozent der Wahlberechtigten stimmten für Parteien, die den Sparkurs der europaweit gelobten Regierung von Premierminister Mario Monti ablehnten. Wollen die Italiener nicht mehr sparen? Im Gegenteil: Viele würden gern wieder mit dem Sparen anfangen; jedoch privat und nicht im öffentlichen Sektor.

Laut dem statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) lag die Gesamtverschuldung Italiens im dritten Quartal 2012 bei 127,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Um Euro-Partner und internationale Finanzmärkte zu beruhigen,

hat die Regierung von Premierminister Mario Monti einiges unternommen, damit die Neuverschuldung unter der Drei-Prozent-Schwelle des Maastricht-Kriteriums bleibt: Empfindliche Steuererhöhungen, eine tief greifende Rentenreform und umfangreiche Kürzungen der öffentlichen Leistungen. Da es der italienischen Regierung jedoch nicht gelungen ist, durch überzeugende Strukturreformen – insbesondere im Bereich von öffentlicher Verwaltung, Justiz und Arbeitsmarkt – Wachstumsimpulse zu setzen, schrumpft die Wirtschaft nach wie vor und die Arbeitslosenzahlen steigen.

Die italienischen Haushalte haben immer weniger Geld zur Verfügung. Im vergangenen Jahr ist die Kaufkraft um vier

Prozent eingebrochen. „Sparen“ ist damit zu einem wichtigen Thema in Italien geworden: Tipps und Tricks, wie es sich über die Runden kommen lässt, werden in privaten Gesprächen getauscht und auch in den Medien behandelt. „Sparen“ bedeutet jedoch im eigentlichen Sinne nicht „weniger Geld ausgeben“, sondern „Geld zurücklegen für die Zukunft“. Und in dieser Disziplin waren die Italiener lange europäische Spitzeneure.

Nach Angaben des Statistikinstituts Istat lag die Sparquote der privaten Haushalte in Italien Ende 2012 zwar nur bei rund neun Prozent, 2010 jedoch noch bei gut fünfzehn Prozent des Nettohaushaltseinkommens. Und zu Beginn der 1990er-Jahre erreichte die Sparquote der italienischen Haushalte sogar über zwanzig Prozent.

Wofür sparen die Italiener beziehungsweise wofür haben sie gespart? In aller Regel für die eigenen vier Wände – oder die der Kinder. Rund achtzig Prozent der Italiener wohnen in ihrer eigenen Wohnung oder im eigenen Haus. Zum Vergleich: In Deutschland waren dies im Jahr 2010 nur rund 45 Prozent der Bevölkerung. Und das Wohneigentum der Ita-

liener ist zudem größtenteils abbezahlt. Die Gesamtverschuldung der italienischen Familien macht gerade einmal 34 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. In Deutschland sind es mehr als 63 Prozent.

Während die öffentliche Verschuldung eine der höchsten in ganz Europa ist, wirtschaften die Italiener privat also sehr solide und haben eine ausgeprägte Sparkultur. Gerne würden die italienischen Haushalte sogar wieder mehr sparen – wenn nur die Steuerlast sinken oder ein Wirtschaftsaufschwung die Gehälter steigen und die Arbeitslosenquote zurückgehen lassen würde.

Dafür, dass dem nicht so ist, machen viele Italiener die „Sparpolitik“ der Regierung Monti verantwortlich. Der Staat soll aufhören zu sparen, damit die Bürger wieder damit anfangen können – so könnte man das Grummeln in der italienischen „pancia“, dem Bauch, zusammenfassen. Da der italienische Staatshaushalt keine weiteren Schulden verkraftet, steht die italienische Politik vor der Aufgabe, die notwendigen Strukturreformen weiter voranzutreiben, damit die Wirtschaft wieder wachsen kann. Die neue italienische Regierung hat enorme Aufgaben zu bewältigen.

*Katja Christina Plate
Auslandsbüro Rom der Konrad-Adenauer-Stiftung*

Spanien: Das Land muss sparen – die Regierung von Ministerpräsident Mariano Rajoy hat seit Amtsantritt vor nicht einmal zwei Jahren vier Kürzungsprogramme verkündet. Waren es zum Jahresende 2011 neun Milliarden Euro, die eingespart werden mussten, hat das jüngste Austeritätspaket einen Umfang von unvorstellbaren 65 Milliarden Euro (Minderausgaben bis 2015). Gespart wird überall, besonders hart trifft es den Bildungs- und Sozialtat. Das ist für Spanien eine neue Situation. Zur Jahrtausendwende wies das Land beinahe ausgeliessene Haushalte auf, zwischen den Jahren 2005 und 2007 sogar Überschüsse. Das Platzen der Immobilienblase im Zuge der internationalen Finanzkrise beendete die wirtschaftliche Hause. Trotz extremer Kürzungen sinkt das Defizit nur langsam. Die Staatsverschuldung erreicht Rekordhöhen. Im dritten Quartal 2012 betrug sie 77,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Vier Jahre zuvor lag sie noch bei 37 Prozent der Wirtschaftsleistung. Soll das Vertrauen in spanische Staatsanleihen wiederhergestellt werden, gibt es zum Sparkurs wohl nur wenige ökonomische Alternativen. Garant der politischen Kontinuität des Austeritätspaktes ist die Furcht der spanischen Regierung vor dem Schicksal des Nachbarn Portugal – der Verlust der Haushaltssouveränität an die „Troika“.

Die Spanier müssen sparen. Über fünf Millionen Menschen sind arbeitslos. Besonders zu spüren bekommt das die Konsumgüterindustrie. Die Verkaufszahlen von Automobilen befinden sich – wie die Wohnungspreise – fast im freien Fall. Mit dem Konsum bricht eine wichtige Stütze der spanischen Wirtschaft weg. Es fällt auf, dass auf der Iberischen Halbinsel nicht vom Zwang zu „sparen“ (*ahorrar*), sondern von der „Kürzung“ (*recorte*) die Rede ist. Der semantische Unterschied steht für die Integration der jungen Demokratie in Europa – die Geschichte einer eindrucksvollen ökonomischen Aufholjagd: Diese wurde in Gang gesetzt durch einen Nachholbedarf im Konsum, weniger durch „biederer“ Sparen. Der „faule“ Immobilienboom zur Jahrtausendwende ist dabei das vorerst letzte Kapitel dieser Erzählung. Viele Spanier sehen nur noch „Kürzungen“, welche die erreichte Angleichung an den westeuropäischen Lebensstandard nun angeblich zunichtemachen.

Wie in anderen betroffenen Ländern fällt auch den Spaniern die Einsicht schwer, dass die privaten und öffentlichen Austeritätsprogramme Ergebnis vorausgegangener Fehler und Versäumnisse sind. Hierfür die europäischen Nachbarn verantwortlich zu machen, verschafft nur vorübergehende Erleichterung – und beschädigt zunehmend das europäische Fundament.

Adriaan Kühn
Auslandsbüro Madrid der Konrad-Adenauer-Stiftung

Iland: Das Thema „Finanzkrise und das verordnete Sparen“ muss aus deutscher Sicht mit einem Exkurs beginnen: Im ersten Semester des Ökonomiestudiums lernt man die „schwäbische Hausfrau“ kennen, die das Familieninkommen (Y) für den Konsum (C) und zum Sparen (S) verwendet, also $Y=C+S$. Etwas später wird der „schwäbische Mitelständler“ vorgestellt, der sein Einkommen (Y) einsetzt für Konsum (C) und Investitionen (I), also $Y=C+I$, wobei er für die Finanzierung seiner Investitionen seine und die über Banken kanalisierten Ersparnisse anderer „Schwaben“ einsetzt. Verhielten sich alle „Schwaben“ so, spräche man von einem ökonomischen Gleichgewicht ($I=S$). Kredite, also eine Schuldenufnahme, würden sich nur rechtfertigen, wenn damit eine produktive Investition getätigter würde, die ein Einkommen schaffen, oder wenn die Kredite durch späteres Sparen abgezahlt würden.

Wie nun verhalten sich die „irische Hausfrau“ und der „irische Unternehmer“? Natürlich verbietet sich eine Verallgemeinerung. Denn es gibt die soliden Iren ebenso wie die ökonomisch unverantwortlichen. Ist Sparen eine Tugend in diesem Land? Widerspricht Sparen nicht eigentlich der allseits bekannten und geschätzten irischen Großzügigkeit und Gastfreundschaft?

Irland gehörte – hervorgerufen nicht zuletzt durch die englische Kolonisierung

seit dem siebzehnten Jahrhundert – auch weitere siebzig Jahre nach der Unabhängigkeit 1921 zu den ärmsten Regionen Europas. Eine „Sparkultur“, ausgerichtet auf Investitionsabsichten, konnte sich in dieser Situation kaum entwickeln. Man hatte einfach zu wenig, um es zu sparen. Der Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1973, massive Auslandsinvestitionen, besonders aus den USA und seitens der EWG (Strukturfonds, Sozialfonds, Agrarsubventionen), relativ niedrige Löhne sowie eine gut ausgebildete Bevölkerung ermöglichen eine zunächst langsame Verbesserung und ab Mitte der 1990er-Jahre bis 2007 eine „Bonanza“, die den „Celtic Tiger“ auf den zweiten Platz der EU-Reichtumstabelle springen ließ.

In dieser Boomzeit schienen die erwähnten „Erstsemester-Erkenntnisse“ vergessen. Um eine Überhitzung der Konjunktur und Inflation zu vermeiden, startete die Regierung ein äußerst lukratives Sparförderungsprogramm, was einer der Gründe dafür ist, dass die Banken „in Geld schwammen“ und billige Kredite bei geringer Absicherung vergaben. Das heizte den Bauboom an, allerdings auch die Baupreise, sodass viele Iren der Ober- und oberen Mittelschicht glaubten, Investitionen in Immobilien seien der beste Weg, die für den Konsum nicht benötigten Einkommensteile und Kredite einzusetzen. Zudem führten die gestiegenen

Einkommen nicht nur zu einer Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus; vielmehr brachte der Konsumrausch auch seltsame Blüten hervor, wie etwa den Flug nach New York zum Weihnachtseinkauf. Waren die erhöhten Ausgaben allein aus den erhöhten Einkommen oder Ersparnissen finanziert worden, so hätte man sich noch in der Nähe der „Erstsemester-Erkenntnisse“ befunden. Der Boom erdrückte freilich jegliche ökonomische Vernunft, und „die Leute“, wie der neue irische Regierungschef bei der Davoser Weltwirtschaftstagung ökonomisch korrekt, wenn gleich politisch wenig geschickt, sagte, „verschuldeten sich wie verrückt“ (“people went mad borrowing”).

Der Lehman Brothers-Pleite folgte 2007 in Irland eine Bankenkrise, die wiederum zu einer Staatsfinanzkrise führte, weil die vorige Regierung Einlagen und Schulden der irischen Banken in unbegrenzter Höhe garantierte. Die Regierung, deren führende Partei Fianna Fáil seit fünfzehn Jahren an der Macht war, wurde 2011 abgewählt, und die neue Fine Gael-Labour-Regierung sah sich mit einem Schuldenberg von circa 148 Milliarden Euro (107 Prozent des Bruttosozialeinkommens) konfrontiert.

Vor dem Hintergrund der einstigen Armut und der Kenntnis des Wohlstands auf dem Kontinent ist der Konsumnachholbedarf der Jahre 1998 bis 2003 zu verstehen. Spätestens dann hätte die Regie-

rung freilich einen „Julius-Turm“ anlegen müssen (man hatte einen Budgetüberschuss), glaubte aber wohl an x-mal „sieben fette Jahre“. So blieb der neuen Regierung ab 2011 nur der Weg, der Bevölkerung ein „Zwangssparen“ durch Steuererhöhungen und Gehaltskürzungen aufzuerlegen (im Öffentlichen Dienst zwanzig bis 25 Prozent). Die Arbeitslosigkeit, bis 2007 unter vier Prozent, schnellte zwischen 2008 und 2010 auf fast fünfzehn Prozent hinauf, der davon betroffene Bevölkerungsteil war zu weiteren Ausgabenkürzungen gezwungen.

Sparen hat in einer solchen Situation der relativen Armut und des anschließenden Booms kaum eine Chance, zu einer Tugend zu werden. Es wäre freilich der wirtschaftliche Untergang des Landes gewesen, hätte man in der Finanzkrise nicht durch Ausgabenkürzungen versucht, sich dem Ziel $Y=C+S$ und $Y=C+I$, also $S=I$, wieder anzunähern. Die überaus große Mehrheit der Iren hat die Einsparungen bisher akzeptiert, zwar murrend, aber – wegen versäumten Sparens – mehr schuldbewusst im stillen Kämmerlein als dem Protestmarsch-Beispiel der Südeuropäer folgend. Es ist nicht auszuschließen, dass das zu einer „Spartugend“ führt, die nicht zwangsläufig Großzügigkeit in Geiz umschlagen lässt, aber Sparen auch nicht zum Selbstzweck deklariert. Grün ist die Farbe Irlands – und die Farbe der Hoffnung.

Dieter W. Benecke
Ehemaliger Vorstand von Inter Nationes,
langjähriger Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung
mit Wohnsitz in Dublin

Frankreich: Das Sparverhalten der privaten Haushalte und jenes des Staates klaffen in Frankreich deutlich auseinander.

Die privaten Haushalte sind im internationalen Vergleich sehr sparsam. Ihre Sparquote liegt im langfristigen Durchschnitt bei elf bis zwölf Prozent und damit um gut einen Prozentpunkt höher als in Deutschland.

Dagegen kann von Sparsamkeit im staatlichen Bereich schon lange keine Rede sein. Seit den 1970er-Jahren weist der Staatshaushalt ein Defizit auf. Zwar hat die französische Regierung zugesagt, das Haushaltsdefizit im Jahr 2013 auf unter drei Prozent zu drücken. Vor Kurzem musste sie aber einräumen, dass sie das Ziel verfehlt und das Defizit bei mindestens 3,7 Prozent liegen wird. Im Jahr 2014 dürfte es mit 3,9 Prozent sogar noch höher sein. Die sehr nachsichtige und konziliante Reaktion der EU-Kommission auf dieses Eingeständnis verwundert und wird bei anderen Staaten die Frage aufwerfen, warum sie sich eigentlich so anstrengen, die europäischen Verträge zu erfüllen. Dabei ist (bisher zumindest) nichts von einer Naturkatastrophe oder einem anderen unabwendbaren Ereignis bekannt geworden, welches als Ursache des zu hohen Defizits herangezogen werden könnte. Allerdings interpretiert die sozialistische Regierung das ausbleibende

Wirtschaftswachstum als schicksalhaft und gänzlich unverschuldet. Das Gegen teil ist jedoch der Fall. Die Regierung Hollande tut alles, um auch noch den kleinsten Funken des Wirtschaftswachstums auszutreten. In Erwartung eines „Deus ex Machina“ in Gestalt des europäischen Fonds zur Wachstumsförderung haben sich auf diese Weise in den vergangenen Jahren enorme Schuldenbestände angesammelt. Im Jahr 2013 wird der Schuldenstand auf über 95 Prozent des Bruttosozialproduktes anwachsen. Damit erreicht er ein Niveau, bei dem nach Meinung führender Ökonomen und des Internationalen Währungsfonds der hohe Schuldenstand selbst zur Wachstumsbremse wird. Aber die Regierung Hollande glaubt weiter an die Segnungen keynesianischen „deficit spendings“, obwohl die makroökonomischen Rahmenbedingungen ganz andere sind. Mehr oder minder offen macht sie auch die Bundesregierung für das Ausbleiben des Wachstums verantwortlich, weil sie auf Ausgabedisziplin und Strukturreformen besteht.

Aber vielleicht ist gerade die fehlende Disziplin der französischen Regierung bei der Sanierung der öffentlichen Haushalte der Grund für die hohe Sparquote der privaten Haushalte? Wo der Staat seine Finanzen nicht in Ordnung hat, müssen zumindest die Privaten angemessene Risikovorsorge treffen.

Norbert Wagner

Auslandsbüro Paris der Konrad-Adenauer-Stiftung

Japan: Das Land blickt auf „zwei verlorene Jahrzehnte“ zurück, in denen die Wirtschaft nicht oder nur schwach gewachsen, die Wettbewerbsfähigkeit eingebrochen und die Staatsverschuldung außer Kontrolle geraten ist. Die im Dezember 2012 gewählte Regierung will das mit einem umfangreichen und in seinen Dimensionen kühnen Konjunkturprogramm ändern. Es wird nach seinem Initiator, Japans neuem Ministerpräsidenten, „Abenomics“ genannt. Damit soll die seit Langem bestehende Deflation beendet, Wachstum geschaffen, zusätzliche Arbeitsplätze bereitgestellt und die Staatsverschuldung abgebaut werden.

Einen deutlichen Hinweis auf gravierende Strukturschwächen Japans gibt die staatliche Verschuldung. Sie wuchs vom Beginn der 1990er-Jahre bis heute um knapp 170 Prozent und liegt bei circa 240 Prozent des Bruttonsozialproduktes. Da die Steuereinnahmen zur Finanzierung des Staatshaushaltes bei Weitem nicht mehr ausreichen – er wird zur Hälfte durch Schuldenaufnahme finanziert –, steigt die Staatsverschuldung kontinuierlich. Dabei muss erwähnt werden, dass Japan nach wie vor die drittstärkste Wirtschaftsmacht der Welt ist, die Arbeitslosigkeit nie über fünf Prozent anstieg und die Produktivitätsfortschritte im internationalen Vergleich in der Spitzengruppe liegen. Das Land besitzt eines der höchsten Auslandsguthaben der Welt, die Verschuldung der Unternehmen und pri-

vaten Haushalte ist gering. Japan leidet nicht unter ökonomischen Instabilitäten, wohl aber – wenn es weiterhin eine führende Wirtschaftsmacht sein will – unter notwendigen Anpassungsmaßnahmen und einer mangelnden Umsetzung drängender struktureller Reformen. Darüber hinaus ändert die Demografieentwicklung fundamental seine Wachstums- und Wirtschaftsstruktur.

Das ist der Politik längst bewusst. Paradoxerweise erlaubten es bislang jedoch gerade die Defizite der Staatshaushalte, welche die Auswirkungen des Strukturwandels dämpften und streckten, den Reformprozess zu verschieben. Das war möglich, da die Staatsverschuldung zu über 95 Prozent von den Japanern selbst getragen wird, sie also bequem im Lande selbst finanziert werden kann. Sie stellt bislang lediglich ein inländisches Bilanzproblem einer reichen Volkswirtschaft dar. Solange eine binnenwirtschaftliche Finanzierung möglich ist, die internationalen Finanzmärkte also nicht benötigt werden, können schmerzhafte Anpassungen vermieden werden. Das dürfte der Grund dafür sein, dass in der gegenwärtigen inner-japanischen Diskussion die Schuldensituation keine zentrale Rolle spielt. Dennoch bewirkt die zunehmende Verschuldung aber eine verstärkte Anfälligkeit für Krisen, denn Japans Finanzierungsmöglichkeiten werden schwieriger. Bereits jetzt muss die Hälfte der jährlichen Neuverschuldung des Staatshaushaltes wieder für den Schuldendienst ausgegeben werden.

Die Regierung und eine Reihe von japanischen Ökonomen glauben daher, die Staatsschulden mit beabsichtigten Erhöhungen der Verbrauchssteuern bis zu zehn Prozent, vor allem aber durch den erwarteten Erfolg der „Abenomics“ mittel- und langfristig zurückführen zu können. Diese setzen sich aus einer neuen Kombination der Fiskal- und Geldpolitik zusammen, die mit Strukturreformen verbunden werden. Ihr Ansatz und ihr massiver Umfang kommen für Japan einer monetären Revolution gleich und bedeuteten einen radikalen Strategiewechsel der Geldpolitik.

Fiskalpolitisch bedeutet das: Für Konjunkturprogramme des zu Ende gehenden Haushaltsjahres 2012/2013 waren circa 120 Milliarden Euro als Initialzündung vorgesehen. Für das Haushaltsjahr 2013/2014 beträgt der Gesamthaushalt circa 850 Milliarden Euro. Geldpolitisch sind eine Verdopplung der Geldbasis bis Ende 2014 von circa 1,15 Billionen Euro und ein jährlicher Kauf von Staatsanleihen in Höhe von circa 400 Milliarden Euro mit einem Inflationsziel von zwei Prozent vorgesehen. Die bisherige De-facto-Abwertung des Yen von circa zwanzig Prozent gegenüber dem Euro beschreibt die währungspolitische Konsequenz.

Ein Reformprogramm wird derzeit ausgearbeitet und soll bis Jahresmitte 2013 vorliegen. Zusätzlich sollen Beitrittsverhandlungen zur Transpazifischen Freihandelszone und Verhandlungen über Freihandelsabkommen (FTA) mit der Euro-

päischen Union sowie mit China und Korea die Strukturreformen voranbringen. Japan sieht sich in dieser Politik durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) bestärkt, der auf der Grundlage der Erfahrungen mit hoch verschuldeten Ländern feststellte, dass hohes Wachstum, eine expansive Geldpolitik, Exportsteigerungen und eine schwache Währung zu einer Haushaltskonsolidierung beitragen. Nach japanischem Verständnis hat auch der G20-Gipfel vom Februar 2013 die neue Geldpolitik bestätigt.

Das Wirtschaftsprogramm von Ministerpräsident Shinzo Abe erhält eine hohe Zustimmung in der Bevölkerung. Es ist ein äußerst wagemutiges Projekt, Japan auf einen Wachstumspfad zurückzuführen, die zum Teil überregulierte Wirtschaft zu vitalisieren, den Wettbewerb zu stärken und überfällige Strukturreformen anzupacken. In diesem Sinne haben „Abenomics“ auch eine gesellschaftspolitische Bedeutung. Sie können nur gelingen, wenn die Strukturreformen schnell formuliert und umgesetzt werden, die Unternehmen die Geldschwemme zu Investitionen nutzen und die Gesellschaft die notwendigen Veränderungen annimmt. Die expansive Fiskal- und Geldpolitik hat die Grundlagen gelegt; der nächste Schritt, die Durchführung der Strukturreformen, dürfte über Erfolg oder Misserfolg der „Abenomics“ und damit über die Zukunft Japans entscheiden.

Jörg Wolff
Auslandsbüro Tokio der Konrad-Adenauer-Stiftung

Ein Staatsfonds für Deutschland

Chancen und Risiken einer neuen „Anlagemöglichkeit für jedermann“

THOMAS MAYER

Geboren 1954 in Backnang, von Januar 2010 bis Mai 2012 Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Senior Fellow, Center for Financial Studies (CFS) an der Universität Frankfurt, Berater der Deutschen Bank.

Den Deutschen wird gerne nachgesagt, sie seien Konsummuffel und Weltmeister im Sparen. In der Tat fahren wir Jahr für Jahr gewaltige Überschüsse in unserer außenwirtschaftlichen Leistungsbilanz ein, was nichts anderes heißt, als dass die gesamtwirtschaftliche Ersparnis die Investi-

tion erheblich und nachhaltig übersteigt. Schaut man sich dann aber die Ergebnisse dieser gewaltigen Sparleistung für den einzelnen Bürger an, erlebt man eine herbe Enttäuschung: Laut Bundesbank haben die deutschen privaten Haushalte ein mittleres (Median) Nettovermögen von gerade mal 51.400 Euro. Das ist nicht einmal die Hälfte der französischen Vermögen (113.500 Euro) und noch weniger im Vergleich mit Spanien (178.300 Euro) oder Italien (163.900 Euro).¹

ARME SPARER

Wie ist es zu erklären, dass unsere Volkswirtschaft insgesamt viel mehr produziert als verbraucht, davon aber vergleichsweise sehr wenig beim Bürger zur Vermögensbildung bleibt? Die Antwort darauf ist, dass die Sparleistung und damit Vermögensbildung bei uns sehr ungleich verteilt ist. Ein großer Teil der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis kommt durch einbehaltene Gewinne der Unternehmen zustande, die diese zur Finanzierung von Investitionen im Ausland verwenden. Da 89 Prozent der deutschen Haushalte aber überhaupt kein Aktienvermögen besitzen, sind nur wenige am Wertzuwachs der Unternehmen beteiligt. Außerdem wohnen nur rund 44 Prozent der deutschen Haushalte in den eigenen vier Wänden – im Vergleich zu 83 Prozent in Spanien, 68 Prozent in Italien und 58 Prozent in Frankreich. Damit nimmt die Mehrzahl der deutschen Haushalte auch nicht am nominalen Wertzuwachs der Immobilien teil und ist nicht der Spardisziplin unterworfen, die eine Hypothek verlangt. Nach Einschätzung der Bundesbank sparen die meisten Deutschen deshalb so wenig, weil sie sich zur Deckung der Grundbedürfnisse, wie Bildung oder Betreuung in Kindheit und Alter, und zur Absicherung vieler Lebensrisiken, wie Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Pflegebedürftigkeit, auf den Staat verlassen. Dagegen wäre im Prinzip nichts einzuwenden, wenn anstelle der privaten Haushalte der Staat einen Teil der Erlöse aus den Sozialbeiträgen verwenden würde, um das Vermögen aufzubauen, das eine alternde Gesellschaft zum Erhalt ihres Lebensstandards braucht. Leider ist dies aber nicht der Fall. Der Staat hat es nicht nur versäumt, Sozialabgaben der Durchschnittsverdiener zum Aufbau von Vermögen zu ihrer Absicherung im Alter zu sparen, sondern er hat seit Beginn der Eurokrise auch einen Teil der Investitionsrisiken der vermögenden Schichten übernommen.

DEUTSCHER STAATSFONDS WIDER WILLEN

Vor Beginn der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) waren es vornehmlich Unternehmen und vermögende private Haushalte, die ihre Ersparnisse im Ausland anlegten. Allerdings war die Nachfrage dieser Gruppen nach ausländischen Anlagen geringer als die Nachfrage ausländischer Importeure nach deutschen Gütern. Dies verknappete das internationale Angebot an deutscher Währung und trieb den Wechselkurs der D-Mark tendenziell nach oben. Letzten Endes wurde dadurch der Überschuss der deutschen außenwirtschaftlichen Leistungsbilanz auf Werte um die zwei Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) begrenzt. Allerdings vollzog sich die Aufwertung der D-Mark nicht graduell, sondern kam oft in Schüben, was die deutsche Exportwirtschaft regelmäßig zu lauter Klage veranlasste. Da eine

Phase der Aufwertung in der Regel mit einer Abschwächung der Exporte und damit der Industrieproduktion verbunden war, kam es zu einer Schaukelbewegung zwischen Leistungsbilanz und Arbeitslosigkeit. In Zeiten vorübergehender Wechselkursstabilität stiegen die Exporte und mit ihnen der Leistungsbilanzüberschuss und die Industrieproduktion, sodass die Arbeitslosigkeit zurückging. Wenn der Wechselkurs dagegen anstieg, bewegten sich Export, Leistungsbilanz, Industrieproduktion und Arbeitslosigkeit in die entgegengesetzte Richtung. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sowohl Industrie als auch Gewerkschaften an stabilen Wechselkursen interessiert waren und sich von der Währungsunion in dieser Hinsicht eine Verbesserung versprachen.

Tatsächlich erleichterte die Währungsunion wesentlich den Fluss deutscher Ersparnisse ins Ausland. Da nun für Anlagen in den EWWU-Mitgliedsländern kein Wechselkursrisiko mehr bestand, war es auch Banken und Versicherungen möglich, von höheren Zinsen und Erträgen im benachbarten Ausland zu profitieren. Im Gegensatz zu Unternehmen und privaten Haushalten stehen den Forderungen von Banken und Versicherungen Verpflichtungen in beinahe der gleichen Höhe gegenüber. Ihre hauptsächliche Aufgabe ist es ja, die Gelder ihrer Kunden anzulegen. Gehen sie dabei Risiken ein, setzen sie ihr im Vergleich zu den Kundenvermögen geringes Eigenkapital aufs Spiel. Aus diesem Grund scheuen sich Banken und Versicherungen davor, größere Wechselkursrisiken einzugehen. Für diese Institutionen eröffneten sich daher mit dem Wegfall von Wechselkursrisiken durch die Einführung des Euro neue Anlagemöglichkeiten. Mit der Öffnung dieses Ventils wurde es möglich, durch den Export deutscher Ersparnisse die außenwirtschaftlichen Leistungsbilanzüberschüsse zu verdreifachen. Statt um die zwei Prozent des BIP pendelten diese nun um die sechs Prozent des BIP.

VOM WECHSELKURSRISIKO ZUM KREDITRISIKO

Für den Wechselkurs des Euro stellten die hohen deutschen Leistungsbilanzüberschüsse kein Problem dar, denn sie wurden durch die Defizite der anderen EWWU-Länder neutralisiert. Insgesamt war die Leistungsbilanz der Eurozone weitgehend ausgeglichen und der Wechselkurs des Euro keinem Aufwertungsdruck ausgesetzt. Kein Wunder, dass die Industrie zu einem verlässlichen Freund des Euro wurde. In Abwandlung des Charles Wilson zugeschriebenen Spruchs „Was gut ist für General Motors, ist gut für Amerika“ fanden auch deutsche Politiker, dass Deutschland der größte Nutznießer des Euro sei. Dabei übersahen sie, dass ein schwacher Wechselkurs zwar die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure erhöhen kann, für das

Land insgesamt aber das Austauschverhältnis zwischen heimischen und ausländischen Gütern verschlechtert und den Druck auf die Industrie zu Produkt- und Prozessinnovationen verringert.

Noch schwerer wiegt allerdings, dass durch den Euro das Wechselkursrisiko durch ein Kreditrisiko ersetzt wurde. Denn die Empfängerländer verwendeten die deutschen Ersparnisse nicht zum Import ausländischer Kapitalgüter und Aufbau eines produktiven Kapitalstocks, sondern zum Import von Konsumgütern, zum Aufbau von Immobilienvermögen und zum Ausbau staatlicher Leistungen. Als mit dem Ausbruch der internationalen Finanzkrise die Fehlallokation von Kapital in EWWU-Ländern mit besonders hohen Leistungsbilanzdefiziten deutlich wurde, zogen sich insbesondere die Banken, aber auch die Versicherungen von der Finanzierung dieser Defizite zurück. Ohne staatlichen Eingriff wäre es zur Insolvenz von Staaten und Banken im Euroraum gekommen. Da dies wahrscheinlich den Zusammenbruch der EWWU bedeutet hätte, wurden die den Defizitländern fehlenden privaten Kredite durch Kredite anderer EWWU-Länder und des Eurosystems ersetzt. Damit konnten die Defizitländer fällige private Kredite zu unter dem Markt liegenden Konditionen ablösen. Nun sind die deutsche Bundesregierung und, in viel stärkerem Maße, die Deutsche Bundesbank die größten Gläubiger der Defizitländer. Nach Informationen des ifo Instituts München wurden Hilfskredite von insgesamt 1,5 Billionen Euro zugesagt, davon rund eine Billion durch das Eurosyste (Stand: 15. März 2013). Deutschland haftet dafür in Höhe von rund 700 Milliarden Euro, darunter nominal mit 341 Milliarden Euro über das Eurosyste. Über das Interbankzahlungssystem TARGET2 hat die Bundesbank 613 Milliarden Euro (Stand: Ende Februar 2013) an die Europäische Zentralbank (EZB) zur Weiterleitung an die Defizitländer verliehen (wobei für die Differenz zwischen diesem Kredit und der nominalen Haftungssumme der Bundesbank andere Länder haften). Andere Eurostaaten, wie Frankreich, die Beneluxländer oder Österreich, sind ihrer Wirtschaftskraft vergleichbare Haftungsrisiken eingegangen.

EIN BESSERER STAATSFONDS

Die insgesamt gewährten Kredite der Bundesrepublik über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und die EZB an die Defizitländer beliefen sich im Frühjahr 2013 auf rund 966 Milliarden Euro (die Summe aus den TARGET-Krediten der Bundesbank über 613 Milliarden Euro und den staatlichen Krediten und der ESM-Kapitaleinlage von 353 Milliarden Euro). Dies ist der Natur nach ein Staatsfonds zur Anlage deutscher Überschusssparnisse im Ausland.² Gegenüber anderen Staatsfonds zeichnet sich der deutsche Fonds durch seine hohe Konzentration der Anlagen in finanzschwachen Staaten und

Banken der Eurozone und durch seine geringe Verzinsung aus (gegenwärtig nur 0,75 Prozent auf die Forderungen der Bundesbank und weit unter Markt-konditionen liegende Zinsen auf ESM-Kredite).

Aufgrund der Schwierigkeit, den privaten Sektor zum Export von Überschussersparnissen zu bringen, haben Länder mit chronischen Leistungs-bilanzüberschüssen in der Regel staatliche Fonds zu diesem Zweck geschaffen. Der klassische Fall eines Landes mit chronischem Leistungsbilanzüberschuss ist ein rohstoffreiches Land mit relativ kleiner Bevölkerung. Dort können die Erlöse aus Rohstoffexporten von den Inländern nicht vollständig zu Konsum und Investition verwendet werden und werden deshalb über einen Staats-fonds in ausländischen Vermögenswerten angelegt. Beispiele hierfür sind Ölländer wie Norwegen oder Saudi-Arabien. Aber auch Länder, die aufgrund ihrer Wechselkurspolitik aus Marktinterventionen hohe Devisenreserven an-gesammelt haben, nutzen Staatsfonds zur besseren Verwaltung dieser Reser-ven. Typischerweise werden Devisenreserven von der Zentralbank in liquiden ausländischen Staatsanleihen höchster Bonität angelegt. Damit sind sie zwar jederzeit verfügbar, erzielen aber nur eine geringe Rendite. Ist der Bestand an Reserven so hoch, dass zumindest für einen Teil Liquidität keine große Rolle mehr spielt, so können diese Reserven zu höherer Rendite über einen Staats-fonds investiert werden. Beispiele dafür sind China und die Schweiz. Die Aus-landsforderungen der deutschen Bundesregierung und der Bundesbank ent-sprechen den Devisenreserven eines Landes mit einem politisch gesteuerten Wechselkurs, sind aber extrem illiquide und wenig einträglich. Zur Verbesse- rung der Rendite und Liquidität könnten sie schrittweise in einen Staatsfonds überführt werden.

RAUM FÜR DEN ABBAU VON LEISTUNGSBILANZDEFIZITEN

Eine solche Überführung könnte natürlich nicht in den bestehenden Fazili-täten stattfinden, sondern müsste über eine neue Einrichtung parallel zur Rückführung der über den ESM und die Bundesbank gewährten Kredite er-folgen. Erreicht würde dies dadurch, dass ein zu gründender deutscher Staats-fonds in dem Umfang im Inland Kredite aufnimmt, in dem Kredite des ESM und der Bundesbank zurückgezahlt werden. Die aufgenommenen Mittel müssten dann außerhalb der Eurozone professionell in Abwägung von Ren-dite und Risiko angelegt werden. Indem die den deutschen Leistungsbilanz-überschuss spiegelnden Überschussersparnisse außerhalb des Euroraums investiert würden, würde Raum für den Abbau von Leistungsbilanzdefiziten in den überschuldeten Ländern geschaffen, ohne dass dort das Wachstum durch eine starke Aufwertung des Euro abgewürgt würde. Natürlich würde

dadurch ein Leistungsbilanzüberschuss der Eurozone insgesamt entstehen. Aber wenn er im Wesentlichen aus deutschen Überschüssen von etwa sechs Prozent des deutschen BIP gespeist würde, so wäre er mit ungefähr zwei Prozent des BIP der gesamten Eurozone international wohl noch verträglich. Für die internationale Gemeinschaft wäre dies ein geringeres Übel als ein Zerfall der Eurozone, der durch einen erzwungenen Abbau der internen Ungleichgewichte bei nach außen ausgeglichenener Leistungsbilanz kommen könnte, wenn der daraus resultierende Deflationsdruck in den Defizitländern oder der Inflationsdruck in den Überschussländern das politisch akzeptable Niveau übersteigt.

Wie eingangs erläutert, haben die Deutschen relativ wenig privates Vermögen gebildet, können sich angesichts einer schnell alternden Bevölkerung aber auch nicht auf eine auskömmliche staatliche Rente verlassen. Die private Vorsorge hat an Bedeutung gewonnen, leidet aber an den Schwierigkeiten privater Anbieter, in einem global diversifizierten Portfolio Wechselkursrisiken einzugehen und gleichzeitig Garantien auf das eingezahlte Kapital abzugeben. Zur Unterstützung der Altersvorsorge könnte der Staatsfonds langlaufende Anleihen mit einem garantierten positiven Realzins anbieten. Damit die Garantien des Staatsfonds langfristig nicht im Trend relativ zum BIP wachsen, könnte sich der Realzins am deutschen Potenzialwachstum von etwa 0,5 Prozent pro Jahr orientieren. Darüber hinausgehende Anlageerfolge könnten den Sparern als Boni gutgeschrieben werden. Bei Eintritt in den Ruhestand würde dann das Altersvorsorgevermögen zur Aufbesserung der staatlichen Rente graduell abgebaut.

¹ Siehe Studie der Bundesbank: „Private Haushalte und ihre Finanzen“, 21.03.2013.

² Siehe Daniel Gros und Thomas Mayer: A Sovereign Wealth Fund to Lift Germany's Curse of Excess Savings, CEPS Policy Brief, 28.08.2012.

Schulden bremsen!

Oder sparen wir uns ins Verderben?

CVETELINA TODOROVA

Geboren 1984 in Varna (Bulgarien), seit Oktober 2012 Koordinatorin für Grund- satzfragen Ordnungspolitik und Soziale Marktwirtschaft, Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer- Stiftung.

Die aktuelle Schulden- und Vertrauens- krise in Europa verdeutlicht unverkenn- bar, dass in vielen Staaten eine Rückkehr zur nachhaltigen Finanzpolitik dringend geboten ist. Selbst wenn sich die meisten Regierungen dieser Notwendigkeit be- wusst sind, zögern immer noch viele, die

dafür erforderlichen Schritte zu gehen. Denn zum einen gilt es, die Tragfähig- keit der öffentlichen Finanzen wiederherzustellen. Zum anderen sieht sich die Politik, gerade in Krisenzeiten, in der Pflicht, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu fördern, was häufig die Haushalte zusätzlich belastet. In ihrem aktuell erschienenen Buch *Schulden ohne Sühne* stellen die Finanzexperten Kai Konrad und Holger Zschäpitz fest, dass am Ende des Jahres 2012 die öffentliche Verschuldung aller Staaten der Erde 55,4 Billionen Dollar betrug. Eine Rekordzahl mit vierzehn Stellen. Bei einer inzwischen so dramatischen Sachlage drängt sich die Frage auf, wie es denn überhaupt dazu kommen konnte. Allein auf die Folgen der Finanz- und Weltwirtschaftskrise kann man diese Entwicklung nicht zurückführen.

Bereits in den Jahrzehnten vor dem Ausbruch der Krise haben nahezu alle OECD-Staaten immer wieder neue Schulden aufgenommen. Die Schuldenstandquote in Deutschland – also das Verhältnis zwischen den öffentlichen Schulden und dem Bruttoinlandsprodukt – erhöhte sich von 18,6 Prozent im Jahr 1970 auf 81,2 Prozent im Jahr 2011. Einen Teil dieser Entwicklung kann man natürlich mit der Wiedervereinigung erklären. Allerdings kann der so dramatische Anstieg der öffentlichen Verschuldung allein durch historische Ereignisse oder ökonomische Größen nicht vollständig begründet werden. Politökonomische Überlegungen spielen hierfür ebenfalls eine wichtige Rolle.

Auch wenn die Verschuldung der öffentlichen Hand nicht völlig frei von ökonomischer Vernunft ist, sollten Haushaltsdefizite zügig abgebaut werden, insbesondere in konjunkturell guten Zeiten. Konsolidierungsbemühungen sind dennoch, und das ist auch wenig überraschend, sowohl in der Bevölkerung als auch in der Politik äußerst unbeliebt. Denn um die Haushalte zu sanieren, sind in der Regel entweder Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen notwendig. Beides stößt auf den Unmut der Betroffenen, was den politischen Willen entkräftet, Konsolidierungsschritte entschlossen zu gehen.

GESPALTENE GEISTER

Vordergründig erscheint es viel attraktiver, jedenfalls kurzfristig, unpopuläre Konsolidierungsmaßnahmen durch weitere Verschuldung in die Zukunft zu verschieben und so die Kosten auf die kommenden Generationen umzuwälzen. Bereits in den 1990er-Jahren zeigten die Ökonomen Alberto Alesina und Guido Tabellini, dass Regierungen, je nach ideologischer Überzeugung, bestimmte Staatsausgaben strategisch erhöhen, um so Kosten auf zukünftige Generationen übertragen zu können. So neigen linke Regierungen in der Tendenz dazu, die Steuern zu erhöhen, damit sie größere Spielräume für Ausgabenerhöhungen in der Zukunft sicherstellen können. Unterdessen befürworten konservative Regierungen grundsätzlich eher Steuersenkungen. Doch wenn rein strategische Überlegungen zu politischen Entscheidungen führen, die Schulden im großen Stil rechtfertigen, so sind Korrekturen eines ordnungspolitischen Rahmens, der solche Entwicklungen zulässt, unabdingbar.

Ein vernünftiges finanzpolitisches Regelwerk soll normalerweise verhindern, dass die Erfüllung konsumorientierter Wunschzettel durch öffentliche Schulden finanziert wird. Haushaltsdisziplin bedarf insbesondere in demokratischen Gesellschaften Institutionen, die der Politik von vornherein die Möglichkeiten untersagen, finanzpolitische Fehleingriffe ad hoc vorzunehmen. Die Aufgabe des Gesetzgebers ist es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass grundsätzlich der Spielraum für solche Handlungen genommen wird.

Diese Logik liegt der deutschen Schuldenbremse zugrunde, die 2009 im Grundgesetz verankert wurde. Bis zu dem Zeitpunkt konnten weder nationale noch internationale Regeln die Staatsverschuldung effektiv begrenzen. Nun lässt die neue Regel schon vor ihrem vollständigen Inkrafttreten erste Erfolge verzeichnen. Auch im internationalen Umfeld hat sich die Schuldenbremse als salofähig erwiesen. Einige OECD-Staaten wie die Schweiz, Kanada oder die USA haben bei der Schuldenbegrenzung bereits positive Erfahrungen mit ähnlichen Regeln gemacht. Im Rahmen des jüngst beschlossenen Fiskalpakts haben sich auch 25 EU-Staaten zur Einführung verbindlicher und dauerhafter Schuldenbremse nach deutschem Vorbild verpflichtet. So hat das deutsche Modell, nicht einmal fünf Jahre nach seiner Entstehung, bereits Eingang in die europäischen Verträge gefunden.

Nichtsdestotrotz spaltet die neue Regel die Geister nicht nur in der Politik. Auch Finanzwissenschaftler sind in Bezug auf Sinn und Brauchbarkeit der Schuldenbremse geteilter Meinung.

KONSEQUENT UND FLEXIBEL

Grundsätzlich wird die Effektivität einer Schuldenregel daran gemessen, ob es mit ihrer Hilfe gelingt, die öffentliche Verschuldung langfristig zu begrenzen. Gleichwohl ist es wichtig, dass solch eine Regel einen gewissen Grad an Flexibilität beinhaltet, damit der Staat im Falle von Ausnahmesituationen, wie Naturkatastrophen oder schweren Rezessionen, handlungsfähig bleibt.

Für ein umfassendes Verständnis der neuen Regel ist eine nähere Beobachtung der einzelnen Komponenten notwendig. Die Schuldenbremse setzt sich aus einer strukturellen und einer konjunkturellen Komponente sowie einem Kontrollkonto zusammen. Die strukturelle Komponente legt das maximal zulässige strukturelle Defizit für den Bund fest, das heißt die Nettokreditaufnahme, bereinigt um finanzielle Transaktionen und Konjunktureffekte. Die Konjunkturkomponente hingegen berücksichtigt die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung und gewährleistet, dass die Stabilisatoren, die in den öffentlichen Haushalten angelegt sind, wirken können. In außergewöhnlichen Sondersituationen sorgen Ausnahmeklauseln für die Handlungsfähigkeit des Staates. Beim Überschreiten der erlaubten Höchstgrenzen wird das sogenannte Kontrollkonto belastet. Umgekehrt wird die Differenz dem Kontrollkonto gutgeschrieben. So schreibt die Schuldenbremse einen über den Konjunkturzyklus hinweg nahezu ausgeglichenen Haushalt vor.

Genauer betrachtet, erlaubt die neue Regel eine maximale Neuverschuldung von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für den Bund. Die Länder hingegen sollen von 2020 an keine neuen Schulden machen. Somit ist

die Neuverschuldung der öffentlichen Hand weitgehend verboten. Normale Wirtschaftswachstumsraten vorausgesetzt, rechnen Experten langfristig bei einer konsequenten Umsetzung der Schuldenbremse auch mit einem bedeutsamen Rückgang der Schuldenstandquoten.

Kritiker erinnern jedoch daran, dass, selbst wenn es der Schuldenbremse gelänge, für ausgeglichene Haushalte zu sorgen, eine nachhaltige Finanzpolitik noch lange nicht hinreichend gewährleistet wäre. Denn bei deren Anwendung wird lediglich der explizite Schuldenstand von Bund und Ländern beachtet. Längerfristige finanzielle Verpflichtungen des Staates, beispielsweise in den Bereichen Rente und Gesundheit, werden dabei außer Acht gelassen. Mit Blick auf die absehbaren demografischen Entwicklungen – sinkende Bevölkerung im erwerbstätigen Alter und gleichzeitig steigende Anzahl älterer Menschen – sind neben Defizitregeln gerade für ausgebauten Wohlfahrtsstaaten insbesondere Anpassungen in den sozialen Sicherungssystemen erforderlich.

GOLDENE REGEL GENÜGT NICHT

In die exakt andere Richtung geht die Befürchtung, dass mit der Schuldenbremse eine Haushaltspolitik gefordert wird, die zulasten von Zukunftsinvestitionen gehen könnte. Eine solche Entwicklung wäre selbstverständlich ganz und gar nicht im Sinne künftiger Generationen. Daher sehnen sich manche Kritiker nach der goldenen Regel, die im alten Artikel 115 des Grundgesetzes verankert wurde. Danach orientierte sich die Kreditaufnahme des öffentlichen Sektors an der Summe der im Haushaltspolitik veranschlagten Ausgaben für Investitionen. Die Erfahrungen mit Artikel 115 Grundgesetz zeigen jedoch eindeutig, dass eine so gefasste Regel leicht umgangen werden kann. Zudem ist eine eindeutige Definition des Investitionsbegriffs sehr schwierig, der viel Interpretationsraum zulässt. Dies führte letzten Endes dazu, dass seit dem Inkrafttreten des Artikels 115 Grundgesetz die Neuverschuldung des Bundes dessen Investitionsausgaben sechzehn Mal überstieg. Gleichzeitig nahm die Investitionsquote des Staates deutlich ab.

Eine stetig steigende Verschuldung ist auch mit Blick auf die Zukunftsinvestitionen kontraproduktiv. Ökonomen sind sich einig, dass eine zu hohe Verschuldung das Wirtschaftswachstum bremst und das Investitionspotenzial mindert. Solide öffentliche Finanzen dagegen tragen zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung bei und eröffnen Möglichkeiten für neue Investitionen. Aktuelle Untersuchungen zeigen, dass Haushaltspolitik nach dem Vorbild der Schuldenbremse die Glaubwürdigkeit des Staates an den Finanzmärkten erhöhen und das Vertrauen von Bürgern, Anlegern und Investoren

stärken. So können Staaten auch in Zukunft mit einer niedrigen Zinsentwicklung rechnen, was wiederum Freiraum für Investitionen schafft. Das liegt gewiss auch im Interesse kommender Generationen. Grundsätzlich sichern stabile öffentliche Finanzen, dass Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung sowie Infrastruktur langfristig finanziert werden können.

Zusammenfassend gilt, dass die Schuldenbremse, richtig umgesetzt, dazu beiträgt, Staatsverschuldung dauerhaft zu begrenzen und die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu sichern. Ein „Allesköninger“ ist sie allerdings nicht. So zeigen wissenschaftliche Analysen, dass eine Schuldenregel Krisen aufgrund mangelnder Wettbewerbsfähigkeit oder maroder Bankensysteme nicht verhindern kann. Konsequenter politischer Wille und strukturelle Reformen, vor allem aber deren Akzeptanz in der Bevölkerung sind weitere, umso wichtigere Voraussetzungen für eine nachhaltig gesunde Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Literatur:

- Alesina, Alberto/Tabellini, Guido (1990): A Positive Theory of Fiscal Deficits and Government Debt, in: *Review of Economic Studies* 57, Seite 403–414.
- BMF – Bundesministerium für Finanzen (2012), Monatsbericht, November 2012.
- Buchanan, James M./Wagner, Richard E. ([1977] 2000): *Democracy in Deficit: The Political Legacy of Lord Keynes*. Indianapolis, Liberty Fund.
- CEP – Centrum für Europäische Politik (2012): Fiskalpakt, cep-Analyse Nr. 13/2012 vom 26.03.2012
- Feld, Lars P. (2010): Sinnhaftigkeit und Effektivität der deutschen Schuldenbremse, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, Band 11, 2010, 3, Seite 226–245.
- Gerken, Lüder/Roosebeke, Bert Van/Voßwinkel, Jan S. (2011): Anforderungen an die Sanierung der Euro-Staaten. Schuldenbremse plus Nebenbedingungen, Freiburg: Centrum für Europäische Politik, September 2011.
- Hausner, Karl Heinz/Simon, Silvia (2009): Deutsche Schuldenbremse als Allesköninger? Tagung Keynes 2.0 – Perspektiven einer modernen keynesianischen Wirtschaftstheorie und -politik, Mannheim.
- Heinemann, Friedrich, et al. (2011): Ein Instrument zur Vorbeugung von Vertrauenskrisen? Kurzfassung des Forschungsberichts des ZEW Mannheim, Monatsbericht des BMF August 2011, Seite 58–66.
- Konrad, Kai A./Zschäpitz, Holger (2012): *Schulden ohne Sühne?* München, Verlag C. H. Beck oHG.
- Moog, Stefan/Raffelhüschen, Bernd (2011): Ehrbare Staaten? Tatsächliche Staatsverschuldung in Europa im Vergleich, Stiftung Marktwirtschaft, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 115, Dezember 2011.
- Reinhart, Carmen M./Rogoff, Kenneth S. (2011): *Dieses Mal ist alles anders*. München, FinanzBuch Verlag.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, *Jahresgutachten 2009/2010, 2010/2011 und 2011/2012*. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Sicherheit oder Rendite?

Die Finanzbranche muss
das verlorene Vertrauen zurückgewinnen

MICHAEL MANDEL

Geboren 1966 in Bremen, seit Dezember 2010 Bereichsvorstand Private Kunden bei der Commerzbank AG, Frankfurt am Main.

Die Eurokrise schien bislang weit weg von Kleinanlegern und Sparern. Mit der Krise in Zypern änderte sich das im Frühjahr 2013 schlagartig. Viele Sparer

wurden aufgeschreckt, als die zypriotische Regierung kurzzeitig vorgeschlagen hatte, auch Kleinanleger an der Bankenrettung zu beteiligen. So war im ersten Rettungspaket für Zypern eine Zwangsabgabe in Höhe von 6,75 Prozent auch für Vermögen bis 100.000 Euro geplant. Die überarbeitete Regelung der Politik nahm von dieser Grenze richtigerweise wieder Abstand. Dennoch bleibt bei vielen Sparern – auch in Deutschland – eine gewisse Verunsicherung zurück.

Fest steht: Deutsche Sparer müssen sich über die Sicherheit ihrer Einlagen keine Gedanken machen. Zypern ist ein Einzelfall und nicht vergleichbar mit anderen europäischen Ländern, insbesondere nicht mit Deutschland. Der zypriotische Bankensektor gilt als überdimensioniert und verfügt über kein tragfähiges Geschäftsmodell – dies hat am Ende zu den bekannten spezifischen Eingriffen beziehungsweise Maßnahmen geführt. Die eigentliche Herausforderung für viele Kleinanleger und Sparer liegt hierzulande auf einem anderen Gebiet. Die Zinsen sind aktuell in Deutschland auf einem sehr niedrigen Niveau. Es liegt deutlich unter der Inflationsrate. Das Geld wird also immer weniger wert, und das bedeutet für den deutschen Sparer: Er verliert Kaufkraft.

Erschwerend kommt hinzu, dass das Thema „Aktienanlage“ in weiten Teilen der Bevölkerung leider immer noch negativ belegt ist. Denn über das letzte Jahrzehnt hinweg wurden nicht selten Werte an der Börse vernichtet: Erst trug der Börsengang der Telekom in den späten 1990er-Jahren die Geldanlage in die Breite und ließ auch Kleinanleger in Aktien investieren. In der Folge verzeichneten viele von ihnen Verluste. Im März 2000 zerstörte das Platzen der Internetblase Vermögen und Vertrauen. Dann kamen im September 2008 die Immobilienkrise in den USA und die daraus resultierende Pleite der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers Inc. hinzu. Und seit Herbst 2009 hält die Staatsschulden- und Finanzmarktkrise die Anleger in Atem. Zurückgeblieben sind verunsicherte Anleger, die derzeit aber eine neue Erfahrung machen: Wer klassisch spart, dessen Geld verliert – unter Berücksichtigung der Inflation bei den aktuell niedrigen Zinsen – an Wert. Experten sprechen hier von einer „schleichenden Enteignung“. Das trifft besonders Kleinanleger, die ihr Geld eher konservativ verwalten.

AUF DEM HOLZWEG?

Dabei geht es um nicht wenig Geld. Das Sparvermögen der Bundesbürger ist so hoch wie noch nie. Allerdings: Vierzig Prozent des gesamten Geldvermögens von 4,7 Billionen Euro, also gut zwei Billionen Euro, stecken in Spar-, Sicht-, Termineinlagen und Bargeld. Weitere 1,4 Billionen Euro sind in Produkten der Assekuranz, an erster Stelle Lebensversicherungen, angelegt. Produkte, die zu einem großen Teil nicht mehr inflationssicher sind.

Blickt man zum Vergleich auf den in Deutschland gehaltenen Anteil an Aktien, ergibt sich ein anderes Bild: Derzeit halten gerade 8,8 Millionen Bundesbürger Aktien, oder indirekt Beteiligungen. 2001 waren es noch dreizehn Millionen, wie das Deutsche Aktieninstitut (DAI) ermittelt hat. Damit scheuen die Anleger genau die Geldanlagen, die derzeit der beste Schutz gegen einen Vermögensschwund wären.

Dabei läuft die Wirtschaft nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Teilen des Globus glänzend. Etwa in China. Hier gehen die Anlageexperten davon aus, dass die zuletzt etwas schwächernde Dynamik wieder an Fahrt gewinnt. Nicht viel anders sieht es in den Boommarkten Brasilien und Russland aus. Und für die größte Volkswirtschaft der Welt, die USA, erwarten Finanzanalysten ebenfalls ein robustes Wirtschaftswachstum. Von einer solchen positiven Entwicklung der Weltwirtschaft profitiert auch eine Exportnation wie Deutschland. Gerade deutsche Unternehmen haben 2012 eine sehr gute Performance gezeigt und können wegen ihrer üppigen Gewinne gute Dividenden zahlen. Aktuell liegt die Dividendenrendite, also das Verhältnis der Dividende zum Aktienkurs, der wichtigsten deutschen Aktien zwischen drei und vier Prozent. Diese positive Entwicklung kommt aber leider

bei der breiten Öffentlichkeit oft nicht an, da die Staatsschulden- und Finanzmarktkrise vieles überlagert.

Tatsache ist: Natürlich gelten Bundesanleihen für viele, auch internationale Anleger, die das Risiko von Aktien scheuen, als „sicherer Hafen“. Für diese hohe Sicherheit müssen Sparer aber magere Zinsen in Kauf nehmen, die nicht einmal die Inflationsrate ausgleichen. Wer die Kaufkraft seines Vermögens zumindest erhalten oder gar mehren möchte, muss sich daher nach anderen Anlagemöglichkeiten umschauen.

Eine Alternative sind Anlagen in Sachwerte und Aktien. Auch Investitionen in Aktien- beziehungsweise Immobilienfonds können Anlegern Renditen über der Inflationsrate bieten. Dabei müssen sich die Anleger aber immer vergegenwärtigen, dass mit der Rendite auch das Risiko steigt.

VERÄNDERUNG BEIM ANLAGEVERHALTEN

Hier können und müssen die Banken ansetzen. Ihre Aufgabe ist es, wirksame Strategien gegen den schleichenden Wertverlust der Sparanlagen zu entwickeln. Diese hängen natürlich stark von den individuellen Wünschen der Kunden ab. Die Commerzbank hat Mitte 2012 deshalb den Kundenkompass eingeführt. Mit ihm können die wichtigsten Fragen geklärt werden: Welche Bedürfnisse hat der Kunde? Wie viel Geld hat er zur Verfügung? Wo gibt es Versorgungslücken? Was genau sind seine finanziellen Ziele? Im Anschluss bieten wir die wirklich benötigten Produkte an.

Grundsätzlich gilt: Vor dem Hintergrund einer noch nicht bewältigten Staatsschuldenkrise und der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank ist eine Veränderung beim Anlageverhalten vor allem in Deutschland wichtiger denn je. Denn natürlich können niedrige Zinsen die Aufnahme von Krediten begünstigen und wie ein Katalysator für Investitionen und die wirtschaftliche Entwicklung wirken. Bestes Beispiel sind die USA. Nur ist das Sparverhalten der Menschen dort ein völlig anderes: Die meisten Amerikaner haben ihre Altersrücklagen vor allem in Aktien und Immobilien angelegt, die Deutschen hingegen in Lebensversicherungen oder Sparguthaben. Daraus ergibt sich ein entscheidender Unterschied: Unternehmen beziehungsweise deren Aktien können vom Niedrigzinsniveau profitieren, Rentenpapiere hingegen nicht. Das wirkt sich in Deutschland für die Anleger eher schädigend aus. In Deutschland wurden Sparer immer belohnt, dafür haben die Wertstabilität und die breite Aufstellung des deutschen Finanz- und Bankensystems gesorgt. Nun sind wir jedoch an dem Punkt angelangt, wo die negative Realverzinsung für die Sparer besorgniserregend ist. Es ist daher geraten, sich mit den Vorteilen von Wertpapieranlagen zumindest auseinanderzusetzen. Mit einer kompetenten Beratung und den richtigen Angeboten kann die Finanzbranche hier verlorenes Vertrauen der Menschen zurückgewinnen.

Sich frei sparen

Das „kleinere Eigentum“ als Grundlage der Freiheit

WOLFGANG TISCHNER

Geboren 1967 in Berlin, Abteilungsleiter Publikationen/Bibliothek, Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Otmar Issing, Walter Leisner:
„Kleineres Eigentum“. Grundlage unserer Staats- und Wirtschaftsordnung,
Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen
1976, 94 Seiten.

Zur Entstehungszeit der Studie Otmar Issings und Walter Leisners Mitte der 1970er-Jahre war die politische Diskussion, zumindest was die Kritik an größeren Vermögen betrifft, in vielem der jetzigen Situation vergleichbar. Waren damals allerdings vornehmlich von einer linken politischen Position aus die Besit-

zer von „Produktionsmitteln“ im Visier eines Teils der veröffentlichten Meinung, so sind seit dem Beginn der Finanzkrise 2008 vor allem die Banken als Institutionen und die Bezieher teilweise aberwitziger Boni in die Kritik geraten. Anders als früher reicht die Kritik bis weit in die Union hinein; auch gestandene Befürworter einer freien Marktwirtschaft haben für die Exzesse der Managerbesoldung nur ein Kopfschütteln übrig. Gleichzeitig wird heute intensiv über die Frage diskutiert, wie die starke Konzentration von Vermögen zu bewerten ist, die sich über Generationen anhäufen.

Zwei Grundgedanken ziehen sich durch den Text: Wirtschaftliches Eigentum, so wird argumentiert, ist eine notwendige Bedingung für politische Freiheit. Die wirtschaftliche Freiheit, über das Eigene entscheiden zu dürfen, bedingt erst die politische Freiheit. Gleichzeitig

schützt Eigentum den Einzelnen vor zu starkem Zugriff seitens des Staates, indem es seinen Besitzer von diesem ein Stück unabhängig macht. Eigentum hat somit eine „Freiheitsfunktion“, die es für den Fortbestand der Demokratie notwendig macht. Ein einleuchtender, fast banaler Gedanke, der trotzdem in der gegenwärtigen Diskussion fast völlig fehlt. Wichtig wird die Studie aber erst durch den Begriff des „kleineren Eigentums“, den sie hier entwickelt. Darunter wird ein „Bürgereigentum“ von der Größe eines Einfamilienhauses und ergänzenden Aktien- oder Geldvermögens verstanden. Gemeint ist dabei Besitz, der aus Arbeitseinkommen erspart wird und dieses ergänzt, nicht Rentierseigentum, das ein arbeitsloses Leben ermöglicht. Abgegrenzt wird das „kleinere Eigentum“ einerseits vom Großkapital, andererseits von reinen Ansprüchen gegenüber den Sozialkassen. Letztere rechnen die Autoren nicht dazu, da sie de facto der Verfügungsgewalt des Staates unterliegen; gemeint ist nicht der „kleinere Rentenanspruch“.

Das „kleinere Eigentum“, so die Autoren, stellt die Basis der Sozialen Marktwirtschaft dar. Die Schlussfolgerung daraus ist, dass der Staat insbesondere die Bildung dieses „kleineren Eigentums“ zu fördern habe beziehungsweise, negativ gewendet, seine Politik darauf ausrichten soll, alles, was es hindert, zu unterlassen. Gemeint ist dabei neben der Steuerpolitik vor allem eine antiinflationäre Politik, da eine Geldentwertung die Besitzer „kleineren Eigentums“ überproportional treffen würde. Eine etwaige Politik zur Eindämmung der Machtzusammenballung bei Großkapital habe Rücksicht darauf zu nehmen, dass nicht auch „kleineres Eigentum“ getroffen werde. Die Vermögens-

bildung zur Entstehung dieses „kleineren Eigentums“ dagegen sei zentrale Aufgabe der Politik im Bereich der Wirtschaftspolitik, es stehe „mitten im Zentrum grundgesetzlicher Wertvorstellungen“. Otmar Issing hat in seiner beeindruckenden Karriere immer wieder die akademische Forschung als Lehrstuhlinhaber unter anderem an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Würzburg mit der Tätigkeit in der Bundesbank und später der Europäischen Zentralbank (EZB) verbunden und ist deshalb der momentan vielleicht profilierteste Geldpolitiker der Bundesrepublik. Leisner, weniger prominent, hat Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Erlangen-Nürnberg gelehrt und dabei unter anderem die Verbindung von Eigentum und Freiheit verfolgt.

Der Studie ist in ihrer Entstehungszeit nicht die Wirkung zuteil geworden, die man sich gewünscht hätte. Ihr Wert liegt darin, dass hier ein genuiner Eigentumssektor definiert wird, der passgenau auf die Soziale Marktwirtschaft und die Förderung der politischen Mitte zugeschnitten ist. Für die programmatische Weiterentwicklung der Union könnte das ein erneuter Anknüpfungspunkt sein, nachdem auch unter christlich-demokratischen Regierungen die Instrumente zur Bildung „kleineren Eigentums“ wie die Eigenheimzulage abgebaut worden sind und sich auf die Förderung kapitalgestützter Renten (Riester und Rürup) beschränkt haben. In Zeiten, in denen jetzt im anderen politischen Lager von der „hierarchisierten Marktwirtschaft“ (Hans-Ulrich Wehler) gesprochen wird, scheint es an der Zeit, Issing neu zu rezipieren.

Schädliches Geldmonopol

Eine hundertjährige Konjunkturtheorie gibt aktuelle Aufschlüsse

THORSTEN POLLEIT

Geboren 1967 in Münster, seit April 2012 Chefvolkswirt der Degussa Goldhandel GmbH, war Ökonom im internationalen Investment-Banking in London, Amsterdam und Frankfurt und ist seit 2003 Honorarprofessor an der Frankfurt School of Finance & Management, Frankfurt am Main. Seit Oktober 2012 ist er Präsident des Ludwig von Mises Instituts Deutschland.

Ludwig von Mises: Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel. Unveränderter Nachdruck der zweiten, neubearbeiteten Auflage von 1924, Duncker & Humblot, München und Leipzig 2005, Seiten 472, 475 bis 476.

Im Jahr 1912 entwickelte der Ökonom Ludwig von Mises (1881 bis 1973) die monetäre Konjunkturtheorie der Österreichi-

schen Schule der Nationalökonomie. Mit ihr konnte er zeigen, dass die Ausgabe von neuem, durch Bankkredite geschaffenen Geld zwar zunächst einen Aufschwung („Boom“) auslöst. Solch ein Boom ist aber nur ein „Strohfeuer“, ein „Scheinaufschwung“, und mündet früher oder später in einen Abschwung („Bust“).

Der Grund dafür ist, dass die Ausgabe von Kreditgeld eine Reichtumsillusion verursacht, Unternehmen zu Fehlinvestitionen verleitet und das Finanzsystem und die Wirtschaft letztlich unter einer übermäßigen Verschuldung zusammenbrechen lässt. Seine monetäre Konjunkturtheorie ließ Mises bereits 1924 vom Herannahen einer „großen Krise“ sprechen. Die gab es dann tatsächlich, als nämlich 1929 die „Große Depression“ erst die Vereinigten Staaten von Amerika und nachfolgend die Weltwirtschaft heimsuchte.

TRAGISCHER FEHLSCHLUSS

Heute ist Mises' Theorie – die vor allem von seinem bekanntesten Schüler, Friedrich August von Hayek (1899 bis 1992) weiterentwickelt wurde – mehr oder weniger in Vergessenheit geraten. Das erklärt wohl auch, warum das Absenken der Zinsen und das Ausweiten der Geldmengen durch die staatlichen Zentralbanken nicht als Ursache der Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern als Krisenheilmittel gesehen werden. Aus Sicht der Österreichischen Schule der Nationalökonomie ist das ein geradezu tragischer Fehlschluss.

Denn diese Zentralbankpolitiken verhindern nicht nur, dass die Kapitalfehllenkungen, die durch den „Kreditgeldboom“ verursacht wurden, korrigiert werden, sondern sie verschlimmern sie noch. Vor allem die Verschuldungslasten steigen dabei weiter an. Dass die Volkswirtschaften auf diese Weise in eine immer instabileren Situation gebracht werden, dass die Krisen immer dramatischer werden, wird jedoch meist durch die Geldmengenflut, begleitet von Rekordtiefzinsen, vernebelt und lässt sich aus offiziellen Statistiken meist nicht ohne Weiteres ablesen.

„END THE FED!“

Die Abfolge von „boom-and-bust“ und der damit einhergehende chronische Geldwertschwund zerstören die Marktwirtschaft. Aus dieser Entwicklung gibt es nur einen Ausweg: Das staatliche Geldmonopol und mit ihm die Zentralbanken müssen abgeschafft werden. Solch einer Politinitiative hat der ehemalige amerika-

nische Kongressabgeordnete Ron Paul im Jahr 2009 besonderen Schwung verliehen. In den Vereinigten Staaten lautet sie: „End the Fed!“. Nach Pauls Vorschlag soll die amerikanische Federal Reserve ihr Geldmonopol verlieren, und die freien Märkte sollen über Art und Qualität des amerikanischen Geldes entscheiden. Der Vorschlag, nicht auf staatliche Zentralbanken, sondern auch auf die produktiven Kräfte des freien Marktes zu setzen, um „gutes Geld“ zu erlangen, mag für viele noch zu unvertraut klingen und zu viel Argwohn auslösen, als dass daraus unmittelbar politischer Gestaltungselan entstehen könnte.

Doch wenn das Zentralbankwesen weitergeführt wird, werden die Menschen seine schädlichen Wirkungen noch stärker als bisher spüren: in Form von schweren Wirtschaftskrisen und Enteignung der Erspartnisse durch Inflation. Spätestens aber dann, wenn viele die wirkliche Ursache der Misere erkennen – dass also das Zentralbankwesen die Übelstände verursacht und nicht das System der freien Märkte –, könnte auch im Euroraum ein Ruf laut werden, der lautet: „End the ECB!“

Mises hatte übrigens bereits 1912 vor der zerstörerischen Wirkung des Zentralbankwesens gewarnt – und das noch zu einer Zeit, als Gold weltweit noch das Geld war. Er hatte die Gefahr einer Kartellierung, Zentralisierung der nationalen Zentralbankpolitiken, mit schlimmen Folgen, vor Augen: „Die einzige Weltmittelaufsbank oder das Weltkartell der Umlaufsmittelbanken werden es in der Hand haben, die Umlaufsmittelzirkulation schrankenlos zu vermehren.“

Dieser Beitrag basiert auf einer Veröffentlichung vom 11. März 2013 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Wie die Bundesrepublik kreditwürdig wurde

Das Londoner Schuldenabkommen 1953

KORDULA KÜHLEM

Geboren 1975 in Bobingen, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Team **Publikationen in der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik** der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Geschichte prägt die Gegenwart. Für diese Feststellung ist das Londoner Schuldenabkommen ein anschauliches Beispiel. Auf der einen Seite bedeutete seine Unterzeichnung im Jahr 1953 die Aufarbeitung von Geschichte. Auf der anderen Seite

zeigt es während der letzten zwanzig Jahre und noch heute, sechzig Jahre später, seine Wirkungsmacht. Bis heute gilt das Abkommen als Beispiel für den fairen Umgang mit einem hoch verschuldeten Staat, aber auch für die Bereitschaft des Schuldners, seiner Verantwortung gerecht zu werden.

Die Problematik der deutschen Auslandsschulden spielte von Anfang an auf den Konferenzen der alliierten Hauptkriegsmächte USA, Großbritannien und Sowjetunion eine prominente Rolle. Bereits der im Vorfeld des Treffens in Teheran 1943 vorgelegte, nach seinem Verfasser benannte „Malkin-Report“ bündelte die Interessenlage. Mit Kriegsende 1945 und vor allem mit dem aufziehenden Kalten Krieg verlagerte sich die Behandlung von finanziellen Forderungen an Deutschland auf die drei westlichen Mächte USA, Großbritannien und Frankreich sowie die westlichen Besatzungszonen. Die Sowjetunion strebte für ihre immer stärker vom restlichen Teil Deutschlands ab-

getrennte Besatzungszone offiziell keine Regelung der aus der Vergangenheit stammenden Schulden an. Am 22. August 1953 sollte Moskau darüber hinaus gegenüber ganz Deutschland auf jedwede Reparationen verzichten.

Mit der Gründung der „Bank deutscher Länder“ im März und der Währungsreform im Juni waren von westdeutscher Seite die Voraussetzungen gegeben, um im November 1948 mit ersten Gesprächen über die ausstehenden Schulden zu beginnen. Zuständig war ab Januar 1949 der „Deutsche Ausschuss für internationale Finanzbeziehungen“ unter der Leitung des ehemaligen und zukünftigen Vorstandsmitglieds der Deutschen Bank Hermann Josef Abs (1901 bis 1994), der in den kommenden Finanzgesprächen auf westdeutscher Seite zur zentralen Figur avancierte.

Zuerst musste aber ein Rahmen für die Verhandlungen festgelegt werden, denn grob unterteilten sich die deutschen Schulden in drei Kategorien: *Erstens* handelte es sich um die Verbindlichkeiten Deutschlands aus der Zwischenkriegszeit. Dazu gehörten ausstehende Zahlungen aus Dawes- und Young-Anleihen, die, 1924 beziehungsweise 1929 ausgegeben, das Deutsche Reich in Stand gesetzt hatten, die Reparationen für den Ersten Weltkrieg zu bezahlen. Eine prominente Rolle spielten außerdem die sogenannten Stillhalteschulden, da Deutschland ab 1931 – zuerst aus wirtschaftlichem Unvermögen aufgrund der Weltwirtschaftskrise, dann aus politischem Unwillen der Nationalsozialisten – laufende Schulden nicht mehr bedient hatte. *Zweitens* handelte es sich um seit Kriegsende angelaufene und weiter anlaufende Schulden, die aus Hilfsprogrammen der Alliierten, wie beispielsweise dem Marshallplan, entstanden. *Drittens* kamen die Kosten für den von Deutschland zu verantwortenden Zweiten Weltkrieg hinzu. Deren Regelung wurde schon bald auf einen zukünftigen Friedensvertrag vertagt – wegen ihres überwältigenden Umfangs und der starken Verbindung mit der Reparationsfrage, für die bereits der Rat der Außenminister der Vier Mächte keine Lösung hatte finden können.

HAFTUNG FÜR DIE SCHULDEN DES DEUTSCHEN REICHES

Nachdem mit der Wahl Konrad Adenauers zum ersten Bundeskanzler am 15. September 1949 auf westdeutscher Seite eine handlungsfähige Regierung amtierte, drängten die Drei Mächte stärker auf eine Regelung der Schuldenfrage. Mit Rücksicht auf die negativen Assoziationen, die eine Schuldenregelung mit Deutschland wegen des Versailler Vertrages hervorgerufen hätte, gingen die Westalliierten relativ behutsam vor. In einem Schreiben vom 23. Oktober 1950 forderte die Alliierte Hohe Kommission ein Schuldnerkenntnis der Bundesrepublik Deutschland. Dieses sollte eine Voraussetzung für die diskutierte Revision des Besetzungsstatuts bilden, das durch Vorbehaltstrechte für die Drei Mächte die Hoheitsgewalt des westdeutschen Staates beschnitt.

Auf Drängen der Alliierten leitete die Bundesregierung die Frage auch an den Deutschen Bundestag weiter. Ein wichtiges Argument in den Diskussionen des Parlaments war die Gegenforderung an die Gläubiger Deutschlands, das Auslandsvermögen freizugeben, das von den einzelnen Regierungen während des Krieges der Verfügung der deutschen Eigentümer entzogen worden war, was ein Kontrollratsgesetz der Vier Mächte vom Oktober 1945 bestätigt hatte. Parallel installierte die Bundesregierung einen interministeriellen Ausschuss, der sich mit der Schuldenfrage befasste, wobei die Federführung auf Anweisung Adenauers weder beim Finanz- noch beim Wirtschaftsministerium, sondern beim, ab dem 15. März 1951 eigenständigen, Auswärtigen Amt lag, was die politische Implikation verdeutlichte.

Die deutsche Antwort in Form eines vorab mit der Hohen Kommission abgesprochenen Schreibens von Bundeskanzler Adenauer erfolgte am 6. März 1951. Die Bundesrepublik bestätigte darin, dass sie neben den Nachkriegsschulden auch für die Schulden des Deutschen Reichs – sowie die Österreichs in der Zeit des Anschlusses – „haftet“. Bewusst wurde hier die „Haftung“ für die Schulden des Deutschen Reichs erklärt, keine „Übernahme“. Schließlich war völkerrechtlich noch nicht geklärt, ob der westdeutsche Teilstaat als Nachfolger des Reichs gelten konnte und sollte; trotzdem passte die Formulierung zu dem von Bonn postulierten Kernstaatsverständnis und Alleinvertretungsanspruch. Außerdem war somit die wichtige Forderung möglich, dass bei der Schuldenregelung der „allgemeine[n] Lage der Bundesrepublik und insbesondere den Wirkungen der territorialen Beschränkung ihrer Herrschaftsgewalt und ihrer Zahlungsfähigkeit Rechnung getragen wird“.

DIE HAUPTKONFERENZ: EMPFINDLICHKEITEN UND MORALISCHE VERANTWORTUNG

Nach dieser Erklärung der Bundesregierung begannen auf der einen Seite am 10. Mai 1951 offiziell die Verhandlungen über die Aufhebung des Besatzungsstatus, auf der anderen Seite mit einer Vorkonferenz in London ab Juni 1951 die Gespräche über die finanziellen Ansprüche an Deutschland.

Der Beginn der Hauptkonferenz folgte am 28. Februar 1952. Über 300 Teilnehmer aus fast dreißig der insgesamt 65 Gläubigerländer waren vertreten. Darunter befanden sich ebenfalls Repräsentanten von Unternehmen und privaten Anlegern, denn auch Privatpersonen hatten vor allem in Dawes- und Young-Anleihen investiert und besaßen damit Ansprüche an Deutschland. Die Hauptbeteiligten waren neben der bundesdeutschen Delegation unter Abs als Schuldner die *Tripartite Commission on German Debts*, mit dem amerikanischen Fluglinien- und Bankindustriellen Warren Lee Pierson, dem britischen Diplomaten Sir George Rendel und dem französischen Bankier

François-Didier Gregh als Chefunterhändlern. Somit kamen die meisten maßgeblichen Entscheidungsträger aus Wirtschafts- und nicht aus Regierungskreisen.

Nach internen Verhandlungen während der Osterpause legte die deutsche Delegation am 23. Mai 1952 ein erstes Angebot vor. Die Gläubigerländer wiesen die Vorschläge zurück, wobei weniger die Höhe der zu leistenden Summen moniert wurde, sondern die Erwartung eines Kapitalschnitts bei Reichsschulden, die Streichung von Zinsen und die Vorschläge zum Währungstransfer. Die notwendigen Umrechnungen von Goldstandards und verschiedensten Währungen stellte die Unterhändler grundsätzlich vor große Herausforderungen, da sich in der Zwischenzeit nicht nur mit der Währungsreform 1948 die Währung des Schuldnerlandes, sondern durch die Etablierung des Systems von Bretton Woods 1944 das gesamte Weltwährungssystem geändert hatte.

Die deutsche Seite reagierte betroffen auf die Kritik der Gegenseite und verwies erneut auf die sogenannten deutschen Substanzverluste – an Territorium, Menschen- und Industriepotenzial – sowie die spezifischen Herausforderungen durch die Integrierung der Vertriebenen, Demontage und Enteignung von Auslandsvermögen. Selbst der verbindliche Hermann Josef Abs reagierte in dieser Situation empfindlich. Zu widersprüchlich schien das Verhalten der westlichen Kontrollmächte. Denn fast zeitgleich wurde in Bonn am 26. Mai 1952 der Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten unterzeichnet, der den Besetzungsstatus des westdeutschen Staates aufheben sollte – auch wenn sich die faktische Erlangung der Souveränität aufgrund zu diesem Zeitpunkt nicht absehbarer Schwierigkeiten bis zum 5. Mai 1955 verzögerte. Diese Regelung hatte in Bonn wohl die Hoffnung geschürt, auch bei der Schuldenfrage zu einer genehmen Lösung kommen zu können.

Zudem kamen auf Westdeutschland weitere Zahlungen zu, über die seit dem 21. März 1952 in Wassenaar bei Den Haag eine Delegation mit Vertretern Israels sowie der *Conference on Jewish Material Claims against Germany* verhandelte, nachdem Bundeskanzler Adenauer und der Deutsche Bundestag sich bereits grundsätzlich zu Wiedergutmachungszahlungen bereit erklärt hatten. Abs war in Bonn letztendlich mit seiner Forderung gescheitert, diese Verhandlungen mit denen über die deutschen Schulden zu verbinden. Für Adenauer standen diese Regelungen zwar in einem Zusammenhang, er wollte aber keine Beschneidungen der Zahlungen an Israel, um die moralische Verantwortung der Deutschen in dieser Frage nicht zu relativieren. Der Bundeskanzler selbst unterzeichnete dann auch am 6. September 1952 gemeinsam mit dem israelischen Außenminister Moshe Sharett das Luxemburger Abkommen.

In London wurden dagegen nach dem deutschen Angebot die offiziellen Schuldengespräche vorerst ausgesetzt; inoffiziell liefen die Verhandlungen jedoch weiter. Trotz verschiedener Schwierigkeiten, die auch aus den

unterschiedlichen Vorstellungen der Gläubigerländer resultierten, konnte am 8. August 1952 der Schlussbericht der Londoner Schuldenkonferenz vorgelegt werden. Die deutsche Delegation und die Vertreter der Drei Mächte formulierte daraus ab dem 16. September ein Regierungsabkommen. Während der im Dezember eingelegten Weihnachtspause erhielten die anderen Gläubigerländer die Möglichkeit zur Stellungnahme. Die meisten nahmen diese nicht wahr oder hatten nur marginale Anmerkungen. Die restlichen immerhin fünfzehn Staaten wurden an der endgültigen Unterzeichnung des Abkommens am 27. Februar 1953 beteiligt.

IN DER ÖFFENTLICHKEIT UMSTRITTEN

Das Londoner Schuldenabkommen legte die von der Bundesrepublik zu leistenden Zahlungen auf 13,73 Milliarden DM fest. Darin enthalten waren die bereits im Vorfeld von sechzehn auf rund 6,5 Milliarden DM gekürzten Nachkriegsschulden sowie die von 13,5 auf rund 7,3 Milliarden DM reduzierten Vorkriegsschulden. Die jährlichen Zahlungen sollten in den ersten fünf Jahren 567 Millionen DM, ab dem sechsten Jahr 765 Millionen DM umfassen, während die deutsche Seite im Mai 1952 Annuitäten von zuerst 500, später 600 Millionen DM vorgeschlagen hatte. Nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch die Bundesrepublik und die Drei Mächte trat das Abkommen am 16. September 1953 in Kraft. Alle anderen Länder konnten durch eine Erklärung beitreten.

Unruhe gab es, weil im Deutschen Bundestag ein mit dem Londoner Schuldenabkommen verbundenes Ausführungsabkommen über die Nachkriegsschulden gegenüber Frankreich in der dritten Lesung durchfiel. Nur indem einige CDU-Abgeordnete ihre Stimme, die sie teilweise sogar für den Abschluss des Abkommens gegeben hatten, als „Irrtum“ anfochten, konnte die Abstimmung wiederholt und das Ratifizierungsverfahren positiv beendet werden. Dieser Vorfall zeigt deutlich, wie umstritten das Vertragswerk in der deutschen Öffentlichkeit war – trotz der drastischen Reduktion der Schulden aufgrund der Berücksichtigung der „allgemeine[n] Lage der Bundesrepublik Deutschland“, wie es in der Präambel des Vertrages explizit heißt. Konrad Adenauer verteidigte das Abkommen auf dem Berliner CDU-Parteitag am 18. Oktober 1952: „Dieses Londoner Schuldenabkommen, meine Freunde, ist für die Wiederherstellung unseres Kredits im Ausland und damit für die Festigung und Weiterentwicklung unserer Wirtschaft von absolut grundlegender Bedeutung. Nur derjenige, der sich müht, sobald er dazu imstande ist, seine Schulden zu bezahlen, wird auch wieder kreditfähig.“

Das am 27. August 1953 im Bundesgesetzblatt Teil II veröffentlichte Abkommen umfasst fast 150 Seiten. Besonderes Gewicht für die Bundesre-

publik Deutschland besaß Artikel 5, der klar festhielt, dass „eine Prüfung der aus dem Zweiten Weltkriege herrührenden Forderungen [...] bis zu der endgültigen Regelung der Reparationsfrage zurückgestellt“ wird. Genauso vertagt wurden außerdem einige weitere Zahlungen – und zwar bis zur Wiedervereinigung Deutschlands.

WEGWEISEND FÜR DIE SCHULDENBERGE HEUTE

Bereits im Jahr 1954 kam es zu einer deutlichen Zunahme der Auslandsinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland. Zwar kann das sogenannte bundesdeutsche Wirtschaftswunder nicht auf das Abkommen von 1953 zurückgeführt werden, doch ohne die Regelung der Schulden wäre die Rückkehr in die Weltwirtschaft kaum möglich gewesen.

1986 konnte Christoph Buchheim durchaus positiv vermerken, das Londoner Schuldenabkommen sei durch seine „problemlose Abwicklung“ aus dem „historischen Bewußtsein“ der Bundesrepublik verschwunden. Doch nur drei Jahre später erlebte es eine Wiederbelebung. Durch die Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 mussten vertagte Zahlungen endgültig geregelt werden. Dazu gehörte der gesamte Komplex der Kriegsschäden und möglicher Reparationen, der jedoch durch Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrages ad acta gelegt wurde.

Offengeblieben waren auch die Zinsrückstände aus einigen Zwischenkriegsanleihen für die Jahre 1945 bis 1952. Die Regierung Gesamtdeutschlands zahlte schließlich bis 2010 die restlichen Verbindlichkeiten, die sich aus dem Ersten Weltkrieg und dem Londoner Schuldenabkommen ergeben hatten.

Zu diesem Zeitpunkt befand sich die Welt bereits in der sogenannten Finanzkrise, deren Beginn allgemein auf den Zusammenbruch der Lehman Brothers Inc. am 15. September 2008 datiert wird. Die Diskussion über die Schuldenberge – weltweit, aber vor allem in Europa – brachte das Londoner Schuldenabkommen erneut zurück in das internationale Bewusstsein. Der Vertrag von 1953 soll nunmehr als Vorbild dienen, besonders in Bezug auf das europäische Sorgenkind Griechenland – mit verschiedenen Argumenten.

Auf der einen Seite wird darauf hingewiesen, dass Athen auch zu den Unterzeichnern des Londoner Schuldenabkommens zählte. Der Verweis auf Ansprüche aus Kriegsschäden ist in diesem Zusammenhang allerdings vergeblich, da gerade dieser Komplex 1953 in London explizit ausgeklammert worden war. Andere Schulden hatte die Bundesrepublik Griechenland erstattet; noch in den 1980er-Jahren wurden durch das Schiedsgericht Ansprüche Athens geregelt, die noch auf ein 1914 abgeschlossenes, aber aufgrund des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs geplatztes Rüstungsgeschäft zurückgingen. Insgesamt verzichtete aber auch Griechenland, gemeinsam mit den weiteren

Gläubigerstaaten, auf rund die Hälfte der ausstehenden Schulden. Eine endgültige Klärung steht jedoch, wie die aktuelle Diskussion zeigt, bis heute aus. Auf der anderen Seite hat das Londoner Schuldenabkommen bis heute seinen Vorbildcharakter nicht verloren. Die Regelung, vor allem nicht auf Kapital, aber auf Tilgung und Zinsen zu verzichten sowie den Abzahlungszeitraum zu strecken, hat sich als erfolgreich erwiesen. Tatsächlich verdankte Deutschland 1953 auch „dem Großmut seiner Nachbarn“ (*Tagesspiegel* vom 4. Oktober 2012) die Möglichkeit, in die Weltwirtschaft zurückzukehren.

Natürlich muss bedacht werden: Die Unterzeichnung des Londoner Schuldenabkommens am 27. Februar und sein Inkrafttreten am 16. September 1953 erfolgte in einer besonderen historischen Situation. Das beiderseitige Interesse vor allem der Bundesrepublik Deutschland und der Besatzungsmächte USA, Großbritannien und Frankreich daran, den westdeutschen Staat in die internationale, explizit in die westliche Gemeinschaft zu integrieren, ermöglichte die damit nicht mehr rein finanzielle Regelung. Die Verbindung mit den Verhandlungen über die Aufhebung des Besatzungsstatuts sowie mit dem Luxemburger Abkommen zeigt, dass es beim Londoner Schuldenabkommen nicht nur um die wirtschaftliche, sondern auch um die politische und moralische Wiederherstellung der deutschen Kreditwürdigkeit ging. Aber auch diese Verknüpfung ethischer und monetärer Ansprüche könnte aktuell richtungsweisend sein.

Literatur:

- Buchheim, Christoph: Das Londoner Schuldenabkommen, in: Ludolf Herbst (Hrsg.): Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986, Seite 219–229.
- Rombeck-Jaschinski, Ursula: Das Londoner Schuldenabkommen. Die Regelung der deutschen Auslandsschulden nach dem Zweiten Weltkrieg, München 2005.
- Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Die Wiederherstellung des deutschen Kredits. Das Londoner Schuldenabkommen, Stuttgart/Zürich 1982.

Vorsparen oder Nachsparen?

Wann das Leben auf Pump begann

BARBARA HILLEN

Geboren 1974 im Rheinland, Biografin und promovierte Historikerin mit dem Schwerpunkt Wirtschafts- und Sozialgeschichte, ist Gründerin und Leiterin der Agentur für AutoBiografien Bonn.

Konsumgütern voranzugehen habe. Das Nachsparen, also der Ratenkauf, sollte nur in Ausnahmefällen zulässig sein, beispielsweise bei Handelsvertretern, die mit dem auf Raten gekauften Auto ihr Geld verdienten und die mit dessen Hilfe ihre Schulden zurückzahlen konnten.

Wenig scheint von dieser Haltung geblieben zu sein. Allenthalben werden heute Sofortkredite angeboten. Die Trendwende wurde ab den 1960er-Jahren deutlich spürbar.

Traditionell lag das Augenmerk der Sparkassen (zumindest im Privatkundengeschäft) auf der „Pflege der Sparsamkeit“, dem Sammeln anstelle des Verleihens. Als staatlich geförderte Instrumente der Armenfürsorge hatten sie im neunzehnten Jahrhundert eine sozialpädagogische Funktion. Der Personalkredit, worunter damals Bürgschafts-, Wechsel-, Schuldschein- und Handscheindarlehen zu verstehen waren, spielte kaum eine Rolle, denn

„Vorsparen oder Nachsparen?“ – lautete Anfang der 1960er-Jahre ein häufiges AufsatztHEMA in Abschlusskursen von Sparkassenschulen. Von den Lehrlingen wurde ein begründetes Plädoyer für das Zwecksparen erwartet, das dem Kauf von

Sicherheiten hatten die meisten Kleinkunden meist nicht vorzuweisen. Die Basis für die Darlehensgewährung war das Vertrauen des geldgebenden Instituts in die Person des Darlehensnehmers oder seines Bürgen. Die gesellschaftlich akzeptierte Begründung, Kredite zu vergeben, lag darin, dass minderbemittelte Bevölkerungskreise vor Abzahlungsbazaren oder unseriösen Kredithäusern bewahrt werden sollten.

Neben reinen Sparkassen gab es sogenannte Spar- und Darlehenskassen, die das Einnehmen und Ausgeben von Geld als zwei komplementäre Aufgaben verstanden. Sie waren ein frühes Zeugnis der Mittelstandsförderung, zielte die Kreditvergabe doch auf Gewerbetreibende ab, die Sicherheiten wie Unternehmensgüter oder Immobilien vorweisen konnten. Personenkreise, die heute als Existenzgründer oder Freiberufler bezeichnet werden, hatten dabei das Nachsehen.

FLIESSENDE GRENZE ZWISCHEN INVESTITION UND KONSUM

In Ermangelung eines ausreichend kurzfristigen Kreditangebots der Sparkassen entstanden um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts genossenschaftliche Vorschussvereine nach der Idee von Hermann Schulze-Delitzsch (1808 bis 1883) für das städtische Handwerk sowie Friedrich Wilhelm Raiffeisens (1818 bis 1888) „Darlehens-Kassenvereine“ für die ländliche Bevölkerung. Beide Genossenschaften hatten insbesondere die Finanzierung der Betriebsmittel ihrer Mitglieder zum Ziel.

Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts entwickelte der Sparkassenvisionär Johann Christian Eberle (1869 bis 1937) wegweisende Modelle für die systematische Kreditvergabe. Er war Mitbegründer der Deutschen Girozentrale und ein großer Verfechter der Bausparidee. Die auf Eberle zurückgehende Einführung des Girokontos für jedermann bei den Sparkassen (1908) und die damit verbundene Girogeldbildung sollte Kapital insbesondere in die Hände von mittelständischen Gewerbetreibenden geben. Wer „Konto nahm“, erhielt einfacher Zugang zu einem Investitionskredit.

Schon in den 1920er-Jahren hatte sich mit dem Aufkommen langlebiger Konsumgüter das Kreditverhalten und -begehren der Menschen geändert. Die Beziehungen der Banken und Sparkassen insbesondere zu den privaten Haushalten gerieten in Bewegung, was sich beispielsweise in der Gründung von Bausparkassen zur Finanzierung von Privateigentum bemerkbar machte. Die Grenze zwischen Investition und Konsum wurde fließend: War etwa die Nähmaschine einer Schneiderin etwas grundsätzlich anderes als die gleiche Nähmaschine einer Hausfrau?

TRENDSETTER „NÄHMASCHINE“

Die Singer Manufacturing Company in New York fand sich nicht mehr mit dieser Unterscheidung ab und hatte bereits 1856 einen Ratenplan entwickelt. Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts drängte Singer auf den europäischen Markt. Der deutschen Nähmaschinenindustrie blieb keine Wahl, als ebenfalls Ratenzahlungen zuzulassen. So wurde die Nähmaschine zur Schriftstellerin des Teilzahlungskreditgeschäftes. Das Predigen vom Vorsparen zog nicht mehr, sondern es wurde legitim, Vorsparen mit Nachsparen, also Ansparen mit einem Ratenkredit zu verknüpfen.

Auf der Suche nach Sicherheiten beim Ratenkauf wurde 1929 die heute beinahe unvermeidliche Schufa von der Berliner Elektrizitätswerke AG, der Siemens AG und der AEG-Aktiengesellschaft gegründet, deren Ziel in der Beschaffung geeigneter Informationsgrundlagen für die Gewährung von Teilzahlungskrediten bestand. Auch die Gründung der heute noch unter anderem Namen existierenden KKB-Bank durch zwanzig Königsberger Einzelhändler 1926 war Ausdruck eines neuen Bewusstseins im Umgang mit Geld und Gütern. Opel und Ford gründeten ebenfalls Finanzierungsgesellschaften, denn sie erkannten in der Teilzahlungsfinanzierung eine Voraussetzung für die Massenproduktion von Personenkraftwagen. Die neuen Teilzahlungsinstitute, sogenannte *non-banks* oder *near-banks*, verstanden sich nicht als Banken, noch wurden sie vom Kreditgewerbe als solche akzeptiert.

GEWERKSCHAFTEN GEGEN „ZERSPLITTERUNG DES KAPITALS“

Gewerkschaftsbanken lehnten während der 1920er-Jahre das Kreditgeschäft mit Einzelpersonen weiterhin ab, um einer „unheilvollen Zersplitterung des Kapitals“ vorzubeugen. Lediglich die Beamtenbanken gaben an ihre Mitglieder Konsumentenkredite für verschiedenste Zwecke, zum Beispiel bei Krankheit, zur Erziehung und zum Studium der Kinder, zur Ausstattung der Töchter. 1934, nach der Weltwirtschafts- und der deutschen Bankenkrise, einigte sich das deutsche Kreditgewerbe zum ersten Mal auf Standards bei der Kreditvergabe an Konsumenten. 1939 legten die Geschäftsbanken und Sparkassen eine Obergrenze von 600 Reichsmark für Kleinkredite fest, die allerdings nicht mehr zum Tragen kam. Welche Konsumgüter hätte man im Krieg schließlich kaufen sollen?

Die Regeln zur Kreditvergabe von 1939 wurden 1948 im Rahmen der Währungsreform vollständig übernommen und hatten bis 1958 Bestand. Lohn- und Gehaltsempfänger unterlagen demnach einer Beschränkung von 600 D-Mark pro Kleinkredit. Diese wurde allzu schnell erreicht: Die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges hatten in breiten Bevölkerungsschichten einen

starken Nachholbedarf an lebenswichtigen Gebrauchsgütern entstehen lassen. Mehrheitlich dienten die Kredite an Privathaushalte aber nicht konsumtiven Zwecken, sondern dazu, Realvermögen aufzubauen oder zu erhalten.

WOHLSTAND FÜR ALLE

Ludwig Erhard ließ als Bundeswirtschaftsminister der jungen Bundesrepublik keine Gelegenheit aus, im Sinne von „Wohlstand für Alle“ auf die Bedeutung des Konsums für den wirtschaftlichen Aufschwung hinzuweisen. „Mut zum Konsum“ lautete sein Credo in einer ersten Phase der Sozialen Marktwirtschaft während der 1950er-Jahre. In der zweiten Phase, für die vor allem sein Staatssekretär Alfred Müller-Armack steht, ging es um die geistige Durchdringung des erzielten materiellen Wohlstands, wobei dabei Begriffe wie Mäßigung in den Mittelpunkt rückten.

Ein Problem in der unmittelbaren Nachkriegszeit bestand darin, dass viele private Haushalte noch nicht bankfähig waren, also noch kein Konto besaßen. Mit der flächendeckenden Einführung von Girokonten zur Lohn- und Gehaltszahlung bis zum Beginn der 1960er-Jahre war eine wichtige Voraussetzung für die Abwicklung privater Bankschulden geschaffen worden. Nur langsam öffneten sich die Sparkassen dem Konsumentenkredit – unter strikter Beibehaltung ihres Grundsatzes „Erst sparen, dann kaufen!“, wozu auch Rentabilitätsüberlegungen beitrugen. Anfang der 1960er-Jahre wurde der Paradigmenwechsel deutlich: „Wenn's um Geld geht ...“, hieß der neue Slogan, der die Entwicklung der Sparkassen zu Allfinanzinstituten augenfällig machte.

Die Verschuldung der deutschen Haushalte stieg seit den ausgehenden 1960er-Jahren an und verfünfachte sich von 1970 bis 1983 von 32,3 Milliarden D-Mark auf 168,7 Milliarden D-Mark – und das war nur der Anfang einer neuen Entwicklung, die bis heute anhält. Die Verschuldung stieg in den 1970er-Jahren schneller an als die Geldvermögen. Damit lagen die Deutschen international im Trend.

Übrigens nahm auch die Staatsverschuldung in demselben Zeitraum erheblich zu. Artikel 115 Grundgesetz erlaubte seit Mai 1969 „zur Abwehr einer Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts“, dass die Kreditaufnahmen höher sein durften als Ausgaben für Investitionen – der wachsenden Staatsverschuldung war Tür und Tor geöffnet. Privat wie öffentlich fiel der Blick immer wieder auf die USA. In punkto Staatsverschuldung, verursacht vor allem durch einen riesigen Verteidigungshaushalt, sind die Vereinigten Staaten bis heute Spitzenreiter.

Die erste für den allgemeinen Gebrauch bestimmte Kreditkarte wurde von American Express 1958 entwickelt; das moderne Kreditkartensystem erhielt 1968 internationalen Aufschwung und Beachtung. All diese Kredit-

arrangements beruhten nicht mehr auf persönlichen Vertrauensbeziehungen, sondern wurden von Unternehmen mit Gewinnzwecken geknüpft.

Insbesondere in den 1980er- und 1990er-Jahren, als in der Unterhaltungs-, Medien- und Kommunikationsbranche neue Produkte für den Privatmarkt geschaffen wurden, stiegen das Anspruchsverhalten und die Verschuldung privater Haushalte weiter an. Firmenkunden griffen ab den 1980er-Jahren dankbar auf neue Kreditinstrumente, wie das Leasing, zurück. Auch selbstständige Kleingewerbetreibende und Freiberufler werden seitdem als Kreditnehmer geschätzt und nicht mehr, wie noch zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts, als Exoten behandelt. Kurz: Es wurde gesellschaftlich salonfähig und akzeptiert, teilweise auf Pump zu leben – zumindest in der Bundesrepublik.

SCHULDENMACHEN IN DER DDR

Im Gegensatz zur Situation in der Bundesrepublik Deutschland bestand ein zentrales Problem der DDR-Planwirtschaft bekanntlich darin, dass höherwertige Konsumgüter nicht in ausreichendem Maße verfügbar waren. Da die Bürger der DDR das Geld nicht zum Kauf langlebiger Konsumgüter verwenden konnten, blieben ihnen nur zwei Möglichkeiten: sparen oder konsumieren, was vorhanden war. Interessant ist: Gerade weil hochwertige Konsumgüter knapp waren, wurde für ihren Erwerb gespart.

Noch überraschender ist, dass seit den 1970er-Jahren der Sparkassenkredit offensiv als „Mittel der Sozialpolitik“ eingesetzt wurde. 1969 war die natürliche Bevölkerungsbilanz der DDR erstmals negativ, und der Trend setzte sich fort. Deshalb vergab der Staat ab 1972 Kredite an Eheleute, die bei der Heirat nicht älter als 26 Jahre alt waren, bestimmten Berufsgruppen angehörten und zusammen nicht mehr als 1.400 Mark brutto verdienten. Die zinslosen Kredite wurden ausschließlich über die Sparkassen abgewickelt und waren an den Zweck gebunden, Hausrat anzuschaffen. Bevölkerungspolitisch bedeutsam war dabei, dass sich die Summe, die zu tilgen war, mit steigender Kinderzahl verringerte. Die Maßnahme hatte zwar kurzfristigen Erfolg. Ende der 1980er-Jahre aber wurde die Bevölkerungsbilanz wieder negativ.

Literatur:

Entwicklungslinien im Personalkreditgeschäft der Sparkassen. Sparkassenhistorisches Symposium 1988, bearb. von Jürgen Mura, Stuttgart 1989, hierin insbesondere: Günter Ashauer: Die Entwicklung des Konsumentenkredits von den Anfängen bis zur Gegenwart, Seite 62–77.

Pohl, Hans/Rudolph, Bernd/Schulz, Günther: Wirtschafts- und Sozialgeschichte der deutschen Sparkassen im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2005.

Graeber, David: Schulden. Die ersten 5.000 Jahre, 7. Auflage, Stuttgart 2012.

Die Miete ist sicher

Ein hilfloser Dirigismus
ersetzt keine maßvollen Vorschriften

URSULA WEIDENFELD

Geboren 1962 in Mechernich, Wirtschaftsjournalistin, Kolumnistin und Moderatorin in Berlin und Potsdam, schreibt für zahlreiche Publikationen, unter anderem für das „Handelsblatt“ und den „Tagesspiegel“.

Wer eine Fußbodenheizung verlegen will, muss sich im Berliner Bezirksrathaus Pankow neuerdings um eine Genehmigung bemühen. Ein zweites Klo für eine Etagenwohnung? In Friedrichshain-Kreuzberg, ebenfalls eine wieder beliebte Gegend in Berlin, darf man das nicht mehr immer einbauen. Eine Mietwohnung in ein Eigentümerobjekt umwandeln? Im

Hamburger Stadtteil Eimsbüttel ist auch das nur noch möglich, wenn die Sozialbehörde zustimmt.

In Hamburg und Berlin hat eine alte Vokabel wieder Konjunktur: Milieuschutz heißt sie. Für diejenigen, die in beliebten Stadtvierteln der beiden Großstädte eine Wohnung gemietet haben, bedeutet das mehr Sicherheit: Hier sollen Eigentümer nicht mehr so ohne Weiteres in der Wohnung heruminvestieren und anschließend die Mieten erhöhen dürfen. Wohnen in der Innenstadt soll bezahlbar bleiben. Das haben sich die beiden großen Stadtstaaten Deutschlands vorgenommen, und dafür haben sie die Milieuschutz-Verordnungen ausgedacht. Auch München und Frank-

furt hätten solche Regelungen gerne, an dernorts wird über die Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus nachgedacht.

EXISTENZIELLES GRUNDBEDÜRFNIS

Kein Zweifel: In Deutschland wird wieder über Mieten und Wohnungsnot, über Sanierungsdruck und Verdrängung gewachsener Nachbarschaften diskutiert. Zu Recht sorgen sich Bürgermeister und Sozialpolitiker. Eine Wohnung zu haben, ist ein existenzielles Grundbedürfnis der Menschen. Dafür zu sorgen, dass auch Einkommensschwache und große Familien, Alte und Kranke angemessen wohnen können, ist in Deutschland seit dem zwanzigsten Jahrhundert nicht nur eine Sache des Marktes, sondern immer auch eine Angelegenheit des Staates gewesen. Der Staat hat den Wohnungsbau gefördert, er hat sozialen Wohnungsbau ange regt, er hat mit Mietrecht und Eigentums verpflichtung für berechenbare Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt gesorgt.

Für ganz Deutschland betrachtet, hat das sogar einigermaßen gut geklappt. Die Mietpreise stiegen in den vergangenen zwanzig Jahren langsamer als die allgemeine Geldentwertung. Die Quadratmeterzahl, die jeder Deutsche durchschnittlich bewohnt, wächst immer noch Jahr für Jahr: auf jetzt knapp fünfzig Quadratmeter pro Kopf. Von übertriebener Enge kann man also kaum sprechen, solange man nur den Durchschnitt betrachtet.

Dazu kommt, dass die Zahl der Eigen tümer wächst. Deutschland ist schon längst kein Mieterland mehr, in dem ein ausgefeiltes Mietrecht die Mehrheit der

Bevölkerung vor Mietwucher schützen müsste. Die Deutschen haben inzwischen ein Immobilienvermögen in Höhe von sechs Billionen Euro angesammelt, rechnet das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft vor. Vor zwanzig Jahren, kurz nach der Deutschen Einheit, waren es gerade einmal drei Billionen. Fast zwei Drittel der Rentnerinnen und Rentner in Deutschland wohnen heute im eigenen Heim. Achtzig Prozent der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 4.500 Euro haben Immobilienvermögen.

Wer allerdings weniger als 1.300 Euro im Monat netto zum Leben hat, besitzt in der Regel auch kein Immobilienver mögen. Nur zwanzig Prozent der Wenig verdiener müssen keine Miete zahlen. Und die wohnen meist auf dem Land.

RELEVANTE GRÖSSE FÜR ACHTZIG PROZENT

Anders sehen die Verhältnisse in den Großstädten aus. In Berlin beispielsweise sind nur zwanzig Prozent der Haushalte Immobilieneigentümer – für achtzig Prozent sind die Höhe und die Entwicklung der Mieten also eine relevante Größe. Dazu kommt, dass sich die Bevölkerung der Großstädte schneller austauscht als die auf dem Land. Wer mobil ist, ist von Preisänderungen stärker betroffen – so wohl, wenn die Preise verfallen, als auch, wenn sie steigen. In Berlin ziehen pro Jahr mehr als 600.000 Personen um, davon mehr als 300.000 innerhalb der Stadt. In München oder Köln wechseln 200.000 Personen die Wohnung. Steigen die Mieten und die Wohnungspreise, spüren das die Großstädter schneller. Je mehr Menschen

innerhalb einer Stadt die Wohnung wechseln und umziehen, desto dynamischer verläuft die Entwicklung der Auf- oder Abwertung ganzer Stadtviertel.

Die vermeintliche allgemeine neue deutsche Mietenfrage entpuppt sich so tatsächlich als ein akutes Thema für bestimmte Gruppen in einigen großen Städten. Betroffen sind die Armen, die Jungen und die Mobilen.

DEUTSCHE SPEKULATIONSBLASE

Das passiert zurzeit: Zwei Trends überschneiden sich. Immer mehr Menschen möchten gern in den Städten – und dort am liebsten in bestimmten Vierteln – wohnen. Das macht den Wohnraum knapp. Gleichzeitig wird erstmals seit Jahren wieder viel im Wohnungsbau investiert. Die Investoren bevorzugen angesichts der vergleichsweise hohen Bodenpreise den gehobenen Standard. Sie bauen und saniieren für das Bürgertum, für die Gutverdiener. Niedrige Zinsen und die Angst vor der Eurokrise treiben die Entwicklung zusätzlich so stark an, dass hier mit Recht von dem Entstehen einer deutschen Wohnungsbauspekulationsblase gesprochen werden kann.

Aber ist es deshalb richtig, das Mietrecht weiter zu verschärfen, die Eigentümerrechte zu beschneiden und wieder in großem Stil in den sozialen Wohnungsbau einzusteigen? Nicht unbedingt. Denn die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass die staatliche Wohnraumsteuerung – nicht nur in Deutschland – nie besonders gut funktioniert hat. Statt der gewünschten gemischten Wohnviertel

hat der soziale Wohnungsbau bis weit in die 1970er-Jahre hinein homogene Trabantenstädte an den Stadträndern geschaffen, die heute die Problemviertel der Großstädte sind. In Köln heißt dieses Viertel Chorweiler, in München Hasenbergl. In Berlin ist es das Märkische Viertel, in Hamburg der Mümmelmannsberg. Hier ist der Wohnraum zwar bezahlbar, doch leben würden hier die wenigsten, wenn sie die Wahl hätten.

Wer die Wahl hat, zieht dorthin, wo andere Menschen wohnen, die auch die Wahl haben. Gemischte Wohnviertel sind zwar aus Sicht von Stadtplanern und Schuldirektoren, von Sozialpolitikern und Integrationsbeauftragten, Polizisten und Einzelhändlern erstrebenswert. Doch bilden sie in aller Regel nur Übergangssituationen ab. Menschen entscheiden sich anders. Sie entmischen sich.

Natürlich kann man sich auf den Standpunkt stellen, dass die Wohnungsspekulation in ein paar Jahren zusammenbricht. Dann wird das Wohnen in den Innenstädten wieder zu erträglichen Preisen möglich sein. Es spricht sogar einiges dafür, dass es so kommen wird. Das aber hilft denjenigen nicht, die heute wegen steigender Mieten ihre Wohnungen verlassen müssen oder sich das Wohnen in bestimmten Städten nicht mehr leisten können.

Auch der hilflose Dirigismus, der sich in den Milieuschutz-Verordnungen manifestiert, taugt allenfalls zur emotionalen Entlastung von Bezirkspolitikern und etablierten Anwohnern. Am Ende werden weder ein Fußbodenheizungsverbot noch ein Wintergartenbann verhindern, dass in angesagten Vierteln die Mieten steigen und dass sich dort die Bevölkerungsstruktur verändert.

STANDARDS ABSPECKEN

Viel wichtiger wäre es, dass Bürgermeister und Landesregierungschefs sich endlich zu mehr Kooperation durchringen würden. Das Immobilienforschungsinstitut Empirica weist darauf hin, dass viele Großstädte nach wie vor über große Flächenreserven innerhalb und jenseits der Stadtgrenzen verfügen, die sie für den Neubau von Wohnungen nutzen könnten. Hier könnten die Städte auch dafür sorgen, dass kein Luxus-, sondern bezahlbarer Wohnraum entsteht.

Es ist wichtig, Anreize für das preisgünstigere Errichten von Mietwohnungen zu schaffen. Fast nirgendwo in der Welt ist es so teuer wie in Deutschland, Wohnungen zu bauen. Angefangen beim Keller über die Zahl der zu bauenden Parkplätze, Sicherheits-, Umwelt- und Klimastandards bis zu Gestaltungssatzungen und Denkmalschutz: Wer Premium-Vorschriften erlässt, darf sich nicht wundern, wenn am Ende Premium-Anlagen zu Premium-Preisen entstehen. Günstiger Wohnraum in Innenstadtlagen lässt sich nur dann bauen, wenn die Standards abgespeckt werden.

Außerdem könnten Großstadt-Bürgermeister, die Umlandgemeinden und die Landesregierungen den öffentlichen Personennahverkehr wieder einmal genauer anschauen. Würden nämlich die Bahnen im Umkreis der Metropolen besser abgestimmt, öfter und schneller fahren, würde das oft sehr dünn besiedelte Umland zum Wohnen wieder attraktiver. Gerade für Berlin, aber auch für Hamburg und selbst für Frankfurt und Stuttgart wären das Alternativen. Städte wie Brandenburg oder

Wittenberge, Fulda oder Bad Hersfeld mögen heute einen eigenwilligen Charme haben, der sich nicht jedem potenziellen Neubürger auf Anhieb erschließt. Doch wenn man sich die Entwicklung einer Stadt wie Lüneburg vor den Toren Hamburgs vor Augen führt, dann sieht man auch, dass es keine Zumutung sein muss, nicht in der Mitte einer Großstadt wohnen zu können.

Bis heute aber scheitern solche Überlegungen immer wieder an den Egoismen der Gebietskörperschaften. Die Ministerpräsidenten haben keine Lust, für Stadtstaaten wie Hamburg oder Berlin die Verkehrsinfrastruktur bereitzustellen. Und die Bürgermeister sind nicht scharf darauf, noch mehr Menschen aus dem Umland auf den innerstädtischen Straßen und Bahnhöfen zu sehen, sie in den städtischen Krankenhäusern zu behandeln oder in der Oper neben ihnen sitzen zu müssen.

Dabei läge hier das wirkliche langfristige Lösungspotenzial für viele Probleme der derzeitigen Binnenmigration. Auch in Zukunft werden sich Wohnviertel verändern, sie werden sozial auf- oder abgewertet. Auch in Zukunft wird sich nicht jeder eine Wohnung in der Hamburger Hafen-City oder am Münchner Odeonsplatz, im Berliner Grunewald oder in den Kölner Kranbauten leisten können. Dafür zu sorgen, kann auch nicht die Aufgabe einer vernünftigen Wohnungsbaupolitik sein. Eine vernünftige Stadt- und Regionalpolitik wird sich dafür einsetzen, dass bezahlbarer Wohnraum möglich und erreichbar bleibt. Damit wäre schon viel erreicht.

„Stokvels“ heißen die Spargemeinschaften, an denen sich geschätzte acht Millionen Südafrikaner beteiligen. In Zeiten der Apartheid waren sie eine Notlösung, weil die schwarze Bevölkerung kaum Zugang zum Finanzmarkt hatte. Heute verbündet man sich lieber mit Verwandten und Freunden, denen man mehr vertraut als den Banken, um mit dem Ersparten gemeinschaftliche oder individuelle Träume wahr werden zu lassen.





Seitenblick Religion

„Lasst sie nur machen!“

Was das Pontifikat von Papst Franziskus
für den Katholizismus bedeuten könnte

STEFAN VESPER

Geboren 1956 in Düsseldorf, seit
September 1999 Generalsekretär
des Zentralkomitees der deutschen
Katholiken (ZdK).

Aus meinem Geschichtsstudium erinnere
ich mich an den Satz: „Zeitgeschichte ist
die Epoche der Mitlebenden.“ Genau so
erlebe ich die gegenwärtige Situation als
katholischer Christ am Beginn des neuen

Pontifikats. Fast kein Tag vergeht, an dem nicht Neues, Überraschendes, früher kaum Denkbare geschieht. Da kommt ein neuer Papst, Papst Franziskus, gewählt von mehr als zwei Dritteln der Kardinäle – und alles wird anders. Alles? Nein, aber Wesentliches und Wichtiges, Symbolisches und Strukturelles, Persönliches und Politisches. Es ist eine spannende Zeit. Und viele schöpfen neuen Mut: Die katholische Kirche erneuert sich beständig, sie bietet der Gesellschaft immer wieder faszinierende Menschen an – wie diesen neuen Papst –, die ihr Leben in der Spur des Jesus von Nazareth leben, die sich in dieser Kirche an die Menschen verschenken, an die Schwachen und Bedrängten.

Der Versuch, eine erste Bewertung zu geben, wird nur zögerlich unternommen. Welche Überraschungen mögen sich zwischen Abschluss des Manuskripts und Erscheinen des Heftes noch ergeben? Hätte man vor Monaten gedacht, dass die Entwicklung der katholischen Kirche so lebendig, ja so tagesaktuell sein kann? Mitten in diesem dynamischen Prozess gehe ich das Risiko ein, aus jetziger Sicht zu beschreiben, was ich sehe, und zu sagen, was ich erhoffe.

RÜCKTRITT UND KONKLAVE

Wir haben Papst Benedikt XVI. vieles zu verdanken. Respekt und Wertschätzung für seinen rund achtjährigen Dienst werden bleiben. Gerade bei seinem Deutschlandbesuch 2011 sind viele wichtige Impulse gesetzt worden, entgegen mancher Darstellung auch in der Ökumene. Noch am Tag der Ankündigung des Rücktritts hat der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Landtagspräsident a. D. Alois Glück, Papst Benedikt XVI. seinen Respekt und großen Dank für seinen Dienst ausgesprochen.

Für eine Bewertung des Pontifikats ist der Abstand deutlich zu gering. Es war ein Pontifikat in der Spur von Johannes Paul II. Die Enzykliken, auch die – als Theologe geschriebenen – Bücher, der Versuch, die Piusbrüder zu integrieren, der entschiedene Kampf gegen den Missbrauch, die ausgebliebene Reform der Kurie, die Reisen und Begegnungen, schließlich der weit über den Tag hinaus wirkende Rücktritt von historischer Bedeutung – all dies will, mit dem notwendigen Abstand, später ausgewertet und gewichtet werden.

Das Konklave 2013 fand in einer völlig anderen Situation statt als jenes von 2005. Dominierte damals die Frage, wer diesem großen Papst folgen könne, so stand jetzt im Mittelpunkt, wer die notwendigen Reformen vor allem – aber nicht nur – in der Kurie durchzusetzen vermag. Viele fragten sich, ob es einen Kandidaten geben könne, der, wie seinerzeit Karol Wojtyla, sozusagen „in seiner Person“ die zentrale Botschaft der Zeit „verkörpert“. Wer also in seiner Person die für die heutige Zeit zentrale Herausforderung sichtbar werden lassen könne. Man hat das erhofft, aber keinen entsprechenden Kandidaten gesehen.

Im Konklave hielt Kardinal Jorge Mario Bergoglio eine aufsehenerregende Rede (<http://blog.radiovatikan.de/die-kirche-die-sich-um-sich-selber-dreht-theologischer-narzissmus/>). Sie war eine von mehr als zehn Dutzend Reden, die jeweils nicht länger als fünf Minuten dauern durften. Aber sie war im Rückblick die entscheidende. Er sprach über die Evangelisierung, die „apostolischen Eifer“ voraussetzt. Er sprach von der „kühnen Redefreiheit“, die in der katholischen Kirche gelten müsste. Er sprach davon, dass die Kirche „aus sich selbst herauszugehen und an die Ränder zu gehen“ hat, und zwar „an die Grenzen der menschlichen Existenz: die des Mysteriums der Sünde, die des Schmerzes, die der Ungerechtigkeit, die der Ignoranz, die der fehlenden religiösen Praxis, die des Denkens, die jeglichen Elends“. Klingen da nicht die großen ersten Sätze mit, die die Pastoralkonstitution *Gaudium et Spes* einleiten: „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi. Und es gibt nichts wahrhaft Menschliches, das nicht in ihren Herzen seinen Widerhall finde ...“? (GS1)

Kardinal Bergoglio stellte diese aus sich herausgehende, diese dienende Kirche einer Kirche der Selbstbezogenheit, des theologischen Narziss-

mus gegenüber. Schärfer und eindeutiger kann man es kaum sagen: „Die egozentrische Kirche beansprucht Jesus für sich drinnen und lässt ihn nicht nach außen treten.“ Bergoglio sagte einer solchen, „um sich selbst kreisenden Kirche“ den entschiedenen Kampf an. Die versammelten Kardinäle schließen einige Nächte darüber – und schritten dann zur Wahl.

DER BEGINN

Das Pontifikat begann mit einer Verneigung. Der Papst verneigte sich vor den Gläubigen. Er bat „seine“ Diözese von Rom, für ihn zu beten. Hier deutete sich bereits jener grundlegende Stilwandel an, dessen Zeugen wir immer noch sind: weg vom Pomp und Brokat, hin zu menschlichen Gesten, vor allem zur „Beziehung“. Schon seine ersten Handbewegungen auf dem Balkon machten dies sichtbar, er streckte die Hand zu den Menschen aus und zog sie zurück zu sich, er wollte in Beziehung treten, eine Verbindung herstellen zwischen den Menschen auf dem Petersplatz und sich selbst auf der Loggia. Schon in den ersten Minuten des Pontifikats wurde der Gedanke Martin Bubers spürbar, dass alles Leben Begegnung ist.

Das Neue und Überraschende setzte sich in den nächsten Tagen fort, im Stil des Wohnens, im menschlichen Umgang, in der Vermeidung, ja im Verzicht auf allen Pomp und auf möglichst viel von dem, was den Papst von den anderen trennt. Es war eine Suche nach Nähe, ja nach Zärtlichkeit im umfassenden menschlichen und spirituellen Sinne.

Mit den Menschen durch dieses erste Osterfest des neuen Pontifikats zu gehen, Kreuz, Tod, Auferstehung zu durchleben und zu feiern, dies war die Aufgabe der ersten Wochen von Papst Franziskus. Es ging um die Grundfragen des Menschseins, die das Konzil unüberbietbar so beschreibt: „Die Menschen erwarten von den verschiedenen Religionen Antwort auf die ungelösten Rätsel des menschlichen Daseins, die heute wie von je die Herzen der Menschen im tiefsten bewegen: Was ist der Mensch? Was sind Sinn und Ziel unseres Lebens? Was ist das Gute, was die Sünde? Woher kommt das Leid, und welchen Sinn hat es? Was ist der Weg zum wahren Glück? Was ist der Tod, das Gericht und die Vergeltung nach dem Tode? Und schließlich: Was ist jenes letzte und unsagbare Geheimnis unserer Existenz, aus dem wir kommen und wohin wir gehen?“ (NA 1)

DAS PROGRAMM

Schon jetzt lässt Papst Franziskus Grundzüge seines Programms erkennen. Dazu gehören der entschiedene Einsatz für die Armen, der entschiedene Kampf an ihrer Seite, gegen Ungerechtigkeit und Egoismus.

Das ist für katholische Christen, die sich politisch engagieren, eine wichtige Botschaft. Das Engagement für soziale Gerechtigkeit, der Einsatz für die Soziale Marktwirtschaft, die politische Arbeit gegen Benachteiligung und für eine umfassend verstandene Befähigung der Menschen wird durch dieses Pontifikat eine starke Unterstützung finden. Das gilt auch für den Versuch, möglichst vielen die Teilhabe am gesellschaftlichen, am politischen, am wirtschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Solche Teilhabe setzt sich im Innerkirchlichen fort: Franziskus ist überzeugt, dass wir als Kirche gemeinsam unterwegs sind, wo auch immer wir in der Kirche stehen, egal ob „oben“ oder „unten“, ob im „progressiven“ oder „konservativen“ Lager. Schon 2007 wies Kardinal Bergoglio in einem sehr bemerkenswerten Interview auf die Bedeutung der Laien hin (www.30giorni.it/articoli_id_16590_l5.htm): „Meinen Priestern habe ich gesagt: ,Tut eure Pflicht; die Aufgaben eures Amtes kennt ihr ja, übernehmt eure Verantwortung und lasst dann die Tür offen.‘ Die Religionssoziologen sagen uns, dass sich der Einfluss einer Pfarrei auf einen Umkreis von 600 m erstreckt. In Buenos Aires liegen zwischen einer Pfarrei und der nächsten ca. 2000 m. Ich habe den Priestern damals gesagt: ,Wenn ihr könnt, mietet eine Garage, und wenn ihr den einen oder anderen disponiblen Laien auftreiben könnt, dann lasst ihn nur machen! Er soll sich um diese Leute hier kümmern, ein bisschen Katechese machen, ja, auch die Kommunion spenden, wenn er darum gebeten wird.‘“

„Lasst sie nur machen!“ – wäre das nicht auch ein schönes Programm für eine echte Beteiligung der Laien in der Kirche und an der Kirche auch in anderen Ländern, Bischofskonferenzen, Diözesen, Pfarreien? Vielleicht gehört es auch zum Programm dieses Pontifikats, die Bedeutung von Taufe und Firmung und damit die Würde des Laienstandes in der Kirche neu herauszustellen. Was natürlich auch eine ganz neue Verpflichtung aller Getauften und Gefirmten bedeutet, ein neues In-die-Pflicht-Nehmen aller, Zeugen des Evangeliums zu sein und sich Tag für Tag am Ringen für mehr soziale Gerechtigkeit zu beteiligen.

ANGRIFFE UND KRITIK

Die ersten Tage des Pontifikats waren auch von einer Reihe von Angriffen und von Kritik gekennzeichnet. Vier Kritikpunkte seien kurz beschrieben:

Zunächst ging es um die Frage, wie der damalige Jesuitenprovinzial sich in der Zeit des argentinischen Militärregimes verhalten hatte. Nach entschiedenen Erklärungen beteiligter Jesuiten ebbten die Nachforschungen ab. Aber die Öffentlichkeit spürte, wie sehr manche journalistischen Kreise die Biografie des neu gewählten Papstes nach einem „blinden Fleck“ abklopften.

Fairerweise sei gesagt: Es ist die Aufgabe eines freien Journalismus, kritische Fragen zu stellen und zu recherchieren.

Zu den primitivsten Artikeln gegen den Papst und die katholischen Christen gehörte ein in der Berliner *tageszeitung* (taz) abgedruckter „Kommentar“ von Denis Yücel (www.taz.de/Kommentar-Franziskus/112813/). Hier sei, so der Verfasser, ein „reaktionärer alter Sack“ dem anderen gefolgt, er habe sich den „Künstlernamen“ Franziskus gegeben, er kümmere sich um „esoterischen Klimbim“ wie katholische Dogmatik et cetera. Der Präsident des ZdK, Alois Glück, hat sofort öffentlich protestiert und umgehend Beschwerde beim Deutschen Presserat eingereicht.

Drittens fand man, für manche überraschend, in allen großen überregionalen Zeitungen nach einigen Tagen Leserbriefe mit dem Tenor, man habe eine seriöse Tageszeitung abonniert und keine Kirchenzeitung. Nun sei es genug mit seitenlangen Artikeln über Benedikt, Konklave, Franziskus, man sei derart intensiver Kirchenberichterstattung überdrüssig. Hier deutet sich an, dass sich die Aufmerksamkeit und Wertschätzung für kirchliche Themen in der Öffentlichkeit enorm gewandelt hat – leider nicht zum Guten. Kann das neue Pontifikat, wenn es sich weiter entfaltet, Impulse für mehr Verständnis und mehr Wertschätzung setzen? Können wir verlorenes Vertrauen wieder zurückgewinnen?

Eine vierte Form von Kritik formiert sich erst langsam in entsprechenden Foren, vor allem in einem bislang sich „romtreu“ präsentierenden Milieu. „Darf der das?“, lautet die Frage, darf jemand die Amtsführung – und damit das mindestens „gefühlt“ Bild des Amtes – so sehr verändern? Erhebt sich da am Ende eine Person über das Amt? Ist eine solche Veränderung vor der Tradition zu rechtfertigen? Viele Identitätsfragen sprechen aus dieser Kritik, letztlich sind es tiefe innere Unsicherheiten. Ganz das Gegenteil dessen, was Papst Franziskus ausstrahlt.

DIE CHANCEN

Mit dem Rücktritt, dem Konklave und den ersten Wochen der Amtszeit von Papst Franziskus hat ein neuer Frühling in der katholischen Kirche Einzug gehalten. Mindestens vier Chancen sind damit verbunden.

Erstens: Er kommt aus dem Süden. Die Gewichte, die Kraftfelder verschieben sich – und das ist gut so. Der Papst kommt aus einer Stadt, die viele Tausend Kilometer von Rom entfernt liegt. Er hat eine andere, neue Perspektive auf Kirche und Welt. Er wird den – trotz Konzil, Bischofssynoden, Papstreisen, Weltjugendtagen – noch immer vorhandenen Eurozentrismus der katholischen Kirche aufbrechen. Eine Fixierung auf europäische Fragen, Sorgen und Probleme, auch auf europäische Theologie und europäische „Geis-

teshaltungen“ wird einem größeren Horizont weichen, ohne dass diese Fragen ungelöst bleiben dürften. Die Vielfalt des Katholischen wird deutlicher werden.

Zweitens: Papst Franziskus sagt durch seine Person: Glaube ist politisch. Von seinem Einsatz für die Armen und Entrechteten war schon die Rede. Der Papst wird alle verstören, die den Glauben für etwas Abgehobenes, etwas „Übersinnliches“ und Unpolitisches halten. In neuer Weise wird der Kern dessen erkennbar werden, was eine richtig verstandene Theologie der Befreiung wollte. Hier ist auch von Erzbischof Gerhard Ludwig Müller, Präfekt der Kongregation für die Glaubenslehre, manches zu erwarten. Seine langjährige Freundschaft mit Gustavo Gutiérrez kann ein Signal dafür sein, dass die Verortung unserer Kirche „an der Seite der Armen“ verstärkt werden könnte. Die weltweit einmaligen kirchlichen Hilfswerke, die der Katholizismus in Deutschland, oft übrigens angestoßen durch die Deutschen Katholikentage, entwickelt hat, könnten Modell werden für andere Ortskirchen.

Drittens: Seine ersten Reden und Entscheidungen deuten an, dass er ernst machen wird mit einem kollegialeren Leitungsstil und mit einer Reform der Kurie. Der langjährige Präsident des ZdK, Hans Maier, hat schon seit Längerem modernere Regierungsstrukturen verlangt. Ein Teil davon betrifft das Regieren in Rom selbst, das klarer, transparenter, professioneller werden muss. Ein anderer Teil betrifft die Haltung Roms zu Entwicklungen in den Ortskirchen. In Deutschland weiß man, so sind viele Katholiken überzeugt, in manchen Fragen besser als in römischen Studierstuben, wie man beispielsweise dem Lebensschutz konkret und im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten dient. Das Gleiche gilt in anderen Themenfeldern für andere Ortskirchen in anderen Kontinenten. Der gemeinsame Glaube, die gemeinsamen Wahrheiten können durchaus in verschiedenen Kulturen in differenzierten Formen gelebt werden, vielleicht müssen sie es sogar!

Viertens: Die Kraftfelder der innerkirchlichen Information werden sich verschieben. Man wird in Rom möglicherweise vorurteilsfreier über die katholische Kirche in Deutschland informiert werden. Es ist das Recht und die Pflicht des Vorsitzenden der Bischofskonferenz, in Rom zu berichten und dort Gehör zu finden. Er ist der authentische Sprecher. Gab es nicht zu viele selbst ernannte Zuflüsterer und Briefeschreiber, die ein verzerrtes Bild von der katholischen Kirche in Deutschland gezeichnet haben? Einer Kirche des Niedergangs, des Glaubensabfalls?¹ Vielleicht wird das Verhältnis zwischen Rom und den Deutschen sich jetzt neu und unaufgeregter entwickeln können.

RÜCKENWIND

Viel Rückenwind könnte es also geben für politisch engagierte Katholiken in Deutschland. Mehr Wertschätzung für ihr Engagement, mehr ernst gemeinte Zuwendung und mehr Respekt für ihren Dienst und ihr Zeugnis.

Und doch gilt: Papst Franziskus wird für uns alle auch unbequem werden. Das mag verstören, aber auch das kann eine eigene, unerwartete Form von Anstoß für das gemeinsame Anliegen sein. Als überzeugender Mahner und als entschiedenes Vorbild kann der Papst vieles bewegen, auch jeden von uns.

Nehmen wir an, dass die ersten Wochen der Hochstimmung und des Neuen verflogen sind und das Programm sich zu entfalten beginnt. Nehmen wir an, dass er dann auch unbequeme Entscheidungen treffen wird, die nicht überall verstanden werden. Dass er allen ins Gewissen reden wird, auch uns in Deutschland.

Dann kommt es wirklich darauf an, ob wir „in pfingstlichem Geist“ als katholische Christen reagieren können. Längst zeichnet sich ab, dass durch diesen Papst die Debatte über das Stichwort „Entweltlichung“ wieder aufleben wird – wenn auch mit neuem, besser verstehbarem, ja sogar motivierendem Akzent. Man wird manches lieb Gewordene beenden, verändern, weiterentwickeln müssen. Katholische Christen müssen noch mehr als jetzt schon für die leben, bei denen Jesus in besonderer Weise war – eine Herausforderung für alle. Schon jetzt finden viele Familien bei Kolping nachhaltige Unterstützung. Mehr davon! Schon jetzt setzt sich die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) für Arbeitnehmerrechte ein. Mehr davon! Schon jetzt kümmert sich manche Gruppe der katholischen Frauengemeinschaft um die Rumänienhilfe. Mehr davon! Schon jetzt übernimmt die Frau aus der Gemeinschaft Sant’Egidio die Betreuung eines Asyl Suchenden. Mehr davon! Schon jetzt stärken Pfarrer Franz Meurer und seine „HöVi-Land“-Crew Hunderten be nachteiligten Kindern und Jugendlichen in Köln ihre Selbstachtung. Mehr davon! Schon jetzt gibt es unzählige von Partnerschaftsprojekten von Misereor und den anderen Werken. Mehr davon! Schon jetzt sind viele Katholiken in demokratischen Parteien aktiv, gestalten im Bundestag, in den Landtagen, im Stadtrat, als Bürgermeisterin und Bürgermeister unsere politische Wirklichkeit aktiv mit. Mehr davon!

So könnte man noch vieles anführen. Das neue Pontifikat macht vielleicht dem einen oder anderen Mut, aus der Zuschauerrolle herauszugehen und sich aktiv in Kirche und Gesellschaft zu engagieren. Papst Franziskus wird unbequem werden für manche, er ist es schon geworden. Doch das ist ein Teil seines Amtes: unbequem sein und die Kirche in die Zukunft führen, in Gottes Geist: „Habemus papam!“

1 Alois Glück sagte bei seiner Rede am Schluss des Katholikentags 2012 in Mannheim: „Wir haben eine lebendige, glaubensstarke und vitale Kirche erlebt ... Ja, die Situation in unserer Kirche ist mehr als die Summe ihrer Defizite. In unserer Kirche und im Namen der Kirche, aber auch durch Katholikinnen und Katholiken, die in ihrer eigenen Verantwortung als Bürgerinnen und Bürger handeln, geschieht viel Großartiges! Für mich war es eine beglückende Erfahrung, auf der Kirchenmeile die Vielfalt und das Engagement so vieler kirchlicher Gemeinschaften, von Verbänden und Organisationen zu erleben. Diese Vielfalt ist nicht Gefahr, sondern Reichtum! Das ist die Frucht des Einsatzes vieler, vieler Ehrenamtlicher. Sie leben Glauben und Kirche, das ist ein besonderer Schatz.“

Der Friede auf Erden

Vor fünfzig Jahren erschien die Enzyklika „Pacem in Terris“

ARND KÜPPERS

Geboren 1973 in Rheydt, seit September 2010 Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Stellvertretender Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle (KSZ), Mönchengladbach.

PETER SCHALLENBERG

Geboren 1963 in Oberhausen, seit 2008 Inhaber des Lehrstuhls für Moraltheologie und Ethik an der Theologischen Fakultät Paderborn, seit April 2010 Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle (KSZ), Mönchengladbach.

Enzykliken sind päpstliche Lehrschreiben, die Themen von grundsätzlicher und weltweiter Bedeutung aufgreifen und eingehend erörtern. Entsprechend diesem hohen Anspruch ist das Erscheinen einer Enzyklika kein alltägliches Ereignis. Sozialenzykliken wiederum sind eine Unterart der Gattung Enzyklika, sie beschäftigen sich vor allem mit Fragen der Politischen Ethik und der Wirtschaftsethik. Insofern kommen Sozialenzykliken noch einmal viel seltener vor als Enzykliken im Allgemeinen. Bis zum Pontifikat von Papst Johannes XXIII. (1958 bis 1963) hatte es

überhaupt erst zwei Sozialenzykliken gegeben: 1891 *Rerum Novarum*, eine Auseinandersetzung mit der Arbeiterfrage, und 1931 *Quadragesimo Anno*, ebenfalls vor allem dem Thema der gerechten Wirtschaftsordnung, aber auch

der Auseinandersetzung mit den aufkommenden totalitären Ideologien des zwanzigsten Jahrhunderts gewidmet.

Papst Johannes XXIII. allerdings veröffentlichte dann kurz hintereinander gleich zwei Sozialencykliken: am 15. Mai 1961 *Mater et Magistra* und am 11. April 1963 *Pacem in Terris*. Wenn man diese beiden Texte, zwischen denen gerade einmal knapp zwei Jahre liegen, zur Hand nimmt, merkt man schnell, dass sich etwas verändert hatte, auch und insbesondere in der Art, wie die Kirche der Welt gegenübertraten wollte.

KIRCHE UND WELT IN NEUEM VERHÄLTNIS

Bereits der Adressatenkreis ist in *Pacem in Terris* bemerkenswert erweitert: Während der Papst in *Mater et Magistra* noch ausschließlich den Klerus und die „Christgläubigen des katholischen Erdkreises“ ansprach, wendet er sich in *Pacem in Terris* ausdrücklich auch an „alle Menschen guten Willens“. Und der erste programmatiche Satz in *Mater et Magistra* lautete noch: „Mutter und Lehrmeisterin der Völker ist die katholische Kirche“, während es in *Pacem in Terris* heißt: „Der Friede auf Erden, nach dem alle Menschen zu allen Zeiten sehnlichst verlangten, kann nur dann begründet und gesichert werden, wenn die von Gott gesetzte Ordnung gewissenhaft beachtet wird.“

Diese Veränderung in Sprache und Weltsicht ist natürlich mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil im Zusammenhang zu sehen, das im Herbst 1962 eröffnet worden war. Papst Johannes XXIII. hatte mit Blick auf die Zielsetzung dieses Konzils den Begriff *Aggiornamento* („Verheutigung“) geprägt. *Aggiornamento* meint dabei keine simple Anpassung an den Zeitgeist, sondern ein Bemühen um die Inkulturation des Evangeliums in die Welt von heute. Da die Welt dauerndem Wandel und Veränderung unterworfen ist, ist das *Aggiornamento* auch kein Programmfpunkt, der durch das Konzil einmalig abgearbeitet wurde, sondern eine im Lauf der Geschichte immer wieder von Neuem notwendige Aufgabe. Die ganze Kirchengeschichte kann insoweit als eine Geschichte des fortwährenden *Aggiornamento* gelesen werden, eines *Aggiornamento*, das in zweitausend Jahren zeitweise ins Stocken geraten sein mag, aber letztlich doch immer wieder vollzogen wurde.

KIRCHENGESCHICHTLICHER AUSNAHME- UND NORMALZUSTAND

Aufgrund besonderer historischer Umstände war dieser Prozess des *Aggiornamento* im Lauf des neunzehnten Jahrhunderts ins Stocken geraten. Das neuzeitliche Trauma der katholischen Kirche war die Französische Revolution, deren glorreiche Geschichte in der *Terreur*, der blutigen Terrorherrschaft der

Jakobiner, ihr jähes Ende fand. Zu der *Terreur* gehörten auch die brutale Verfolgung der Kirche und der Versuch der systematischen Entchristianisierung Frankreichs. Diese tragische Geschichte bildete den Hintergrund der weltanschaulichen Auseinandersetzungen zwischen der katholischen Kirche und dem Staat beziehungsweise der modernen Staats- und Gesellschaftsordnung, durch die das neunzehnte Jahrhundert und auch noch das beginnende zwanzigste Jahrhundert kirchenpolitisch geprägt waren. Das war die Phase des katholischen Antimodernismus und Integralismus, also der Tendenz, sich in eine geistige und soziale katholische Wagenburg zurückzuziehen. Diesem katholischen Antimodernismus entsprach als Gegenstück ein in den bürgerlichen Eliten weit verbreiteter Antiklerikalismus, der den gesellschaftlichen Einfluss der katholischen Kirche möglichst weit zurückdrängen wollte.

ABSCHOTTUNG VON DER „WELT DA DRAUSSEN“

In den meisten deutschen Ländern etwa war den Katholiken der Weg in die Universitäten, das Offizierskorps, die Regierung und Verwaltung weitgehend versperrt. Höhepunkt dieser Auseinandersetzung war der Kulturkampf, der von dem preußischen Ministerpräsidenten und Reichskanzler Otto von Bismarck und den Nationalliberalen nach der Gründung des Deutschen Reiches 1871 gegen die katholische Kirche entfacht worden war. Bekanntlich schoss sich der Eiserne Kanzler mit dem Kulturkampf aber ein Eigentor, denn die so ausgegrenzten und marginalisierten Katholiken scharten sich in ihrem Bemühen um gesellschaftliche Selbstbehauptung trotzig um ihre Kirche. Man kann auch sagen: In gewisser Weise war ihr Antimodernismus und Integralismus – in der Terminologie von Georg Friedrich Wilhelm Hegel gesprochen – Teil eines „Kampfes um Anerkennung“.

Dieser katholische Kampf um soziale Anerkennung war durchaus erfolgreich. Es entstand das sprichwörtliche katholische Milieu, das die deutsche und andere europäische Gesellschaften mehr als hundert Jahre lang prägte. Die Kehrseite der katholischen Selbstbehauptung aber war eben die Abschottung der Kirche und des kirchlichen Milieus, die der „Welt da draußen“ zunehmend mit dem Generalverdacht der Sündhaftigkeit und Verfallenheit entgegneten.

Diesem sklerotischen Zustand hat das Zweite Vatikanum ein Ende bereitet. Und noch einmal soll betont werden: Es handelte sich hierbei um einen kirchengeschichtlichen Ausnahmezustand. Das *Aggiornamento* des Konzils war also keine Revolution, sondern eher die Rückkehr zur Normalität. Und diese Rückkehr zum Normalzustand wurde möglich durch Einsicht auf beiden Seiten. Einerseits durch die Einsicht der Kirche, dass sie selbst ein Teil dieser Welt ist und dass der neuzeitliche Liberalismus letztlich zum eigenen

Erbe gehört, kulturgeschichtlich vom Christentum nicht zu trennen ist. Andererseits aber auch durch die Einsicht im modernen Staatsdenken und Staatsrecht, dass eine Staats- und Gesellschaftsordnung nur dann freiheitlich ist, wenn auch die Religions- und Glaubensfreiheit und ebenso die freie Betätigung der Kirchen und religiösen Vereinigungen garantiert sind.

ZEICHEN DER ZEIT

Durch die Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils *Gaudium et Spes* ist das Anliegen des *Aggiornamento* in einer der bekanntesten Konzilsaussagen wie folgt auf den Punkt gebracht worden: „Zur Erfüllung dieses ihres Auftrags obliegt der Kirche allzeit die Pflicht, nach den Zeichen der Zeit zu forschen und sie im Licht des Evangeliums zu deuten. So kann sie dann in einer jeweils einer Generation angemessenen Weise auf die bleibenden Fragen der Menschen nach dem Sinn des gegenwärtigen und des zukünftigen Lebens und nach dem Verhältnis beider zueinander Antwort geben. Es gilt also, die Welt, in der wir leben, ihre Erwartungen, Bestrebungen und ihren oft dramatischen Charakter zu erfassen und zu verstehen“ (*Gaudium et Spes* 4).

Diese berühmte Formulierung von den „Zeichen der Zeit“ und die damit verbundene Intention finden sich bereits in der Enzyklika *Pacem in Terris*. Die Enzyklika gliedert sich in fünf Hauptteile, wobei die ersten vier die klassischen staatsrechtlichen beziehungsweise völkerrechtlichen Bereiche in den Blick nehmen, während der fünfte Teil pastorale Hinweise enthält. Der erste Teil beschäftigt sich mit den staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten, der zweite Teil mit Fragen der Staatsorganisation und Staatsverfassung, der dritte Teil mit völkerrechtlichen Fragen und der vierte Teil mit der Organisation der Völkergemeinschaft; in diesem Zusammenhang fordert Papst Johannes XXIII., „dass eine universale politische Gewalt eingesetzt werden muss“ (*Pacem in Terris* 136). Papst Benedikt XVI. hat diese Forderung nach einer subsidiären ordnungspolitischen Gestaltungsmacht 2009 in seiner Enzyklika *Caritas in Veritate* noch einmal aufgegriffen und mit Blick auf die wirtschaftliche Globalisierung, die drängenden Fragen des Umweltschutzes und die internationale Friedenssicherung wiederholt und bekräftigt.

Jeder der ersten vier Teile in *Pacem in Terris* endet mit Hinweisen auf die „Zeichen der Zeit“. Zu diesen Zeichen zählt der Papst etwa die nach dem Zweiten Weltkrieg und der Erfahrung von nationalsozialistischer und stalinistischer Terrorherrschaft gewachsene Einsicht in die gleiche Würde aller Menschen und die Bedeutung der Menschenrechte. Eigens hebt Johannes XXIII. in diesem Zusammenhang die Rechte der Arbeiter und die Rechte der Frauen hervor. Und er begrüßt den weltweit wachsenden Widerstand gegen die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihrer wirtschaftlich-sozialen Stellung oder ihres Geschlechts. Mit Blick auf das Völ-

kerrecht äußert der Papst seine Sorge über den Kalten Krieg und das „Gleichgewicht des Schreckens“ als scheinbar einzige Option der Friedenssicherung. Hoffnung gibt ihm in diesem Zusammenhang die Gründung der Vereinten Nationen im Jahr 1945.

Das Neue und Aufsehenerregende an dieser Rede von den „Zeichen der Zeit“ war 1963, dass der Papst diese eben nicht nur als äußere Ereignisse in der Welt betrachtet, die die Kirche bloß zur Kenntnis nimmt, sondern als Erfahrungen, die die Kirche in der Welt selbst macht und die auch das kirchliche Denken, Reden und Handeln prägen. Die Welt ist für die Kirche damit nicht mehr nur ein Lehrort, an dem zeitlose Wahrheiten verkündet werden, sondern sie ist zugleich auch ein Lernort für die Kirche.

DAS WAGNIS DER ÖFFNUNG

Bereits in seiner Rede „*Gaudet Mater Ecclesia*“ zur Eröffnung des Konzils am 11. Oktober 1962 zeigte sich Papst Johannes XXIII. betrübt über jene Kritiker des *Aggiornamento*, „die zwar von religiösem Eifer brennen, aber nicht genügend Sinn für die rechte Beurteilung der Dinge noch ein kluges Urteil walten lassen“ und sich deshalb nicht auf das Wagnis einer Kirche in der Welt einlassen wollten. „Sie meinen nämlich, in den heutigen Verhältnissen der menschlichen Gesellschaft nur Untergang und Unheil zu erkennen. Sie reden unablässig davon, dass unsere Zeit im Vergleich zur Vergangenheit dauernd zum Schlechteren abgeglitten sei. Sie benehmen sich so, als hätten sie nichts aus der Geschichte gelernt, die eine Lehrmeisterin des Lebens ist, und als sei in den Zeiten früherer Konzilien, was die christliche Lehre, die Sitten und die Freiheit der Kirche betrifft, alles sauber und recht zugegangen. Wir aber sind völlig anderer Meinung als diese Unglückspropheten, die immer das Unheil voraussagen, als ob die Welt vor dem Untergange stünde. In der gegenwärtigen Entwicklung der menschlichen Ereignisse, durch welche die Menschheit in eine neue Ordnung einzutreten scheint, muss man viel eher einen verborgenen Plan der göttlichen Vorsehung anerkennen.“

Diesen Geist einer aus tiefem Gottvertrauen genährten Zuversicht atmet auch die Enzyklika *Pacem in Terris*. Und wenn man sie nach fünfzig Jahren wieder zur Hand nimmt und neu liest, kann sie mit dieser Zuversicht eine bleibende Ermutigung sein. Christen sollten nicht die pessimistischen Untergangspropheten der Gegenwart sein, die nur fortwährend die Säkularisierung und den Verlust christlicher Werte beklagen. Das christliche Erbe ist nach wie vor sehr lebendig in Deutschland und Europa. Auch heute können und sollen Christinnen und Christen selbstbewusst in die Welt hinausgehen und Politik und Gesellschaft aus christlicher Weltverantwortung mitgestalten.

Nuovo Cinema Paradiso

Von kirchlicher Zensur zu theologischer Orientierung –
das „Handbuch Theologie und Populärer Film“

KARL-JOSEF KUSCHEL

Geboren 1948 in Oberhausen, lehrt Theologie der Kultur und des interreligiösen Dialogs an der Fakultät für Katholische Theologie der Eberhard Karls Universität Tübingen. Er ist Verfasser des Buches „Weihnachten bei Thomas Mann“ (2008). Zuletzt erschien: „Leben ist Brückenschlagen. Vordenker des interreligiösen Dialogs“ (2011).

Thomas Bohrmann, Werner Veith, Stephan Zöller (Hrsg.): *Handbuch Theologie und Populärer Film*, Band 3, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2012, 377 Seiten, 39,90 Euro.

Schauplatz der Handlung: ein verschlafenes Dorf im Sizilien der 1950er-Jahre. Der Pfarrer des Ortes lässt sich im Kino die neuesten Filme vorführen. Und immer, wenn eine leidenschaftliche Liebesszene über die Leinwand flimmert, läutet er ein Glöcklein als Signal für den Filmvorführer: Moralisch verwerflich! Diese Szene muss aus dem Streifen herausgeschnitten werden!

Zu sehen ist diese Szene in dem Film „Nuovo Cinema Paradiso“, den der italienische Regisseur Giuseppe Tornatore 1988 gedreht hat. Der gezeigte Vorgang hat für ihn tief symbolische Bedeutung. Er soll Zuschauern von heute signalisieren: Das waren noch Zeiten – und wenige

Jahrzehnte sind sie erst her –, als katholische Pfarrer noch Filmzensur spielen konnten, als die Kirche noch als Wächterin von Sitte und Moral einem Massenmedium wie dem Film gegenüber auftreten konnte mit der Macht, das „Unsittliche“ zu verbieten. Peter Hasenberg, seit 1989 Vorsitzender der Katholischen Filmkommission für Deutschland, Mitherausgeber der Zeitschrift *FILMDIENST* und Mitglied im Projektleiterkreis der Forschungsgruppe „Film und Theologie“, hat in seinem Beitrag nicht zufällig auf die eingangs geschilderte Szene aufmerksam gemacht und aus ihr für die Anfänge der kirchlichen Filmkritik gefolgt: „Für das Verhältnis von Kirche und Film kristallisierten sich sehr schnell zwei Grundeinstellungen heraus, die bis heute in der Medienarbeit zu finden sind: Die eine Position betont die Risiken, die andere die Chancen des neuen Mediums. Die Kirche äußert sich in der Funktion des Wächters und Mahners zu Medienentwicklungen.“

Die Haltung der katholischen Kirche, vor allem der Amtskirche, gegenüber dem Film in den Anfangsjahren entsprach dem weitverbreiteten bürgerlichen Standpunkt. Kino wurde vor allem als Bedrohung für die Jugend gesehen. Die Argumente der Diskussion waren nicht neu: Das Massenmedium Film bot noch einmal in verschärfter Form all die Probleme, die sich mit der sogenannten Schmutz- und Schundliteratur schon ergeben hatten.“ Kurz: „Kirche und Kino erschienen anfangs wie zwei unvereinbare ‚Welten‘.“

Und man erinnert sich in der Tat noch lebhaft an die von den Kirchen mitgetragene Moralkampagne gegen angebliche „Skandalfilme“ wie „Die Sünderin“ (mit der jungen Hildegard Knef) von 1951 oder „Das Schweigen“ von 1963, das den

schwedischen Regisseur Ingmar Bergman weltberühmt machen sollte.

Peter Hasenbergs Beitrag „Mehr als Skandalfilme [...] Geschichte und Ziele der katholischen Filmarbeit in Deutschland“ findet sich in dem 2012 erschienenen Band *Handbuch Theologie und Populärer Film*. Damit liegt jetzt der dritte und letzte Band dieses „Handbuchs“ vor. Die drei Herausgeber, allesamt katholische Theologen mit einem Schwerpunkt in Sozialethik, Thomas Bohrmann (München), Werner Veith (zuletzt Augsburg) und Stephan Zöller (München), hatten schon 2002 den ersten und 2009 den zweiten Band publiziert. Und schon die drei Stichworte im Titel „Handbuch“, „Theologie“ und „populärer“ Film signalisieren, wie weit man mittlerweile von den Anfängen kirchenamtlichen Misstrauens gegenüber dem Medium Film entfernt ist.

NICHT ZENSIEREN, SONDERN ZUM DISKURS BEFÄHIGEN

Drei Entwicklungen haben diese Entspannung begünstigt: Zum einen ist in gut einhundert Jahren – beschleunigt durch technologische Entwicklungen ungeahnten Ausmaßes (Stichwort: „Internet“) – der Film zu einem festen Bestandteil der Wirklichkeitswahrnehmung von mehreren Hundert Millionen Menschen geworden. Das medial vermittelte Sehen mit seinen Chancen (Aufklärung und Bereicherung) und Risiken (Verführung und Manipulation) hat sich derart behauptet, dass es aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken ist. Sich dem zu verweigern, wäre wirklichkeitsfremd. Darauf nur kirchlich verengt und moralinsauer zu

reagieren, ginge an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbei. Gerade der „populäre Film“ – auf den die Herausgeber sich ohne jeden Anflug kulturpessimistischer Verachtung für das nur „Populäre“ konzentrieren, Filme also mit international größter Wirkung bei einem „Massenpublikum“ – spiegelt Zeitströmungen wider, die gedeutet werden wollen und müssen. Angesichts dieser für hochkomplexe Informationsgesellschaften wie die unsrige typischen Entwicklungen brauchen Menschen nicht kirchenamtliche Stimmungsmache gegen einen verflachten Massenkonsum oder Entrüstung über skandalisierte Einzelfilme, sondern Orientierung und sachliche Auseinandersetzung mit dem ganzen Spektrum „Film“. Kurz: Die Menschen brauchen theologisch fundierte Diskursfähigkeit. Als zusammenfassendes und die Entwicklungen aufarbeitendes „Handbuch“ will auch der verlegte dritte Band zu dieser Diskursfähigkeit beitragen. Das ganze Unternehmen heißt denn auch bewusst nicht „Kirche“, sondern „Theologie“ und „Populärer Film“.

PRODUKTIVE AUSEINANDERSETZUNG

Ein *Zweites* kommt hinzu. In den großen christlichen Kirchen hat sich seit den 1980er-Jahren eine Filmkritik durchgesetzt, bei der theologischer und zugleich filmästhetischer Sachverstand eine fruchtbare Synthese eingegangen sind. Man respektiert damit zunächst einmal die ästhetischen Eigengesetzlichkeiten des Films als Kunstwerk mit seinen eigenen Möglichkeiten der Erschließung und Deutung von Wirklichkeit. Einem solchen hocharti-

fiziellen und zugleich wirkungsstarken Medium gegenüber ist in erster Linie *Verstehen* angesagt: Hintergrundinformationen zu Entstehung und Machart eines Films, zu Personal vor und hinter den Kameras, zum verfilmt Stoff und seiner visuellen Bearbeitung. Hatte kirchliche verengte Kritik beim Medium Film vor allem Selbstbestätigung des Glaubens gesucht: von pathetischen Bibelfilmen („Die 10 Gebote“) über harmlos-humorvolle Priesterfilme („Pater Brown“) bis zu kitschigen Heiligenfilmen („Das Lied von Bernadette“), sucht theologisch fundierte, diskursfähige Filmkritik heute die Herausforderung für den christlichen „Glauben“ als einem lebendigen Suchprozess. Gerade das „Fremde“, „Sperrige“ und „Rätselhafte“, das also, was Christliches oder Kirchliches nicht sofort bestätigt, kann zu einer produktiven Herausforderung werden.

Dieser Wandel der Filmkritik schlägt sich im dritten Band in einem eigenen Teil nieder: „Kirchliche Filmarbeit“ (Teil B). In schöner ökumenischer Ausgewogenheit werden die Leser gleichermaßen informiert über kompetente katholische und evangelische Filmarbeit, und zwar in allen drei deutschsprachigen Ländern: Deutschland, Österreich und der Schweiz. Wer somit als Leser/-in zum Beispiel die bundesdeutsche Perspektive aufbrechen und sich informieren lassen will über „die Wege des Films in der evangelischreformierten Schweiz“, lese den hochinformativen Beitrag von Christine Stark unter dem schönen Titel „Vom Einbruch der Bilder in ein wortzentriertes Milieu. Über große Rollen und kleine Kabel“. Er beginnt mit dem selbstbewussten Satz: „Die Schweiz mag klein sein, in der kirchlichen Filmarbeit ist sie groß.“

AVATAR, HERR DER RINGE UND JURASSIC PARK

Eine *dritte* Entwicklung kommt hinzu. Seit den 1980er-Jahren hat sich eine Filmforschung auf wissenschaftlichem Niveau etabliert, die auch der Deutung von religiösen oder religiös relevanten Filmen zugutekommt. Teil A des „Handbuchs“ („Perspektiven und Positionen“) trägt dem Rechnung. Eine solche Forschung geht an Filme mit einem sachgemäßen Methodenpluralismus heran und verbindet bei der Analyse von religiösen Themen medien- und religionswissenschaftliche Aspekte. Dabei wird in den einzelnen Beiträgen viel an begrifflichen Unterscheidungen und Kategorisierungen investiert, um der Fülle von „Religionsbezügen“ in unterschiedlichsten Filmen gerecht zu werden, zumal man auch mit dem Faktum rechnen muss, dass solche Religionsbezüge „keineswegs immer einen spezifisch religiösen Sinn haben müssen“. So unterscheidet Thomas Hausmanniger – kulturwissenschaftliche Zugänge zum Film aufnehmend – zwischen affirmativen, neutralen, inversiven und kritischen Bezügen zur Religion. Harald Schroeter-Wittke differenziert zwischen „impliziter und expliziter Religion“ mit dem Ziel, zu klären, inwiefern religiöse Themen im populären Film auch ein legitimes Unterhaltungsbedürfnis der Menschen befriedigen können. Andere Beiträge reflektieren das pädagogische Potenzial des Gegenwartskinos und fragen danach, inwieweit der populäre Film sogar „religiöse Bildung“ (Ingo Reuter) zu leisten imstande ist. Immerhin ist der große Spielfilm wie kaum ein anderes Massenmedium Spiegel unserer pluralen Gesellschaften, ist das mo-

erde Kino wie kaum ein anderer Raum buchstäblich Projektionsfläche von gesellschaftlichen Befindlichkeiten und so Seismograf von Emotionen, Erschütterungen, Ängsten und Hoffnungen, nachzulesen in dem instruktiven Beitrag von Jennifer Milana „Soziologische Annäherungen an den populären Spielfilm“, der die These eindrucksvoll belegt: „Die Glaubensverfasstheit einer Gesellschaft zeigt sich unter anderem auch an Filmen, die in dieser Gesellschaft breiten Raum erfahren.“

Wie sehr das zutrifft, zeigt der dritte und letzte Teil des Handbuchs: zehn umfassende Analysen zu elf kommerziell höchst erfolgreichen Kinoproduktionen, deren Massenerfolg nicht selten Anlass war, sie „seriell“ fortzusetzen. Angefangen von „Avatar“ über die „Herr der Ringe“- und die „Jurassic Park“-Trilogie reicht das Spektrum der exemplarischen Studien bis zu den „Star Wars“-, „Star Trek“- und „Terminator“-Produktionen und der vierteiligen „Shrek“-Serie. Abgerundet wird das Ganze durch ein Kapitel über die Verfilmung des Dan Brown-Bestsellers „The Da Vinci Code“ im Jahre 2006 durch Ron Howard. Diese Kapitel kommen erfreulicherweise auch denjenigen entgegen, die weder die entsprechenden literarischen Vorlagen gelesen noch die Filme je gesehen haben. Denn präzise werden zunächst die zum Teil verwirrenden, über mehrere Teile sich hinziehenden Handlungsstränge rekonstruiert, wird das Nötigste gesagt zur Regie, zu den Figuren und ihren Darstellern, aber auch zur Einbettung in die jeweilige Zeitgeschichte, bevor Bezüge zur Welt der Religionen (im weitesten Sinn) gezeigt, analysiert und eingeordnet werden. Und diese Religionsbezüge sind vielfältig, ob es wie bei der „Herr der Ringe“-Trilogie um den „exis-

tenziellen Kampf Gut gegen Böse“, in den „Star Wars“-Produktionen um das Spiel mit dem mythischen Motiv des „göttlichen Kindes“ geht, „das die Rettung der Menschen und das Heilwerden der Welt bewirkt“, oder in den „Jurassic Park“-Streifen um das durch den technologischen Machbarkeitswahn erzeugte gestörte Verhältnis des Menschen zur Natur, die um ihrer selbst willen geachtet und respektiert werden will.

NICHT BERIESELN, SONDERN BEREICHERN

All diese Analysen haben einen hohen Informations- und zugleich einen hohen Unterhaltungswert, wobei der Beitrag von Matthias Wörther ein besonderes intellektuelles Vergnügen bereitet. Zu den Filmen „The Da Vinci Code“ und „Angels And Demons“ ist hier ein brillant geschriebener „Kurz-Index“ zusammengestellt, der die Machart und das geistige Profil solcher Filme auf Stichworte bringt. Sie reichen von „Abendmahl“ und „Apokalypse“ bis zu „Verschwörungstheorien“, „Wissenschaft“ und „Zeichen“. Das „Handbuch“ wird überdies abgerundet durch eine für alle drei Bände gültige umfassende Bibliografie, durch eine Liste von Internetadressen, eine Filmografie und ein Gesamtregister der einzelnen besprochenen Filme.

So löst dieses „Handbuch“ ein, was Peter Hasenberg stellvertretend für die katholische Filmarbeit als Anspruch erhoben hat: „Katholische Filmarbeit bietet heute zahlreiche Angebote von Orientierung zur Bewertung des Filmangebotes in seiner ganzen Breite. Der Ansatz einer vollständigen Erfassung hat zur Folge, dass neben allen Filmen, die in den Kinocharts Erfolge verbuchen, gerade auch solche Bereiche im Blick bleiben, die von der Filmkritik in der Tagespresse und anderen Filmzeitschriften kaum noch oder gar nicht mehr berücksichtigt werden: Filmkunst jenseits des Mainstream, kleine Dokumentarfilme mit großem Engagement, Kinderfilme mit Anspruch, ausländische Produktionen aus Ländern, die kaum Berücksichtigung finden. Dabei finden auch Filme mit religiös relevanten Themen besondere Aufmerksamkeit [...] Wenn also die katholische Filmarbeit das Glöckchen läutet, wie es der Pfarrer in ‚Nuovo Cinema Paradiso‘ tut, geht es nicht um Zensur, sondern darum, die Aufmerksamkeit zu wecken für Filme, die den Zuschauer nicht einfach berieseln, sondern bereichern.“

Der Krieg, der nicht zu Ende ging

Eindrücke aus Südkorea
sechzig Jahre nach dem Waffenstillstand

MATTHIAS DONATH

Geboren 1975 in Freital, freiberuflicher
Kunsthistoriker und Buchautor.

Seoul, März 2013: ein endlos großer Aufmarschplatz, begrenzt von einem wuchtigen Gebäude mit Freitreppe und Pfeilerhallen. Die steinerne Platzfläche davor ist leer, nur die Fahnen bewegen sich im Wind. Vor dem Platz martialische Denkmäler. Ein aufgeschnittenes, riesenhaft vergrößertes Geschoss ragt über zwanzig Meter in den blauen Himmel. Grimmige Bronzesoldaten stürmen heran. Historisches Kriegsgerät steht nebenan auf einer

Freifläche: Panzer, Flugzeuge, Schiffe. Es sind Eindrücke, die man wohl eher in Nordkorea erwartet hätte, im Reich des Diktators Kim Jong-un, weniger im Süden der geteilten Halbinsel, inmitten der geschäftigen Zehnmillionenmetropole. Das südkoreanische Kriegsmuseum – *The War Memorial of Korea* – demonstriert militärische Stärke und Siegeswillen. Es bedient sich dabei eines bizarren Pathos, das uns in Deutschland nach den Kriegserfahrungen des zwanzigsten Jahrhunderts fremd geworden ist. Aus dem Jahr 2003 stammt die Figurengruppe der anstürmenden Soldaten. Man hätte sie spontan weitaus älter geschätzt.



War Memorial, Seoul, Foto: Matthias Donath

Das Kriegsmuseum ist die offizielle südkoreanische Gedenkstätte für den blutigen Bürgerkrieg, der unzählige Tote kostete und das Land in zwei Teile zerriss. Bis heute ist der Krieg nicht vorbei, sondern war – jedenfalls bis vor Kurzem – lediglich unterbrochen durch einen Waffenstillstand, der vor sechzig Jahren, am 27. Juni 1953, nach mühsamen Verhandlungen geschlossen wurde. Die Demarkationslinie, auf die sich Nordkorea, China und die Vereinten Nationen damals einigten, ist bis heute eine der am stärksten ausgebauten und bewachten Grenzen der Welt. Nie war der Zustand wirklich stabil. Aber so heikel wie jetzt ist er auch lange nicht erschienen: ständige Drohungen, Atom- und Raketentests. Am 8. März hat Kim Jong-un, der „großartige Führer von Partei, Armee und Volk“, das Waffenstillstandsabkommen aufgekündigt. Die nordkoreanische Parteizeitung *Rodong Sinmun* tönte, die Zeit der Entscheidungsschlacht

sei gekommen. Wer vermag sicher zu sagen, ob es sich dabei tatsächlich nur um makabre Rhetorik handelt, mit der internationaler Status und Vergünstigungen erpresst werden sollen?

DER DEUTSCHE BLICK AUF KOREA

Deutschland und Korea werden oft miteinander verglichen, weil sie im Kalten Krieg zwischen den politischen und militärischen Blöcken aufgeteilt wurden. Beide Völker erlebten grausame Kriegshandlungen und litten unter den Folgen der Teilung. Doch auf den zweiten Blick unterscheiden sich die historischen und politischen Umstände fundamental: Während Deutschland in einem Weltkrieg verwüstet wurde, den die Deutschen selbst angezettelt hatten, in dem sie aber

nicht gegeneinander kämpften, litten die Koreaner unter einem mörderischen Bürgerkrieg. Während sich im Norden unter sowjetischem Einfluss ein „Arbeiter- und Bauernstaat“ etabliert hatte, wurde der Süden der Halbinsel von einer antikommunistischen Regierung beherrscht. Der Krieg begann am 25. Juni 1950, als die nordkoreanische „Volksarmee“ die Grenze am 38. Breitengrad überschritt und fast die ganze Halbinsel eroberte. Nur durch das Eingreifen einer Armee der Vereinten Nationen, die zu zwei Dritteln aus US-Truppen bestand, konnte ihr Vormarsch aufgehalten werden. Bei den Kampfhandlungen starben drei Millionen Koreaner. Das heißt: Etwa zehn Prozent der Einwohner der Halbinsel kamen ums Leben. Der Krieg zerstörte alle größeren Städte des Landes, riss Familien auseinander und entwurzelte eine ganze Generation.

Vor diesem Hintergrund ist kaum zu verstehen, wie wenig sichtbare Spuren

diese tragische Vergangenheit im südkoreanischen Alltag hinterlassen hat. Aus der deutschen Erfahrung ist man zu glauben geneigt, dass die Menschen Orte brauchen, um zu trauern – und um über Schuld und Versöhnung zu sprechen. Doch in Südkorea scheinen solche Orte zu fehlen. Der Krieg, der vor sechzig Jahren eingestellt wurde, ist nicht mehr präsent – vielleicht, weil er als schwelende Drohung fortbestand? Fragt man die ältere Generation, dann erzählt sie nicht vom Krieg, sondern von Armut und Hunger, die sich als bittere Erfahrung in das Gedächtnis eingebrannt haben. Ihre Lebensgeschichten sind eng mit dem wirtschaftlichen Aufstieg des Landes verbunden, das sich innerhalb weniger Jahrzehnte von einer der ärmsten Nationen Asiens zur zehntgrößten Wirtschaftsmacht der Welt entwickelte. Mit dieser Erfolgsgeschichte identifizieren sich die Südkoreaner offenbar. Der Krieg spielt dagegen keine Rolle.



War Memorial, errichtet 2003, Foto: Matthias Donath



Südkoreanische Soldaten im War Memorial, Foto: Matthias Donath

Erst 1994 wurde in Seoul auf dem früheren Gelände des Hauptquartiers der südkoreanischen Streitkräfte das *War Memorial* eröffnet – eine Mischung aus Museum, Gedenkstätte und Freizeitpark. Der Koreakrieg wird hier haarklein nacherzählt. Die Gegenseite aber – und das macht die Schwierigkeit des Gedenkens aus – hat kein Gesicht. Einerseits prangert das Museum die Bedrohung aus dem Norden an, andererseits vermeidet man alles, was den Eindruck erwecken könnte, dass das nordkoreanische Volk der Feind sei. Das Totengedenken – ein Wasserbecken im Sonnenlicht symbolisiert die Schöpferkraft der Nation – geht mit der Aufforderung zur Wehrbereitschaft einher. Und so scheinen es vor allem Einheiten der südkoreanischen Armee zu sein, die das *War Memorial* besuchen. Sie verlassen es mit der Botschaft, dass ihre Republik der einzige legitime Vertreter des koreanischen Volkes sei.

UND DIE EINHEIT?

Unter den ästhetisch eher fragwürdigen Denkmälern, die das Museumsgelände umgeben, befindet sich auch die Friedensuhr. Mit süßlichem Realismus soll sie die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung der geteilten Halbinsel ausdrücken. Offenbar eine fast abgeschriebene Hoffnung, steht doch das Denkmal – wie abgeschoben – an der Parkplatzzufahrt. Auf einem Bronzepfeiler aus zerbrochenen Waffen klammert sich ein Mädchen an eine Uhr, die jene Zeit anzeigt, zu der am 25. Juni 1950 der Koreakrieg begann. Eine Frau, die das Mädchen aufzurichten versucht, schultert eine zweite Uhr mit der aktuellen Uhrzeit. Sie soll eines Tages durch eine Uhr ersetzt werden, die den Zeitpunkt der friedlichen Wiedervereinigung angibt. Diese Uhr steht schon bereit. Doch die Schrift auf der Granittafel, die davon berichtet, ist längst verwittert.

Die Hoffnung auf Wiedervereinigung wurde in meinen Gesprächen nur von wenigen Menschen in Südkorea geäußert. Das liegt wohl auch an der totalen Abschottung der Landesteile. Anders als im Deutschland des Kalten Kriegs ist zwischen den Einwohnern der beiden Nachbarländer keinerlei Kontakt möglich – keine Besuche, keine Briefe, keine Telefonate. Die Lebenswelten haben sich in fast sieben Jahrzehnten vollkommen auseinanderentwickelt. Umfragen bestätigen, dass nur wenige Südkoreaner mit einer Wiedervereinigung rechnen. Aber wird die Frage der Vereinigung im Süden entschieden werden? Was wird man tun, wenn die Bevölkerung Nordkoreas nach einem Ende der Diktatur einen Zusammenschluss wünscht?



Denkmal für die friedliche Vereinigung Koreas, errichtet 2002,
Foto: Matthias Donath

EIN BISSCHEN GESCHICHTE DARB SEIN

Zur Entfremdung der beiden Landesteile hat vermutlich auch beigetragen, dass man in Südkorea die Erinnerung an den Koreakrieg und die dramatischen Ereignisse des zwanzigsten Jahrhunderts weitgehend verdrängt. Heute wirkt Seoul wie eine geschichtslose Millionenstadt, in der alle Spuren der Vergangenheit getilgt zu sein scheinen. Nirgendwo erfährt man, dass die alte Hauptstadt im Koreakrieg mehrfach zwischen den Kriegsparteien hin- und herwechselte, dass sie zweimal von den Nordkoreanern eingenommen und in Straßen Schlachten wieder zurückerobert wurde. Eines der wenigen Gebäude, das den Krieg überstand, war der 1926 erbaute Gouverneurspalast der einstigen japanischen Kolonialmacht. In dem mächtigen Kuppelbau wurde 1948 die Republik Korea gegründet und 1950 die Rückeroberung der Hauptstadt aus nordkoreanischer Hand gefeiert. Bis 1985 war das Gebäude der Sitz der Nationalversammlung. 1995 allerdings ordnete der südkoreanische Präsident Kim Young-sam den Abriss des Gebäudes an. Das symbolträchtige Bauwerk wurde mit der Begründung abgetragen, dass man nicht mehr an die japanische Kolonialherrschaft erinnert werden wolle. Nachdem man den authentischen Ort beseitigt hatte, wurde



Galerie des Koreakrieges, Seoul, Foto: Matthias Donath

im *War Memorial* ein Pappmodell aufgestellt.

Heute steht dort, wo sich einst das Herz der südkoreanischen Politik befand, ein nachgebautes Palasttor. Es steht für die Herrschaft der koreanischen Könige und damit für die kulturellen Traditionen des Landes vor der japanischen Besetzung und vor den schmerzvollen Erfahrungen des zwanzigsten Jahrhunderts. Ein bisschen Geschichte darf also sein, sofern sie nicht verstört.

Im geschäftigen Verkehr der großen Hauptstraße, die auf dieses Tor zuführt, übersieht man leicht den einzigen innenstädtischen Gedenkort des Koreakriegs: In privater Initiative wurden auf dem Fußweg Tafeln aufgestellt, die eindringliche Fotos des vergessenen Kriegs zeigen. Auf die Open-Air-Galerie machen Flaggen jener Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen aufmerksam, die 1950 Soldaten und Hilfskräfte auf die Halbinsel schickten und so den nordkoreanischen Angriff zurückschlugen. Es soll ein Dank an die

Nationen sein, die Korea in tiefster Not nicht im Stich ließen. Dass sich so viele Länder damals am Einsatz der Vereinten Nationen beteiligten – sogar das kleine Luxemburg schickte Soldaten –, überrascht auch die europäischen Besucher. Für uns Deutsche ist der Koreakrieg kaum mehr als eine Episode aus dem für viele inzwischen schon fernen Kalten Krieg. Dass dieser mehr als zwanzig Jahre nach seinem Ende in Europa in einer anderen Weltgegend doch noch in einen heißen Krieg umschlagen könnte, ist eigentlich eine absurde Vorstellung. Eine Versicherung gegen einen Atomkrieg liegt darin freilich nicht. Es könnte schließlich auch geschehen, was niemand für möglich hält.

Der Krieg ging vor sechzig Jahren in Korea nicht zu Ende. Im Alltag Südkoreas ist er nicht präsent. Dennoch liegt er wie ein großer dunkler Schatten über der koreanischen Gesellschaft. Ein Schatten, der vorhanden ist, selbst wenn man alles tut, um die Augen davor zu verschließen.

„Nerv uns nicht, denk an den 17. Juni!“

Entschlüsselung eines deutschen und europäischen Datums

LUTZ RATHENOW

Geboren 1952 in Jena, deutscher Lyriker und Prosaautor, seit März 2011 Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen.

„Vom 17. Juni will ich die nächsten Monate nichts mehr hören“, sagte ein Redakteur nach dem überstandenen fünfzigsten Jahrestag des Volksaufstands in der DDR. Kräftig, oft würdig, aber mitunter auch nur ritualisiert war seiner gedacht worden. So heftig und vielfältig, als ob wir die Jahre danach Ruhe vor diesem Datum haben wollten. Was uns dieser Tag wirklich wert

ist, wird sich daher 2013 zu seinem sechzigsten Jahrestag zeigen, wenn uns die Jubiläumszahl weniger fordernd zum Gedenken mahnt.

Gedenken muss auch ohne gesetzliche Vorgaben möglich sein, wie der 17. Juni zeigt. Viel Material wurde gefunden und beschrieben. Jetzt könnte die Debatte über die nationalen und europäischen Dimensionen der Ereignisse beginnen. Das Datum markierte ja bekanntlich eine der ersten klaren Unzufriedenheitsbewegungen im realsozialistischen Nachkriegseuropa – mit konkreten Erinnerungsorten, an denen sich diese Bewegungen zum Aufstand aus-

weiteten. Das ist mehr, als deutsche Diktaturgeschichte in der Regel zu bieten hat.

Für die aktuelle politische Wirkung sollte allerdings bedacht sein: Trotz aller großen Koalitionen der Erinnerer quer durch die Parteien dürfen wir nicht vergessen, dass der 17. Juni zumindest die Bevölkerung der ehemaligen DDR weiterhin spaltet.

DER ALLTAG DAZWISCHEN

Die demonstrierenden Bauarbeiter kamen zwar 1953 aus der ganzen DDR. In Halle, Leuna, Magdeburg oder Jena ereigneten sich damals Aufstandsversuche, in Neubrandenburg oder Suhl hingegen geschah fast nichts. Auch deshalb sind Erinnerungen von Menschen an zentrale geschichtliche Ereignisse oft asynchron. Hinzu kommt: Die DDR-Geschichte bestand nicht allein aus dem 17. Juni und dem Ende 1989. Auch im Alltag dazwischen gab es nicht nur Alltägliches. Viele kleine Akte des Ungehorsams und des Widerstandes nach 1953 und vor 1989 sind wichtig, um zu begreifen, wie das Leben in der DDR und die repressive Macht- ausübung oft engstens zusammenhingen. Der 17. Juni lässt uns heute über Diktaturprävention nachdenken. Er könnte ein Datum sein, zu dem Privates und höchst dramatisch Politisches zusammenkommen.

Der 17. Juni begleitete mein Leben, gerade weil er in der DDR kein Feiertag sein durfte. Er schien das Kürzel für Krise, Schock, Ausnahmezustand zu sein. Als ich im Frühjahr 1977 als Transporthilfsarbeiter beim VEB Carl Zeiss Jena einrückte, schob ich meinen Wagen für den

Transport diverser abgepackter Gläser durch die Hallen des Hauptwerkes. Am zweiten oder dritten Tag stupste mich ein altgedienter Arbeiter auf die Schulter. Er hatte Wind davon bekommen, dass mehrere Freunde und ich kurz zuvor von der Universität geflogen waren – die Reaktion auf unsere Proteste gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns, bei der es zu fünfzig Hausdurchsuchungen und zehn Verhaftungen gekommen war. Der Zeissianer, der wie meine Großväter sein Berufsleben lang nur in diesem einen Betrieb gearbeitet hatte, begann mit einer Standpauke: „Willkommen bei der herrschenden Arbeiterklasse. Nun ist Schluss mit lustig. Das habt ihr von eurem Protest. Ihr wart schon ziemlich mutig und erfolgreich, wenn sie so viele Stasileute aufmarschieren lassen. Und wenn ihr noch mehr Erfolg gehabt hättest, dann wären die Panzer gekommen. Wie am 17. Juni. Dann wird geschossen, und es fließt Blut. Also freu dich deines Lebens. An die Arbeit!“ Er drehte sich um und ging.

MIXKAFFEE UND UNGEHORSAM

Das Datum spielte nochmals eine Rolle – während meines halben Hilfsarbeiterjahres. Die DDR wollte gerade wieder einmal Devisen sparen und führte 1977 den Mixkaffee ein, eine inzwischen fast vergessene Errungenschaft aus Originalkaffee und geriebenen Möhren und anderen, keinesfalls gesundheitsschädlichen Zusatzstoffen. Die Arbeiter und Angestellten würdigten den herzsichnenden und ökologischen Aspekt nicht. Sie mokierten sich zwei Tage lang über die ausgeschenkte Mixkaffee-

brühe in der Kantine, die schwärzer wirkte und auch nicht sehr nach richtigem Kaffee schmeckte. Daraufhin arbeiteten sie zwei Tage lang mit äußerst gebremstem Eifer. „Streiks sind ja verboten“, sagte ein Kollege. „Ich halte mich an Verbote, aber wenn ich keinen richtigen Kaffee bekomme, fällt mir alles aus den Händen.“ Zum Beweis entglitt ihm der Deckel einer Glasschüssel, den er, weil er nicht kaputtgegangen war, wieder aufhob, um ihn noch kräftiger auf den Boden zu werfen, sodass er nun endlich zersprang. Danach kehrte der Kollege befriedigt und sorgfältig die Scherben zusammen. Es sollte sich ja keiner verletzen.

Ich erlebte damals manche Diskussionen, bei denen der 17. Juni eine diffuse Rolle spielte. Wartend vor einem Fahrstuhl, dialogisierten zwei ältere Arbeiter über die damaligen und heute möglichen

Demonstrationsrouten – konsequent im Konjunktiv, als ob sie gar nicht von sich selbst sprachen. Es war ein kabarettreifer Dialog über Durchfahrten unter Berücksichtigung aktueller Baustellen. Der oktroyierte Mixkaffee war im Grunde eine Bagatelle. Allerdings blieben die Reaktionen nicht ohne Wirkung. Am dritten Tag schenkte die Kantine zusätzlich wieder richtigen Kaffee aus.

Bedenkt man diese Wirkung, wird einem klar, wie instabil die Ruhe der DDR war. Dabei wirkte das Juni-Datum als Drohung fort – und zwar als gegenseitige. Nicht jeder hat sich das trauen können, was mir ein Arbeiter erzählte. Er habe ein Überredungsgespräch mit seinem Vorgesetzten zu irgendeiner gesellschaftlichen Aktivität mit dem Hinweis beendet: „Nerv uns nicht zu sehr, denk an den 17. Juni!“

„Affekte und Effekte“

Verdi und Wagner feiern 200. Geburtstag und
bleiben sich so fremd wie eh und je

KARL-HEINZ OTT

Geboren 1957 in Ehingen an der Donau, Studium der Philosophie, Germanistik und Musikwissenschaft, Schriftsteller, Essayist und literarischer Übersetzer.

So häufig, wie die Namen Verdi und Wagner in ihrem 200. Geburtsjahr in einem Atemzug genannt werden, könnte man meinen, sie gehörten ganz selbstverständlich zusammen. Was insofern nicht ganz falsch ist, als sie nicht nur die bedeutendsten Opernkomponisten des neunzehnten Jahrhunderts, sondern – gemeinsam mit

Mozart – die bedeutendsten überhaupt sind. Woran sich vermutlich auch nichts mehr ändern wird, zumal während des zwanzigsten Jahrhunderts wenige Opern geschrieben wurden, die ins Repertoire Eingang fanden. Und es spricht vieles dafür, dass diese Kunstgattung ihren Höhepunkt mit Wagner und Verdi erreicht hat. Danach war kaum noch eine prinzipielle Erweiterung der Oper möglich, zumindest nicht in formaler Hinsicht. Denn die beiden hatten die bis dahin übliche und äußerst übersichtliche Rezitativ-Arien-Struktur aufgelöst und die Oper in ein hochdramatisches Musiktheater verwan-

delt, das man nicht mehr als Hitparade genießen konnte, bei der die Sänger nach jedem virtuosen Rampenauftritt stürmisches Beklatschen wurden.

Seit Wagner und Verdi ist es vorbei mit dem reinen Schöngesang und virtuosen Koloraturengetriller, die zuvor im Mittelpunkt standen. Die Oper soll nun nicht mehr in erster Linie dem kulinarischen Genuss dienen, sondern in ganz anderer Weise aufwöhlen, als es der bloße Belcanto vermochte. Wagner ist in dieser Hinsicht noch kühner als Verdi, dessen *Italianità* selbst in seinen anspruchsvollsten Opern noch für einen melodiösen Fluss sorgt, dem man sich leichter überlassen kann als Wagners wilden Klanggewalten. Schließlich lebt Verdis Musik selbst in seinen düstersten Werken noch von einem *Chiaroscuro*, einem Licht- und Schatten-Spiel, das starke Kontraste bietet, während vor allem der spätere Wagner uns in einen Strudel hineinzieht, bei dem es kein Bremsen und Halten mehr zu geben scheint und uns jede Orientierung zu verlassen droht. Einzig seine berühmten Leitmotive bilden noch einen kleinen Rettungsanker, der aber wenig an dem Gefühl ändert, in uferlosen Klangwogen unterzugehen. Wozu auch die schiere Endlosigkeit so mancher Wagner-Oper beiträgt.

TRANSPARENZ HIER, PSYCHEDELISCHES DORT

Verdis Musik dagegen bleibt selbst dort, wo sie tobt und brüllt, transparent. Und sie lädt auch weit häufiger zum Mitsummen und Nachsingen ein. Bei Wagner

kommen einem wenige Gesänge in den Sinn, die sich nachträgeln lassen. Zwar sind sein Matrosenchor und sein Walkürenritt längst ins allgemeine Wiedererkennungsprogramm eingegangen, doch allein aus Verdis *La Traviata* und *Rigoletto* kennt so gut wie jeder, zumindest vom Hören, ein Dutzend Arien und Chöre. Verdi kann auch solchen nah sein, die auf Klassik pfeifen, während Wagner wie kaum ein anderer Komponist zur Entscheidung zwingt: Entweder ist man für ihn oder gegen ihn. Meist spielen dabei nicht nur musikalische, sondern auch weltanschauliche Gründe eine Rolle. Bei Verdi hingegen käme es niemandem in den Sinn, vor seiner Musik ideologische Barrieren aufzurichten. Dabei sind es meist Barrieren, die Wagner selbst aufgetürmt hat und die sich nicht bloß der Tatsache verdanken, dass einige seiner Nachfahren Bayreuth zu einer Kultstätte der Nazis gemacht haben.

STECKBRIEFLICH GESUCHT

Dabei war Wagner ein Revolutionär. 1849 gehörte er zusammen mit dem russischen Anarchisten Bakunin zu den Anführern der Dresdner Aufstände, durch die der sächsische König gestürzt und eine Republik ausgerufen werden sollte. Worauf er steckbrieflich gesucht wurde, in die Schweiz floh, dort den Revolutionsdichter Georg Herwegh kennenlernte und mit ihm eine Zukunft herbeifantasierte, in der sich das Volk in der Kunst wiedererkennen und die Kunst dem Volk einen neuen Halt und Sinn bieten sollte.

Wenn wiederum zur gleichen Zeit in Italien der scheinbar unpolitisch klingende Jubelruf *Viva Verdi!* erschallte, galt das nur bedingt dem Komponisten und seinen Gesängen, vielmehr versteckte sich dahinter eine Abkürzung mit revolutionärer Botschaft, die lautete: *Viva Vittorio Emmanuele, Re d’Italia*. Vittorio Emmanuele sollte der erste König eines geeinten, von österreichischer Fremdherrschaft befreiten Italien werden, das von der Lombardei bis Sizilien reicht und nicht mehr aus einem Dutzend Kleinstaaten besteht. Jenes Italien, das inzwischen beinahe wieder zu zerbrechen scheint, galt damals noch als Zukunftsmusik, und weil Verdi dazu die Befreiungschöre lieferte, gilt er bis heute als der eigentliche Held des Risorgimento.

In Deutschland war die Revolution misslungen, in Italien die Vereinigung schließlich gelungen. Als der stets mittellose, aber gern auf großem Fuß lebende Wagner den bayerischen Märchenkönig kennenlernte, war ihm auch die Revolution nicht mehr viel wert, zumal ihm Ludwig II. von da an so gut wie alle Wünsche erfüllte. Verdi hatte um diese Zeit bereits ein Werk geschaffen, das allein vom Umfang her dasjenige Wagners um ein Vielfaches überstieg. Allerdings fühlte er sich auch nicht wie Wagner ständig dazu aufgerufen, programmatische Traktate über die Zukunft der Musik und allerlei andere Gegenstände zu verfassen. Verdi verstand sich als Komponist und nicht als kunstphilosophischen Lehrmeister, der metaphysische Grundsatzfragen wälzen und der Welt neue Wege weisen muss. Vor allem wäre Verdi niemals auf die Idee gekommen, eine tollwütige Schrift gegen „Das Judentum in der Musik“ zu verfassen,

in der es heißt, dass Juden keinerlei Sinn für alles Ursprüngliche, Natürliche und Volkstümliche besitzen und deshalb nur einen seelenlosen Stilmischmasch zu stande bringen, dem alles Eigene und Echte fehlt. Das behauptet ausgerechnet ein Komponist wie Wagner, dessen Musik vor allem vom Willen zur Wirkung lebt! Ihr irisierendes Glitzern und Flirren erzeugt schließlich allerlei psychedelische Stimmungen, während ihr Fanfarisches und Triumphalische fürs Gravitative sorgt, wogegen das chromatische Umherirren durch allerlei Tonarten fürs Verstörende und Konfuse zuständig ist und die schiere Endlosigkeit des Klanggewoges im Zuhörer einen Nebel hinterlässt, nach dem sich die einen wie nach einer Droge sehnen, während er anderen Überdruss bereitet und sie müde macht.

AUS „MYSTISCHEM ABGRUND“

Doch trotz ihrer suggestiven Kraft kann diese Musik nur schwer verbergen, wie sehr sie nicht nur gemacht, sondern zum Teil auch reines Gemache ist. Wenn Wagners Schwiegervater Franz Liszt am *Ring* dessen „Affekte und Effekte“ rühmt, bringt er damit ohne jede kritische Absicht zum Ausdruck, worauf es dieser Musik vor allem ankommt, nämlich auf ihre theatrale Wirkung. Wie kaum ein anderer Komponist ist Wagner denn auch zum Wegbereiter solcher Filmmusiken geworden, die aus wabernden Sounds, prickelnden Gruselklängen, aufbrausenden Orchesterböen und symbolträchtigen Leitmotiven bestehen. Bekanntlich war es auch Wagners ureigenste Idee, das

Orchester in seinem Bayreuther Festspielhaus ins Unsichtbare zu verbannen, um damit die Illusion eines aus unheimlichen Tiefen heraufsteigenden Klanggeschehens zu erzeugen. Der Zuhörer und Zuschauer sollte die Klänge so gut wie nicht verorten können, sondern so erleben, als entstiegen sie, wie Wagner formuliert, einem „mystischen Abgrund“. Auch damit weist er auf jenes Lichtspieltheater voraus, das sich Kino nennt und seit den Anfängen des letzten Jahrhunderts die Oper wenn nicht abgelöst, so doch an Popularität bei Weitem übertrffen hat.

EINFÜHLUNG ODER KOSMISCHE ENTGRENZUNG

Verdi hingegen sieht sich auf ganz selbstverständliche Weise in einer großen Operntradition und spürt mitnichten das Bedürfnis in sich, öffentlich über den Sinn des Seins im Ganzen nachzugrübeln, wogegen Wagner sich berufen fühlt, das urdeutsche romantische Projekt einer neuen Mythologie vollenden zu müssen. Weil er dem Christentum reserviert gegenübersteht und es als im Schwinden begreift, sucht er bei Mythen Zuflucht, die in der germanischen Welt spielen. Nornen und Nibelungen, Zwerge und Walküren, Götter und Rheintöchter, Wälder und Burgen, Höhlen und Grotten bebildern seine Weltbühne, derweil wir bei Verdi Vätern, Töchtern, Söhnen und Müttern, Herrschern und Unterjochten begegnen, wie jeder sie kennt, selbst wenn sie Könige oder Hofnarren sind. Sie tragen so gängige Namen wie Philipp und Alfred, Elisabeth und Luise, während Wagners Gestalten Wotan

und Fricka, Alberich und Erda, Brünnhilde und Kundry heißen und für teutonische Mächte stehen, die eher Grusel als Nähe erzeugen. Entsprechend klingt Wagners Musik, die immerzu überwältigend wirken will und unentwegt stöhnt und schwitzt und tost und tobt und sich stundenlang in chromatischen Wirrnissen ergeht. Nur merkt man ihr eben auch an, dass sie einen mit aller Gewalt packen, verführen und hypnotisieren will. Was ihr durchaus gelingt, vor allem im ätherisch-sphärischen Gefirre und Geflimmer des *Lohengrin*-Vorspiels oder in Isoldes Todesgesang „Mild und leise“, der schon deshalb, weil er ein vielstündiges ozeanisches Wüten, Wogen und Wallen beendet, etwas Erlösendes besitzt.

Anders als Wagner wollte Verdi nie verblasste Mythen wiederbeleben. Er holte sich seine Stoffe von Shakespeare, Schiller, Victor Hugo und aus der Bibel. Er konfrontiert uns nicht mit archaischen Helden- und Zaubergestalten, sondern mit unseresgleichen. Es geht bei ihm um Vater-Sohn- und Ehekonflikte wie in *Don Carlos* oder um solche zwischen Vater und Tochter wie in *Rigoletto*. Meist spielt dabei das Familiäre ins Politische hinein und umgekehrt. Man kann sich in diese Figuren selbst dann einfühlen, wenn man sie nicht sympathisch findet, wie etwa jenen König Philipp aus *Don Carlos*, der einerseits eine gnadenlose Machtinstanz darstellt, andererseits ein einsamer Herrscher in einem riesigen Palast ist, der sich von seiner Frau nicht geliebt fühlt. In ähnlicher Weise mag der bucklige Hofnarr in *Rigoletto* ein furchtbarer Zyniker sein, doch spätestens wenn er – aus eigenem Verschulden – aufs Grausamste seine Tochter verliert, fühlen wir mit ihm.

Entsprechend klingt Verdis Musik, die nie in einen endlosen, strukturlos wirkenden Klangrausch abdriftet, sondern klar erkennbar von Lust und Leid, Verzweiflung und Zorn, Trauer und Rachsucht, Frieden und Ergebung erzählt. Zwar schwappen auch bei Verdi immer wieder mächtige lautmalerische Klangschwaden aus dem Orchestergraben, nur dass es sich dabei so gut wie nie um die musikalische Bebilderung einer kosmischen Entgrenzungsgier handelt, sondern darum, das Entsetzliche entsetzlich und das Gewaltige gewaltig erscheinen zu lassen. Verdi setzt solche Mittel stets situativ ein, während sich Wagners Musik in schwelenden Fieberzuständen befindet.

IRDISCHE KONFLIKTE, BODENLOSES GANZES

Verdis Opern leben von Konflikten, die durch und durch irdisch bleiben, wogegen es bei Wagner schnell ums bodenlose Ganze geht und der Kosmos als solcher bebt. Bei Verdi begegnen wir nirgends mystisch-mythischen Erlösungsvisionen und auch nicht wie im *Tristan* einer Liebesgier, die sich nur in totaler Symbiose erfüllen kann und deshalb auf Erden keinen Platz hat. Eros und Thanatos sind dabei kaum noch auseinanderzuhalten: Jedes Delirieren, das nach restloser Vereinigung schmachtet, besitzt etwas Morbides. Alles oder nichts, dazwischen gibt es im *Tristan* keinen Raum: entweder absolute Erfüllung oder völlige Auslöschung.

Ein König, der wie in Verdis *Don Carlos* um seine Herrschaft bangt und sich nach ein bisschen Liebe sehnt, ist im Ver-

gleich mit den exzentrischen Wesen, die sich bei Wagner nach dem Unendlichen verzehren und aus allerlei Schlünden auftauchen, ein menschliches Würstchen. Bei Wagner muss immer etwas Titanisches, Übermenschliches, Erlösungssüchtiges im Spiel sein, das die irdische Welt noch viel abgründiger und unheimlicher erscheinen lässt, als sie ohnehin schon ist. Obwohl in *Tannhäuser*, *Lohengrin* und *Parsifal* durchaus eine Reihe von christlichen Motiven eine Rolle spielen, kann man sich schlecht vorstellen, dass Wagner wie Verdi ein Requiem geschrieben hätte. Selbst wenn Verdi alles andere als ein Kirchenfreund war, kennt sein Kosmos zwischen dem Diesseits und dem Jenseits eine eindeutige Grenze. Ein Motto wie „Erlösung dem Erlöser!“, wie es am Ende des *Parsifal* auftaucht, wäre Verdi vermutlich absurd vorgekommen.

TEMPEL FÜR DIE PROMINENZ

Überhaupt wäre es Verdi fremd gewesen, die Kunst quasi-religiös zu überhöhen und eines seiner Werke sogar als *Bühnenweihspiel* zu charakterisieren, wie Wagner es mit seinem *Parsifal* tat. Bei Wagner gelangen der romantische Geniekult und die dazugehörige Kunstreligion zu ihrem Höhepunkt, was sich nicht nur an seiner lebenslangen Selbststilisierung erkennen lässt, sondern auch daran, dass er nach einem Ort Ausschau hielt, an dem in einem eigens dafür geschaffenen Tempel nur sein eigenes Werk aufgeführt werden sollte und wohin die Eingeweihten bis heute wie an eine heilige Stätte pilgern.

Allerdings strömen auf dem grünen Bayreuther Hügel nicht Bauern und Handwerker zusammen, um die wiedergewonnene Einheit von Kunst und Volk zu feiern, sondern es versammeln sich an diesem Weihefestspielort die Prominenten und Noblen zum alljährlichen Stelldichein.

Wenn man in Bayreuth seit einigen Jahren versucht, mit einem anarchisch-arachisch-apokalyptischen Regietheater à la Heiner Müller oder Christoph Schlingensief den Anschluss an die Gegenwart zu finden, wird damit die teutonisch-mythische Wagner-Tradition keineswegs beendet, sondern bloß konsequent fortgeführt. Viele von Verdis Melodien sind dagegen tatsächlich volkstümlich geworden, und zwar nicht nur in Italien. „Sono e sarò sempre un paesano delle Roncole“ – „Ich bin und bleibe immer ein Bauer von Roncole“, ist auf einer Tafel in Verdis Geburtsort zu lesen. Ob ihm dieser Satz in den Mund gelegt worden ist oder wirklich von ihm stammt, spielt keine Rolle. Tatsache ist, dass sich Verdi nicht als gottgleiches Schöpfertier aufgespielt hat und sich auch nicht mit dem Geld und Gold eines Märchenkönigs sein eigenes Traumreich errichten wollte.

auch Verdi die herkömmliche Opernform zunehmend auf, wobei allerdings durch seine Musik selbst in ihren dunkelsten Momenten noch ein Rest von südlichem Licht schimmert. Dass Wagner in seinen zahlreichen auskunftsreudigen Schriften den Namen Verdi kein einziges Mal erwähnt, spricht Bände. Am liebsten hätte er ihn wohl als einen beliebigen Nachfolger von Rossini und Donizetti abgetan, dessen Geträller schon deshalb nicht weiter beachtet werden muss, weil es nichts Neues bringt und bloß das gewohnte Belcanto-Geturtel fortführt. Dass es so einfach nicht ist, hat er wohl nur zu gut gewusst.

SÜDLICHES LICHT IM DUNKEL

Was das persönliche Verhältnis der beiden zueinander anbelangt, so hat Wagner seinen italienischen Kollegen schlachtweg ignoriert, während Verdi sich durchaus bewundernd zu Wagner geäußert hat und ihm musikalisch sogar ein Stück weit nachgefolgt ist. Schließlich löste

„Hände weg vom Status quo!“

Martin Mosebach, Literaturpreisträger der
Konrad-Adenauer-Stiftung 2013

MICHAEL BRAUN

Geboren 1964 in Simmerath, Leiter des Referates Literatur der Konrad-Adenauer-Stiftung und außerplanmäßiger Professor für Neuere deutsche Literatur und ihre Didaktik an der Universität zu Köln.

Einer Anekdote zufolge wettete der Berliner Verleger Wolf Jobst Siedler einmal mit dem Historiker Joachim Fest um fünf Euro, dass sie auf dem Kurfürstendamm zur Mittagsstunde keinen Mann mit Krawatte sehen würden. Siedler gewann die Wette – und Fest hatte eine starke These:

Das alte Bürgertum existiere nicht mehr. Jedenfalls nicht in Berlin.

Offenbar aber existiert es doch, zumindest in Frankfurt am Main. Der dort 1951 geborene Martin Mosebach, der sich als Autor von mittlerweile neun Romanen, von reiseliterarischen Werken, Prosa- und Essaybänden einen Namen gemacht und auch Lyrik, Opernlibretti und Hörspiele geschrieben hat, gilt seit Längerem als die berühmte Widerlegung dieser These. Die Kritik spricht von einer Renaissance des Bürgertums in seinen Werken. Der Autor selbst tritt mit dem bürgerlichen Habitus eines Kulturbewahrers auf, der das Erhal-



(c) F.A.Z.-Foto/Helmut Fricke

tenswerte zu erhalten sucht, Taktgefühl als eine „politische Tugend“ schätzt und bekennt, keinen Tag seines Lebens, obwohl in den 68er-Jahren herangewachsen, „mit dem Aufstand gegen Tradition und Autorität zugebracht“ zu haben.

„GUTE MANIEREN“

Es ist wahr, dass Martin Mosebach meist Krawatte (oder Fliege) trägt. Er praktiziert den klassischen Handkuss, von dem der äthiopische Prinz Asfa-Wossen Asserate in seinem Kulturführer durch die europäischen *Manieren* (2003) sagt, er sei eine „kleine Tanzfigur“, die „Selbstachtung, Distanz und Respekt“ ausdrücke. Auch in diesem Sinne darf man Martin Mosebach als einen hochkultivierten Wertkonservativen bezeichnen, der seine Gegenwart an der Überlieferung misst und für jene Ästhetik der bürgerlichen Umgangsformen eintritt, die man eben

„gute Manieren“ nennt. Diese Sitten und Gebräuche sind die „weithin strahlende Oberfläche eines großen Massivs aus Geschichte, Traditionen, Glaube und Moral“ Europas (Asserate).

Träger dieser Manieren ist das europäische Bürgertum, dem die Demokratisierung des Kontinents, der „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (Habermas), das moderne Bildungssystem, aber auch jene säkularisierende Entwicklung der Religion zuzuschreiben ist. An ihr nimmt Mosebach Anstoß, weil es dabei zu dem „Zerfall der hierarchischen und sakramentalen Kirche nach dem II. Vatikanischen Konzil“ gekommen sei.

Zustimmend zitiert er den portugiesischen Philosophen Nicolás Gómez Dávila: „Die Kirche stirbt, wir müssen mit Gott allein sein. Das Gebet ist die einzige intelligente Tat.“ Bei Brecht, der die Bibel schätzte, aber die Kirche mied, habe das Bürgertum sogar bei den Bürgern schlechte Karten gehabt. Diese Selbstdistanz hat der expressionistische

Dichter Jakob van Hoddis vor genau einhundert Jahren in seinem berühmten Gedicht „Weltende“ ironisch kommentiert: Am Beginn der technischen Moderne beunruhigt den Bürger, dem „vom spitzen Kopf der Hut“ fliegt, sein Schnupfen, nicht aber der Weltkrieg, die Mutterkatastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts.

DIE „BUDDENBROOKS“ AM MAIN

War das der philistriöse Anfang vom gar nicht so lustigen Ende des Bürgertums? Davon erzählt Mosebach aus guten Gründen. Seine Romane sind kritische Gesellschaftsstudien aus dem bürgerlichen Milieu, kulturelle Lehrstücke über die feinen Unterschiede, geschult an der Erzähltradition Thomas Manns und Heimito von Doderers. An Manns *Buddenbrooks* (1901), den literarischen Nekrolog auf das Bürgertum, erinnert Mosebachs dritter Roman *Westend* (1992) über Aufstieg und Niedergang eines Immobilienimperiums in der Nachkriegszeit. Die Bankenstadt am Main ist ein Emblem seines Werks, sie ist Handlungsort der Romane *Lange Nacht* (2009) und *Was davor geschah* (2011). Die Stadtarchitektur liest Mosebach als Signatur der Zeit. Auch in seinem Essay *Arme neue Stadt* (2011) plädiert Martin Mosebach für Innenhöfe und Gesimse, nicht für Hochhäuser; interkulturelle Milieus und Mundarten sind ihm lieber als Leuchtreklame und vernachlässigte Stadtparks.

Kein Zweifel, Mosebachs Romanfiguren sind Nachfahren der „Buddenbrooks“. Der Autor weiß um das Schicksal

dieser Stadtbürger mit schlechtem Ge- wissen und hellem Verstand, die ihre patrizische Tradition nur noch als Charaktermaske tragen. Er erspart seinen Romanfiguren aber das elende Schicksal von Thomas Buddenbrook, der im wahrssten Sinne in der Gosse endet: Der Bürgersteig ist nicht mehr gut genug. Mosebachs Romanbürger entledigen sich der Reste des bildungsbürgerlichen Erbes, sie sind Abenteurer auf der Jagd nach Freiheit im Dickicht der Städte – und deshalb auch entlaufene Bürger, die dem Bürgertum abhanden gekommen sind. Diese Hasardeure und Hochstapler nehmen ganz eigene Routen, abseits von Erziehung, Schule, Familie, Staat, stets bereit, wenn auch nicht immer fähig zum „biographischen Bruch“ mit ihrer Bestimmung (Uwe Wittstock). Dieser zögerliche Nonkonformismus bewährt sich auch in fremden Milieus.

Der Indienroman *Das Beben* – 2005 auf der Shortlist für den Deutschen Buchpreis nominiert – und der auf Mosebachs Aufenthalt im indischen Bikaner im Herbst 2006 zurückgehende, 2008 erschienene Reisebericht *Stadt der wilden Hunde* – ein faszinierendes Buch, mit dem man die Mosebach-Lektüre beginnen sollte – erschließen das Heilige in anderen Kulturen. Und das mit humorvollem Distanzblick auf die Fremde: In Bikaner im Nordwesten Indiens gibt es anscheinend keine Bücher und keine Leser, wohl aber einen Bibliothekstempel und einen großen Schriftsteller, dem der deutsche Dichter eine kleine Gefälligkeit erweist. Sie besteht darin, dass er dem indischen Gastgeber, der ihn ungehörig lange warten lässt und dann um seine Meinung über das „unvergleichliche Buch“ bittet, das er geschrieben hat, ein dickes Lob

diktiert. Dieses Lob des „zu Gast weilenden Gelehrten Mr. Martin“ drückt am nächsten Tag die Zeitung.

„STILLEBEN MIT WILDEM TIER“

Was die Kritik an Mosebachs Romanen immer wieder hervorhebt, ist das „Vertrauen in die groteske Wendung und das Auge fürs sprechende Detail“ (Felicitas von Lovenberg), ist die Satzbaukunst, die von „formvollendetem Stil“ zeuge (Andrea Köhler), sind die „federnd wohlgefügten Satzperioden“ (Ijoma Mangold). Diese Stilkunst ist freilich keine artistische Selbstfeier. Jedes Wort, welches das Gewöhnliche ins Kostbare zieht, dient der Durchleuchtung einer sprachverwahrlosten Gegenwart.

Sprachliche Nachlässigkeit ist für Mosebach eine Untugend, weil der Schriftsteller sein Wortmaterial nicht beherrschen darf. Er muss es interpretieren. Seine Aufgabe ist es, die Grenzen der Sprache „zu weiten, sich durch ihre Hindernisse hindurchzuwinden, sie in ein überraschendes Licht zu setzen, sie zu verdunkeln, sie zu verknappen, ihre Wirkung zu steigern, ihren Klang zu inszenieren“, schreibt er in dem Essay *Schriftstellers Deutsch* (2003). Dazu gehört auch ein fantasievoller Umgang mit den Spezialsprachen und Mundarten des Deutschen. Das „Denglisch“, George Bernard Shaw zufolge die am leichtesten schlecht zu sprechende Sprache, bekämpft er, weil es nicht die Wirklichkeit, sondern nur die Zugehörigkeit des Sprechers bezeichne. Fremdwörter toleriert er, solange sie anschaulich bleiben, und würdigt sie – im Gefolge des Frankfurter

Philosophen Adorno – als Goldadern im Körper der deutschen Sprache.

Ein prägnantes Beispiel für Mosebachs Sprach- und Sozialkritik ist *Stilleben mit wildem Tier*, eine der frühen Erzählungen aus dem gleichnamigen Band (2001). Es handelt sich um eine der Miniaturen, in denen Mosebach seine Kunst der Kombination von psychologischer Wahrheit und komischer Plot-Konstruktion unter Beweis stellt; Michael Maar würdigt diese Miniaturen in der Zeitschrift *Sinn und Form* als „kleine hängende Gärten über dem epischen Strom der Erzählung“. Was geschieht? Die neapolitanische Familie Esposito hat in ihrem Wohnzimmer eine stattliche Weihnachtskrippe mit über dreihundert handgroßen Figuren aufgebaut. Während draußen das Stadtleben treibt, regt sich in der Krippenlandschaft eine Maus, verfolgt von einer Katze, die zum Sprung ansetzt und damit ein Desaster im bürgerlichen Wohnzimmer der Espositos anrichtet. „Die Stille ist nicht gestört worden, und doch gleicht das Tal zu Füßen der Heiligen Familie einem Schlachtfeld.“ Dieses groteske Ende der Geschichte kommentiert den Einbruch der Welt-Gewalt in eine zum „Stilleben“ erstarrte Kunst. In klassisch ausgeruhtem Tonfall wird dem religiösen Kunsthanderwerk der Garaus gemacht. Auch diese Skepsis gegenüber einer voreiligen Heiligung der Welt gehört zu Martin Mosebachs bürgerlicher Religion.

WIE HÄLT ER'S MIT DEM CHRISTENTUM?

Seit dem Doderer-Preis (1999) und dem Kleist-Preis (2002) hat sich Martin Mose-

bach zusehends mit Essays zur kulturellen und geistig-religiösen Lage der Zeit geäußert. In der Tageszeitung *Die Welt* plädierte er im Juni 2004 für einen Gottesbezug in der europäischen Verfassung: „Mit Gott in der Verfassung bekennt der entstehende Riesenstaat, daß er nicht perfekt ist und nicht perfekt sein kann.“ Nicht selten polarisiert der Autor mit kontroversen Thesen. So zieht Mosebachs Büchner-Preis-Rede 2007 „Ultima ratio regis“ eine Vergleichslinie zwischen der Französischen Revolution und dem Totalitarismus des zwanzigsten Jahrhunderts, zwischen Paris und Posen, St. Just und Himmler. Gefragt wird nach dem Preis einer Freiheit ohne humane Verantwortung: „Woher kommt bei Büchners Protagonisten, die sich im Besitz des siegreichen Gesetzes der Geschichte glauben, das schlechte Gewissen?“

In seinem Buch *Die Häresie der Formlosigkeit* (2002, Neuauflage 2007) tritt er für die vorkonziliare Liturgie ein und kritisiert die Reformen des Zweiten Vatikanums als „Akt der Tyrannis“, ausgeübt von „Modernisierern und Fortschrittsgläubigen“. Seine Kritik als gläubiger Katholik und als „Feind des Kitsches“ richtet sich gegen eine Kirche, in der man die „Altäre gedeckt sieht wie Couchtische“, wie Felicitas von Lovenberg schreibt, und in der sich das Christentum immer weiter vom europäischen Westen entferne. Den Grund für diese Entfremdung sieht Martin Mosebach – in seiner Würdigung des Papstrücktritts (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12. Februar 2013) – in „der geistlichen Unfruchtbarkeit der nachkonziliaren Epoche“.

Martin Mosebachs Plädoyer für ein „Blasphemieverbot“ in der *Frankfurter Rundschau* vom 18. Juni 2012 ließ Kri-

tiker vom „Gotteskrieger im Tweedjackett“ (*Der Spiegel*) und „Deutschlands Religionspolizei“ (*Cicero*) sprechen. Mosebach fand aber auch Zustimmung, wie der Autor im Dezember 2012 bei einer Veranstaltung im Belgischen Haus in Köln sagte: etwa bei dem Philosophen Robert Spaemann. Wir sollten dem guten Rat von Mosebachs Büchner-Preis-Laudator Navid Kermani folgen und seine Texte genau lesen. Denn Mosebach, so Kermani, kritisiere beileibe nicht die Kunstrechte. Ihn störe die Blasphemie, wenn sie als „lässige Attitüde oder als kalkulierte Spielerei“, als „Schnörkel, Laune oder Ungezogenheit“ auftrete.

Dementsprechend verteidigt Mosebach das Privileg des Autors, sich in die „Verbrecher aus verlorener Ehre“ und die Kohlhaase einzufühlen“. Die Demarkationslinie der künstlerischen Freiheit aber verläuft für ihn entlang der „guten Sitten“, die das zivilierte Leben der menschlichen Gesellschaft regeln. Deshalb mahnt er in einer Nachbemerkung zu seinem umstrittenen Artikel: „Wer sich Verachtung gestattet, wird Wut ernsten und beschädigt das Zusammenleben aller.“

STAUNENDER REALISMUS

Martin Mosebachs Poetik ist einem „staunenden Realismus“ verpflichtet, den er als Fellow des Internationalen Kollegs Morphomata in Köln mit der liebevollen Geste erklärte, mit der der Schriftsteller die Träume aus der Tageswelt zu rekonstruieren verstehe und von innen heraus die Dinge auf ihre Qualität hin prüfe. Dem entgegen stehe der „depressive Realismus“

jener Autoren, die das Recht einklagten, in Arkadien geboren zu sein, aber in Wanne-Eickel lebten und dort an ihren Klagen stürzen. Auf diese Weise neigt Mosebach mehr zu einem philosophischen als zu einem politischen Schreiben.

Staunen ist der Anfang des Denkens, und Martin Mosebachs Werke sind eine elegante Schule des Selbst-Denkens. Fortschritt und Zeitgeist haben darin durchaus ihren Platz, sofern sie nicht historisch bewährte Grundwerte – wie die Verantwortung für die Freiheit des Wortes – gefährden.

ANMUT UND KÜHNHEIT

Auf diese Weise gemahnt Mosebach daran, dass der Mensch nicht nur eine politische und ästhetische Existenz hat, sondern in ihr auch stark von Geschichte und Tradition abhängt. Ohne die Besinnung auf ihren Auftrag, diese Tradition kontinuierlich zu entfalten, verflacht die Literatur.

Davon zeugen Mosebachs Romane des modernen Bürgertums und seine interkulturellen Reiseessays. In diesen Werken erweise sich der Autor – so begründete die Jury ihr Votum für den Literaturpreisträger der Konrad-Adenauer-Stiftung 2013 – „als eigenständiger Denker und als Stilist von außerordentlicher Sprachkraft, der durch Eleganz und geistreiche Ironie, durch Anmut und Kühnheit gleichermaßen überzeugt“.

Man muss also keine Krawatte tragen, um ein passabler Bürger zu sein. Aber man sollte wissen, dass jede bürgerliche Freiheit an Wert verliert und verflacht, wenn sie sich nicht an den Werten orientiert, aus denen sie in oft schwierigen Prozessen erwachsen ist. Nicht also Rückkehr zur Vergangenheit ist die Devise des bürgerlichen Schriftstellers Martin Mosebach, sondern die Bewahrung des Bewahrenswerten im Heute: „Hände weg vom Status quo!“ Und mag das auch eine intellektuelle Herausforderung sein, so ist es auf jeden Fall eine willkommene Einladung zur Diskussion um bürgerliche Werte.

Auswahlbibliografie Martin Mosebach

Stilleben mit wildem Tier. Erzählungen, Berlin Verlag, Berlin 1995, 176 Seiten, 8,99 Euro.

Die Türkin. Roman, Berlin Verlag, Berlin 1999. Neuauflage als Taschenbuch 2002; dtv, München 2008 (3. Aufl. 2011), 288 Seiten, 8,90 Euro.

Das Beben. Roman, Carl Hanser Verlag, München 2005, 416 Seiten, 24,90 Euro.

Schöne Literatur. Essays, Carl Hanser Verlag, München 2006, 240 Seiten, 19,90 Euro; dtv, München 2009, 240 Seiten, 9,90 Euro.

Ultima ratio regis. Rede zur Verleihung des Georg-Büchner-Preises. Mit der Laudatio von Navid Kermani, Carl Hanser Verlag, München 2007, 64 Seiten, 5,00 Euro.

Häresie der Formlosigkeit. Die römische Liturgie und ihr Feind. Erweiterte Neuausgabe, Carl Hanser Verlag, München 2007, 256 Seiten, 21,50 Euro.

Der Mond und das Mädchen. Roman, Carl Hanser Verlag, München 2007, 192 Seiten, 17,90 Euro.

Stadt der wilden Hunde. Nachrichten aus dem alltäglichen Indien, Carl Hanser Verlag, München 2008, 176 Seiten, 16,90 Euro.

Was davor geschah. Roman, Carl Hanser Verlag, München 2010, 336 Seiten, 21,90 Euro.

Als das Reisen noch geholfen hat: Von Büchern und Orten, Carl Hanser Verlag, München 2011, 496 Seiten, 21,90 Euro.

Schwarzbrot statt Fast Food

Gerechtigkeit ist nicht schnell, billig und einfach zu haben

ALEXANDER GRUBER

Geboren 1978 in Bonn, Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, Referent in der Abteilung Strategische Planung in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Berlin.

Bernhard Vogel et al. (Hrsg.): *Was ist Gerechtigkeit? Befunde im vereinten Deutschland*, Böhlau-Verlag, Köln 2012, 240 Seiten, 24,90 Euro.

Jörg Tremmel: *Eine Theorie der Generationengerechtigkeit*, mentis Verlag, Münster 2012, 341 Seiten, 48,00 Euro.

Als „Schwarzbrot“ bezeichnen nicht nur Journalisten gerne jene Themen, die schwieriger und komplexer sind; bei denen eine oberflächliche Beschäftigung und ein paar hingeworfene Phrasen für

eine ernsthafte Auseinandersetzung nicht ausreichen. In der breiten öffentlichen Debatte in Deutschland ist das Thema Gerechtigkeit das genaue Gegenteil von „Schwarzbrot“. Ob es um Bildungspolitik geht oder Entwicklungshilfe: Verkürzt auf das Schlagwort „soziale Gerechtigkeit“ dient es allzu oft dazu, inhaltliche Oberflächlichkeit zu übertünchen, Fakten beiseitezuschieben oder natürlich Applaus zu erheischen. Keine Frage: Die tatsächliche und gefühlte Gerechtigkeit – und noch mehr Ungerechtigkeit – in einer Gesellschaft entscheiden über das funktionierende Zusammenleben. Und abgesehen von Einschränkungen der persönlichen Freiheit dürfte den Menschen als soziales Wesen kaum etwas so umtreiben wie die Übervorteilung oder Benachteiligung.

Die wichtige Frage der Gerechtigkeit verkommt dabei zum thematischen und

argumentativen Fast Food – schnell, billig, einfach. Jeder kann sie haben und jeder hat eine Meinung dazu. Ein Grund dafür liegt in der Begrifflichkeit selbst – und das nicht erst seit der Erfindung von Talkshows und Blogs. Der Ökonom Friedrich August von Hayek nannte den Begriff „soziale Gerechtigkeit“ ein „Wieselwort“. Das Wiesel saugt Eier aus, lässt die Hülle aber intakt. Die Sozial- und Sprachwissenschaftler bezeichnen solche „Wieselworte“ als „notwendig strittige Begriffe“ – frei übersetzt nach dem englischen „essentially contested concepts“. Dazu zählen auch Begriffe wie Freiheit, Demokratie oder Kunst. Also all jene Wörter und Ideen, über deren Definition weitgehend Einigkeit herrscht, deren Interpretation aber strittig und umkämpft ist.

Im Falle von „Gerechtigkeit“ lässt sich die Diskussion rund 2.500 Jahre bis zu Sokrates zurückverfolgen. Doch selbst wenn der Streit über die Definition inzwischen in einer sehr schmalen Bandbreite abläuft, dürfte die Debatte darum, was tatsächlich gerecht ist, wohl mindestens weitere 2.500 Jahre andauern.

Das große Verdienst der beiden vorliegenden Bücher besteht darin, dass sie diese so wichtige Diskussion nicht einfach nur bereichern, sondern dass sie vor allem der Tiefe dieses Themas gerecht werden. Denn in beiden Werken wird sehr schnell deutlich: Gerechtigkeit ist eigentlich ein Schwarzbrot-Thema!

„KANNBRUCHSTELLE“ GENERATIONSKONFLIKT

Das zeigt sich bereits in der theoretischen Auseinandersetzung, wie Jörg Tremmel in

seiner zweiten Dissertation eindrucksvoll belegt. Tremmel, Juniorprofessor für Generationengerechte Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen, nimmt sich dabei konkret die Generationengerechtigkeit vor. Angesichts immenser Staatschulden, Klimaerwärmung oder der vermeintlich sicheren Lagerung atomarer Abfälle für Hunderttausende Jahre ist das gerechte Miteinander der Generationen eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Für einige Wissenschaftler hat ein Interessenkonflikt der Generationen sogar die Dimension einer „Kannbruchstelle“ für die Gesellschaft – ähnlich dem Konflikt zwischen Arm und Reich.

Tremmel hatte sich bereits in seiner ersten Doktorarbeit „Bevölkerungspolitik im Kontext ökologischer Generationengerechtigkeit“ mit diesem Thema aus politikwissenschaftlicher Sicht beschäftigt. Nun sucht er den Zugang über die Philosophie. Für Tremmel ist Philosophie die einzige Wissenschaft, die sich unmittelbar auf die Frage nach der Gerechtigkeit einlässe und den „Blick aufs Ganze und Umfassende“ richte. Er wagt diesen Blick aber nicht aus einem Elfenbeinturm heraus, sondern immer mit „Bezug zur wirklichen Welt“. Deshalb bedient er sich der ganzen Bandbreite der Gesellschaftswissenschaften und der empirischen Forschung. Herausgekommen ist eine ebenso faktenfundierte wie lebens- und praxisnahe, gut verständliche Abhandlung über ein hoch spannendes Thema.

Denn Tremmel belässt es nicht bei der Frage, was Generationengerechtigkeit eigentlich ist, sondern er geht drei interessanten Fragen nach: Schulden wir der kommenden Generation überhaupt etwas? Wenn ja, wovon? Und wenn ja, wie viel?

Dabei zeigt sich, dass selbst vermeintlich einfache Fragen nicht so einfach zu beantworten sind: Haben kommende Generationen überhaupt Rechte? Bestehen ihnen gegenüber Pflichten? Soll etwa die nachfolgende Generation „mindestens die gleich großen“ Chancen und Ressourcen haben wie die jetzige oder „möglichst größere“? Für Tremmel bedeutet Generationengerechtigkeit, „wenn die Chancen der Angehörigen der kommenden Generation, sich ihre Bedürfnisse erfüllen zu können, im Durchschnitt besser sind als die der Angehörigen ihrer Vorgänger-Generation.“ Eine Erörterung der Frage, was das für die politische Praxis und jeden einzelnen Politikbereich bedeutet, hätte Tremmels Dissertation gesprengt.

GERECHTER WIEDER- VEREINIGUNGSPROZESS?

Diese Fragen müssen von anderen beantwortet werden. Ein Sammelband hat genau das für den Prozess der Wiedervereinigung getan. Herausgeber sind Bernhard Vogel, Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, Michael Borchard, Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung der Stiftung sowie Thomas Schrapel, der dort Koordinator Neue Länder war. Das große Verdienst dieses Buches ist, dass es – um das Nahrungsbiß noch einmal aufzugreifen – systematisch „Fleisch an die Knochen“ der Gerechtsameitsdebatte um den Einigungsprozess bringt. Die Basis bilden ein pointierter Beitrag von Borchard und Schrapel über die philosophische Gerechtsameitsdebatte

als „Anleitung für die Politik“ sowie ein grundlegender Vortrag von Hans Maier aus dem Jahr 2001 über die historischen Voraussetzungen des Sozialstaates in Deutschland. Autoren wie Ulrich Blum oder Gert Pickel beleuchten dann Einzelaspekte genauer. Blum, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Halle-Wittenberg, geht etwa der Frage nach, ob der Aufbau Ost eine „gerechte Investition“ ist. Angesichts der Debatte um die Schlaglochtaufen in Gelsenkirchen und Görlitz eine hochaktuelle Gerechtsameitsfrage. Pickel, Professor für Religions- und Kirchensoziologie an der Universität Leipzig, arbeitet heraus, dass die Mentalitäts- und Einstellungsunterschiede bei den Ostdeutschen nicht einfach auf die Sozialisierung in der DDR zurückzuführen sind – wie das in manchen Diskussionen einfach behauptet wird. Abgerundet wird der Band mit einem spannenden Gespräch zwischen Bernhard Vogel und Arnold Vaatz über Recht und Gerechtigkeit in der DDR und im Wiedervereinigungsprozess. Das Buch ist deshalb so wertvoll, weil es eben keine der zahlreichen phrasenfüllten Aufsatzsammlungen ist, sondern weil es in die Tiefe geht. Weil die Autoren genau wie Tremmel mit empirischen Methoden arbeiten. Weil es reich ist an Daten, Fakten, Zitaten und reflektierten Gedanken.

Fazit: Es gibt gute Sachbücher, in die man hin und wieder einen Blick wirft. Und es gibt Sachbücher, die sind so gut und hilfreich, dass man sie sich in Griffweite für die tägliche Arbeit stellen sollte. Beide Bücher gehören zweifellos in die zweite Kategorie.

Ein Mann der klaren Konturen

Ein Nachruf auf Gerd Langguth

MICHAEL BORCHARD

Geboren 1967 in München, Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

BERND LÖHMAN

Geboren 1966 in Krefeld, Chefredakteur dieser Zeitschrift.

Zum ersten Mal begegneten wir Gerd Langguth Anfang der 1990er-Jahre im Politikwissenschaftlichen Seminar der Universität Bonn. Er hielt damals meist abendliche Proseminare, die in dem Ruf standen, spannend, aber auch nicht sehr gemütlich zu sein. Wer Einblicke in die politische Praxis bekommen wollte, wurde bestens bedient. Wer aber einen angenehmen Tagesausklang zu erleben hoffte, der hatte sich tief geschnitten. Bei aller Freundlichkeit, sogar fast liebevollen Zuwendung im persönlichen Umgang, wenn es politisch zur Sache ging, lag immer ein Zug Unduldsamkeit in der Luft – jedenfalls solange, bis die Seminarstunde endlich Fahrt aufgenommen hatte. Weg-

ducken konnte peinliche Folgen haben. Nicht besser erging es denen, die nur Bekanntnishaftes, Moralisierendes oder Weit-hergeholtes vorzutragen hatten. Und so mühten sich die erschreckten Proseminaristen um möglichst stichhaltige Argumente. Nicht selten vergeblich!

Einige Studentinnen und Studenten, so hieß es, veranlasste das zum Rückzug. Andere aber wussten es zu schätzen, dass Gerd Langguth, vielleicht ohne willentlich darauf hinzuwirken, deutlich machte, wie wenig die real existierende Politik ihre Heimat in den friedlich dämmrigen Studierstuben hat, sondern im Kern auch beinharte Auseinandersetzung ist. Man begann sich zu fragen, was es bedeutet hat, dass Gerd Langguth fast zwei Jahrzehnte zuvor auf dem Höhepunkt der 68er-Bewegung RCDS-Vorsitzender gewesen war. Wie konnte er die rabiaten Anfeindungen, die seine Funktion zu jener Zeit zwangsläufig auf sich zog, überhaupt durchstehen? Wie konnte er sogar mutige Akzente der Ab- und Gegenwehr setzen?

Haltung, Mut und Überzeugung waren nötig, das war allen sofort klar. Wie aber war es möglich, dass sich Gerd Langguth gleichsam neben sich stellen und während seiner Zeit als RCDS-Chef mit wissenschaftlicher Akribie und Distanz seine differenzierte Dissertation über die Protestbewegung schreiben konnte, die ihm gerade das Leben so schwer machte?

Am Ende konnten wir es uns nur so erklären: Gerd Langguth besitzt etwas Unbestechliches, vielleicht ein Gen, das ihn gegenüber vielen Anfeindungen immunisiert, ihn aber an gewissen Punkten auch schwer zugänglich macht. Nach unserer Vorstellung codierte es ihn auf die kantigen Maßstäbe von Argument und Gegenargument – unabhängig, ob es politische Gegner oder Freunde traf. Verwischungen im Sinne eines schmiegsamen, bisweilen aber auch versöhnlich verbindenden Sowohl-als-auch schienen weniger seine Sache zu sein.

Vielleicht war diese Neigung zur Zuspitzung mitverantwortlich dafür, dass ihm in seiner späteren Funktion als Geschäftsführender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, die ja auch durch Integration und Diplomatie wirksam ist, nicht immer nur eine glückliche Hand nachgesagt wird? Diese Phase, die sich an einen beeindruckenden Karriereweg unter anderem als Bundestagsabgeordneter, Bundesvorstandsmitglied der CDU, Direktor bei der Bundeszentrale für politische Bildung sowie Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund anschloss, hat aber nichts an seiner Zuneigung zur Stiftung geändert. Ihr war er zeit seines politischen und beruflichen Lebens eng verbunden: als Leiter des Bildungswerks Stuttgart (1975), aber vor allem, seit 1982 ununterbrochen, als Mitglied

der Stiftung. Und seine „intellektuelle Unzulässigkeit“ hat dazu geführt, dass er immer viel von der Stiftung erwartet hat: Mut und Gestaltungswillen gepaart mit Loyalität.

Eineinhalb Jahrzehnte blieben Gerd Langguth Zeit für seine intensive publizistische und politikwissenschaftliche Tätigkeit, in der er besondere Wirkung entfaltet hat. Er wurde zum viel gefragten Fachmann, zum klugen und ebenso scharfsinnigen wie scharfzüngigen politischen Analytiker. Die wissenschaftliche wie mediale Debatte über die CDU hat er stark geprägt. Nicht zuletzt mit Biografien, aber auch mit zahllosen Namensbeiträgen, die nie den akademischen Tiefgang vermissen ließen, hat er Maßstäbe gesetzt. Er war damit einer der wenigen Politikwissenschaftler mit öffentlicher Wirksamkeit, die nie einen Hehl aus ihrer Zugehörigkeit zur christlich-demokratischen Familie gemacht haben. Zugleich unerschrocken zu sein, Schwachstellen anzusprechen und doch den Zielen seiner Partei loyal zu sein, ist im Leben, erst recht in der Politik eine durchaus seltene, fraglos beachtenswerte Gabe, selbst wenn manch anderer sich in der einen oder anderen Frage ein nachsichtigeres Urteil gewünscht hätte. Seine geistreiche Replik auf die absurde Merkel-Kritik von Gertrud Höhler war ein Musterbeispiel für diese fundierte Loyalität.

Bei allem blieb Gerd Langguth ein Freund der CDU, allerdings, wie Warnfried Dettling es formuliert hat, ein „rückwärtslos offener“ Freund. Ein Freund von der Sorte, die man als Wegweiser, aber auch als Querdenker dringend braucht. Und dieser Freund, dieser kluge und kanige Zwischenrufer, wird uns fehlen.

Nicht überall nur willkommen!

Nicht „lupenreine Demokraten“ und Demokratieförderung

Mit kritischen Situationen und der Arbeit in schwierigen Umständen hat die Auslandsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in den über fünfzig Jahren ihrer Existenz immer wieder Erfahrungen gesammelt. Auf allen Kontinenten. In Lateinamerika etwa war schon früh und über lange Jahre die Frage, wie mit Militärdiktaturen wie in Chile umzugehen sei. Soll man unter solchen Umständen überhaupt im Land bleiben? Muss man sich dafür zu sehr verbiegen? Kann man andererseits durch eine solche Anwesenheit Solidarität zeigen, Partner vor Übergriffen schützen, am Wandel arbeiten? Lässt sich die Sicherheit eigener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewährleisten? Gerade Letzteres galt auch und immer wieder für die zahlreichen Bürgerkriegssituationen und bewaffneten Auseinandersetzungen, in denen sich diese oft wiederfanden, vom Mittelamerika der Sandinisten und „Contras“ über die vielfältigen Konflikte Afrikas bis ins heutige Afghanistan. Grundsatzfragen, die brennend aktuell klingen und sind.

DEMOKRATIEFÖRDERUNG IST NICHT OHNE RISIKO

Auch heute arbeitet die Stiftung in vielen Ländern, die den Standards westlicher Demokratien wenig oder gar nicht entsprechen. Nicht zuletzt deshalb rechtfertigt sich ja gerade die Anwesenheit einer Politischen Stiftung, die ihren Auftrag der Demokratieförderung weltweit ernst nimmt. Unsere Aufgabe ist es, an demokratischen Transitionen mitzuwirken, demokratische Akteure in Parteien und Zivilgesellschaft zu stärken, sie fit zu machen für den demokratischen Wettstreit. Dazu kann auch gehören, antagonistisch anmutende Auffassungen zusammenzubringen, Dialoge zu ermöglichen, Vertrauen aufzubauen. Denn oft, das hat der Wandel in Mittel- und Osteuropa gezeigt, geht es ohne die alten Eliten nicht oder zumindest nicht friedlich. Wie ein solcher Wandel erfolgreich sein kann, zeigen nicht nur länger zurückliegende Beispiele aus Spanien und Südafrika, sondern auch solche in der näheren östlichen Nachbarschaft.

Der Weg kann mühsam sein und ist nicht ohne Risiken, wie die zurückliegenden Monate und Jahre zeigen. Da hindert der aufbrechende „Arabische Frühling“ in Ägypten nichts daran, dass gegen Stiftungsvertreter unter fadenscheinigen Vorwänden ein politischer Prozess angezettelt wird, da ist es vorgekommen, dass in anderen Weltregionen ein Mitarbeiter verhaftet oder des Landes verwiesen wurde. Mitunter wird „nur“ die Einreise verweigert.

Einmalig ist der Vorgang, dass eine Regierung in einem nahöstlichen Staat über Nacht die Schließung eines Stiftungsbüros verordnet hat. Mitunter ist auch die Steuerfahndung ein Druckmittel. Jüngst in Sankt Petersburg führte die „Überprüfung von Software-Lizenzen“ zur Beschlagnahmung von Computern. Die öffentliche Aufregung hat berechtigterweise hohe Wellen geschlagen. Sie war ebenso wie die politische Unterstützung notwendig und wird hoffentlich für die ungestörte Arbeit der Politischen Stiftungen in Russland hilfreich sein.

BEEINTRÄCHTIGUNGEN SIND DIE AUSNAHME, NICHT DIE REGEL

Das Spektrum der Beeinträchtigungen ist breit, aber sie sind glücklicherweise nach wie vor die Ausnahme und nicht die Regel. Aber: Je politischer die Konrad-Adenauer-Stiftung auftritt – die politisch eher unverfänglichen Projekte der Genossenschaftsarbeit, der Kleinunternehmerförderung, der Managementausbildung oder der ländlichen Entwicklung gibt es kaum noch im Portfolio – desto größer die „Chance“, interessierten politischen und wirtschaftlichen Machteliten unbequem und der „Einmischung in die inneren

Angelegenheiten“ geziehen zu werden. Der Ausgang von Transitionsprozessen ist allemal offen – und auch Rückschläge sind nie auszuschließen.

In Deutschland allerdings muss immer wieder dafür geworben werden, sich in solchen Situationen nicht voreilig zurückzuziehen. Der Grundsatz etwa, dass oft ein vertrauensvolles Hintergrundgespräch mehr bewirken kann als die flotte öffentliche Stellungnahme, hat nicht nur Anhänger. Zu Recht wird gerade in sensiblen Fragen der Menschenrechte immer wieder „klare Kante“ angemahnt, gleichwohl gibt es dafür unterschiedliche Formate. Der Dialog auch mit denen, die nach unseren Maßstäben nicht unbedingt als luppenreine Demokraten durchgehen, kann sinnvoll und nötig sein, will man sich möglicher Einflusschancen nicht selbst berauben. Das hat mit Werterelativismus nichts zu tun. Und die reine Anwesenheit in autoritären Staaten darf nicht als eine Identifizierung mit deren Gesellschaftsmodell missverstanden werden.

EUROPA MUSS SEINE HAUSAUFGABEN ERLEDIGEN

Auch jenseits autoritärer Strukturen wird der Wind rauer. Gerade aufstrebende Schwellenländer begegnen Beratungs- und Dialogangeboten mit einem neuen und gestärkten Selbstbewusstsein. Die Nachfrage nach unseren Angeboten von repräsentativer Parteidemokratie und Sozialer Marktwirtschaft lebt nicht zuletzt von der Ausstrahlung des eigenen Modells – und da hört man international vermehrt den Hinweis auf zu erledigende Hausaufgaben in Europa. Gleichzeitig beeindruckt speziell die wirtschaftliche Entwicklung neuer Systemkonkurrenten wie China – manchmal bis hinein ins deutsche Unternehmerlager, das die ausgeprägten Partizipationsstrukturen in der Heimat nicht immer als Segen empfindet und gern die „Effizienz“ an anderen Standorten preist, unabhängig von deren demokratischer Qualität.

Ein gewisses Spannungsverhältnis wird unsere Standort- und Programmentscheidungen sicher auch künftig prägen: Mit wem lässt sich wo was wirkungsvoll umsetzen, in welchen Formaten und unter unterschiedlichsten Bedingungen, im Sinne der Demokratieförderung weltweit? An der Lösung dieser Frage mitzuwirken, bleibt für alle Beteiligten im In- und Ausland eine verantwortungsvolle und lohnende Aufgabe.

*Frank Priess
Stellvertretender Leiter der Europäischen und
Internationalen Zusammenarbeit*

Die nächste Ausgabe erscheint im August 2013
zum Thema

Lebensqualität

Was hat Politik damit zu tun?

Hierzu schreiben unter anderen Julia Klöckner, Andrea Seibel, Max A. Höfer, Andreas Möller und Walter Schiedler.

IMPRESSUM

Nr. 520, Mai/Juni 2013, 58. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad
Adenauer
Stiftung

Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von

Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering,
Bernhard Vogel

Begründet 1956 von

Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Geschäftsführung

Walter Bajohr

Redaktion

Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Rita Anna Tüpper-Fotiadiis (Redakteurin)
Redaktionsassistenz: Cornelia Wurm
Studentische Hilfskraft: Roman Harbort

Anschrift

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10
rita.tuepper-fotiadiis@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34
Faxnummer: (05 41) 31 04 40
C.Brinkmann@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €
zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten
erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugs-
dauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern
das Abonnement nicht bis zum 15. November eines
Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über
den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Po-
litischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten
die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch
bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich
abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch
Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.

FUNDSTÜCK

st nach zehn Jahren — Lebensgemeinschaft mit einem Wurzelpilz

ie in Europa blühen. Lebensvoraussetzungen: Kultivator — Chemie und gehören Warmhaus Holzstoff je Blüte, so- chemischer Dünge.

en arbeitet der bekann- der DDR. Ungeahnter voll ist seine „Werk- leugengläser enthalten Farben Agar-Agar in ker, Vitamin, Befre- ion; der für das Keimen Wert (Säuregrad) ist mit und wird elektrome- diesem Agar-Agar ent- taubkorngrößen Samen Pünktchen

ar-Agar ein werden. N iniatürpflan- seitigen Ver- schlossene Jahr in klei-

im 4. oder 5. Jahr in größere Töpfe und tra- gen nach 8 bis 10 Jahren Blüten. Bei der ersten Blüte wird die Selektion vorgenommen, um die schönsten Typen für Schnittblumen zu gewinnen.

Die Orchidee lebt in Gemeinschaft (Sym- biose) mit einem Wurzelpilz, der nötig ist zum Keimen des Samens, zur Erlangung voller Uppigkeit, Wüchsigkeit und höchster Farbenkraft. Ohne Symbiose — auf Tonfuß herangezogen — braucht die Orchidee zum Wachsen und Blühen noch weit mehr Zeit. Auch dieser wunderwirkende Pilz wird im Labor gezogen. Orchideenwurzeln zerteilt der Gärtner in mikroskopische Schnitte und entnimmt ihnen im Mikroskop mit der Pinzette graues, schimmelartiges Gewebe, den Wurzel-

Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der DDR stand am Ende eines Eskalationsprozesses. Die SED-Führung versuchte, den „beschleunigten Aufbau des Sozialismus“ mit totalitären Methoden zu erzwingen. Seit Jahresbeginn 1953 wurden Bauern aus dem Lande gedrängt, Selbstständige und andere „bürgerliche Elemente“ schikaniert und die Kirchen verfolgt. Ein zentrales Angriffsziel der staatlichen Repression war die kirchliche Jugend — die evangelische „Junge Gemeinde“ und die katholische Pfarrjugend —, die an den „Erweiterten Oberschulen“ viele Mitglieder hatte. In den Wochen vor dem 17. Juni wurden Hunderte Jugendliche wegen ihres Engagements von den Schulen verwiesen. Die sowjetische Besatzungsmacht nahm die wachsende Verbitterung der ostdeutschen Bevölkerung bewusster als die SED wahr und zwang die DDR-Regierung Anfang Juni 1953, unter anderem die Zwangsmaßnahmen gegenüber den Kirchen zurückzunehmen. Dieses Zurückweichen gibt der abgedruckte Presseartikel vom 12. Juni 1953 aus der Tageszeitung der CDU der DDR „Neue Zeit“ wieder. Da längst nicht alle repressiven Maßnahmen, insbesondere die die Arbeiterschaft belastenden Normerhöhungen, revidiert wurden, kam es dennoch zum Volksaufstand.

Wolfgang Tischner
Wissenschaftliche Dienste / Archiv für
Christlich-Demokratische Politik

lfen

lieder

ienmitglied aufzuweisen. Vater Behr war seine 18 Sohn Eric leichten, er konnte Leistungsbu diesem Jahr Autoschlüssel, die 212 Se diesem Jahr ih Frau Behr und Ingrid, nur (!) 166 in auch eine

mert in d stelle. Ihr bautstelle. I arbeitet sie au werkes. 850 ne wurden b 113 Zentner stall kommt d hat sich eitere 750 A

Zaub

resdner Fl

elnem graue Stetzzch, hän „Chemisch zu lesen. Drift verbl eigener Art hinaus beka Vierzig öffn anz anders Dresdner F altes, gebü Kinderglaub

finbarer Geruch — lb nach Heilkräutern — außerstübchen“. Blitz- der Wahlspur: „Auf hält an, aber sauber muß links hängen, mit kle- zeichnet, die „Patien- Kundenkleid, auf dessen

mit dem Zauberwasser in der Hand rücken sie seither mit viel Geduld, Liebe und Ge- schick den fleckigen Stoffen zuliebe. Alle Arten von Flecken kann man herbringen, sei es Tinte oder Rotwein, Rost oder Wagenschmier. Keine schadhafte Stelle bleibt im Gewebe. Restlos ist der Fleck verschwunden, weiß der Himmel wie! Eine Bitte hat die Fleckenfrau, die sie jedem Kunden ans Herz

9. JAHRGANG — Nr. 134

PREIS 20 PFG.
(IN BERLIN 15 PFG.)

TAGESZE

Besprechung v und der

Wortlaut des Kommu

Berlin (ADN). Das Presseamt beim Mi- mit: Auf Wunsch der Konferenz der Evangel innerhalb der Deutschen Demokratischen Rep

An der Besprechung nahmen seitens der Kirchen teil: Bischof D. Dr. Dibelius, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof D. Mitzenheim, Thüringen, Bischof D. Müller, Magdeburg, Bischof D. Dr. Beste, Mecklenburg, Bischof D. Hahn, Dresden, Bischof D. von Scheven, Greifswald, Oberkirchenrat Schröter, Dessau-Anhalt, Oberkirchenrat Fränkel, Görlitz, Generalsuperintendent Krummacher, Berlin, Propst D. Grüber, Bevollmächtigter des Rates der EK bei der Regierung der DDR.

Als Vertreter des Ministerates waren anwesend: Der Ministerpräsident Otto Grotewohl, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten Otto Nuschke, der Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für Unterricht, Wissenschaft und Kunst, Minister Dr. Wandel, der Minister für Staatssicherheit, Zaisser, und der Vertreter des Staatssekretariats für innere Angelegenheiten, Grötschel.

Gegenstand der Besprechung war die Überprüfung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik. In der vom Geiste gegenseitiger Verständigung gefragten Verhandlung wurde für die Wiederherstellung eines normalen Zustandes zwischen Staat und Kirche weitgehende Übereinstimmung erzielt. Die einmütige Auffassung, daß die Herbeiführung der Einheit unseres Vaterlandes und die Schaffung eines Friedensvertrages heute das dringendste Anliegen aller Deutschen ist, erfordert die Überwindung der Gegensätze, die dieser Entwicklung entgegenstehen. Darum wurde staatlicherseits die Bereitwilligkeit erklärt, das kirchliche Eigenleben nach den Bestimmungen der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik zu gewährleisten. Die Vertreter der Kirche erklärten ihrerseits, auf verfassungswidrige Eingriffe und Einwirkungen in das wirtschaftliche und politische Leben zu verzichten.

Auf der Grundlage dieser Übereinstimmung sind folgende Anordnungen getroffen:

1. Es sind keinerlei weitere Maßnahmen gegen die sogenannte „Junge Gemeinde“ und sonstige kirchliche Einrichtungen einzuleiten. Das Amt für Jugendfragen beim Stellvertreter des Ministerpräsidenten W. Ulbricht wird beauftragt, unter Teilnahme von Vertretern der Kirche, der „Jungen Gemeinde“ und der Freien

Kommuniqué Zentralkomitee

NEUE ZEIT

DEUTSCHLAND-AUSGABE

ITUNG DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UNION DEUTSCHLANDS

BERLIN, FREI

12. JUNI 1953

on Vertretern des Ministerrats Evangelischen Kirchen

niques des Presseamtes beim Ministerpräsidenten

Ministerpräsidenten teilt
lischen Landeskirchen
ab und auf Veran-

lassung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl fand am 10. Juni 1953
eine Besprechung zwischen Vertretern des Ministerrates und Ver-
tretern der Evangelischen Kirchen statt.

Deutschen Jugend eine Klärung über alle strittigen Fragen in bezug auf die „Junge Ge-
meinde“ herbeizuführen.

2. Alle im Zusammenhang mit der Überprüfung der Oberschüler und der Diskussion über die Tätigkeit der „Jungen Gemeinde“ aus den Oberschulen entstiegenen Schüler sind sofort wieder zum Unterricht zuzulassen. Es ist ihnen die Möglichkeit zu geben, die versäumten Prüfungen nachzuholen. Wegen der Wiedereinstellung der aus dem gleichen Anlaß entlassenen Lehrer hat das Ministerium für Volksbildung eine sofortige Prüfung und Entscheidung durchzuführen.

3. Alle im Zusammenhang mit der Zugehörigkeit zur Evangelischen Studentengemeinde oder sonstigen Studenten-Gemeinden ausgesprochenen Exmatrikulationen sind sofort von dem Statthalterkantariat für Hochschulwesen zu überprüfen und bis zum 20. Juni 1953 zu entscheiden.

4. Das Ministerium für Volksbildung hat Richtlinien über die Abhaltung des Religions-Unterrichtes in den Schulgebäuden sofort auszuarbeiten. Die seit dem 1. Januar 1953 erfolgten Einschränkungen der Abhaltung des

Religions-Unterrichtes in den Schulgebäuden sind zu überprüfen und zu beseitigen.

5. Die beschlagnahmten Einrichtungen und Anstalten kirchlichen Charakters sind an die früheren Verwaltungen zurückzugeben. Das betrifft die Pfleiferschen Stiftungen in Magdeburg, die Neinstedter Anstalten in Neinstedt und das Altersheim Seyda, Kreis Jessen/Elster. Das Schloß Mansfeld bleibt dagegen in der Verwaltung des Kombinats Mansfeld und dient als Kulturhaus und Erholungsheim für Bergarbeiter des Kombinats Mansfeld.

6. Wegen der Belegung und Verteilung der Ferienplätze in den kirchlichen Heimen an der Ostsee wird die Durchführung und Entscheidung dem Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten übertragen.

7. Die Urteile der Gerichte sind zu überprüfen und ungerechte Härten zu beseitigen.

8. Die Verordnung über die Anmeldepflicht von Veranstaltungen vom 29. März 1951 ist zu überprüfen, und Härten sind auszugleichen.

9. Die staatlichen Zuschüsse an die Kirchen werden nach den vereinbarten Regeln zur Auszahlung gebracht.

Antrittsbesuch W. S. Semjonow
im Schloß Niederschönhausen

Berlin (ADN). Der Hohe Kommissar UdSSR in Deutschland, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter W. S. Semjonow, statte am Mittwoch dem Präsidenten der Volkskammer, Dr. Johannes Dieckmann, der den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik in seiner Abwesenheit vertritt, einen offiziellen Besuch ab.

Bei dem Besuch waren zugegen der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, die Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, Heinrich Rau, Otto Nuschke, Dr. Hans Lüdemann und Paul Scholz, der Chef der Privatkanzlei des Präsidenten, Otto Winzer, der Chef des Präsidialkanzlei, Max Opitz, und der Chef des Protokolls, Ferdinand Thum.

Den Hohen Kommissar der UdSSR Deutschland begleiteten der Stellvertreter des Hohen Kommissars in Deutschland, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter P. F. Judin, und die verantwortlichen Mitarbeiter des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland. Die Rede des Botschafters W. S. Semjonow wurde in Vertretung des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik vom Präsidenten der Volkskammer Dr. Johannes Dieckmann erwähnt.

Beim Eintreffen des Hohen Kommissars UdSSR in Deutschland, W. S. Semjonow Schloß Niederschönhausen war eine Ehrenkompanie angefreut. Die Kapelle der Ehrenkompanie intonierte die Nationalhymne der UdSSR und der Deutschen Demokratischen Republik.

Anordnungen der Regierung der DDR

Mitteilung des Presseamtes beim Ministerpräsidenten

Berlin (ADN). Vom Presseamt beim Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik wird mitgeteilt:

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stellt fest, daß in letzter Zeit eine Reihe Fehler gegenüber Großbauern und sogar Mittelbauern begangen worden sind. Das hat seinen Ausdruck in einer Reihe von Verordnungen gefunden, zum Beispiel in den Verordnungen über devastierte Betriebe, über Kreditgewährung, in außerordentlichen Maßnahmen der Erfassung, in verschärften Methoden der Steuererhöhung sowie in der Vernachlässigung der Einzelbauern durch die Maschinen-Traktoren-Stationen. Bei der Durchführung dieser Verordnungen und Anordnungen sind ernste Fehler in den Bezirken, Kreisen und Orten begangen worden. Die Folge ist das Verlassen von Bauernhöfen durch ihre Besitzer.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat angeordnet, daß solche Verordnungen, die die Entwicklung der Bauernwirtschaften hindern, aufgehoben werden. In Übereinstimmung mit den Vorschlägen, die auf der gemeinsamen Konferenz der Vertreter der werktätigen Bauern, der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und der Maschinen-Traktoren-Stationen und der Vertreter des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands angeregt wurden, hat die Regierung folgendes veranlaßt:

1. Die Verordnung vom 19. Februar 1953 betreffend Übernahme devastierter Betriebe wird aufgehoben. Es wird untersagt, in landwirtschaftlichen Betrieben wegen Nichterfüllung der Ablieferungsverpflichtungen oder wegen Steuerrückständen Trehänder einzusetzen.

Die Bauern, die im Zusammenhang Schwierigkeiten in der Weiterführung ihrer Wirtschaft ihre Höfe verlassen haben nach Westberlin oder Westdeutschland, flüchtig sind (Kleinbauern, Mittelbauern, Großbauern) können auf ihre Bauern zurückkehren. Wenn das in Ausnahmefällen nicht möglich ist, so erhalten sie volle Ersatz. Es wird ihnen mit Krediten und landwirtschaftlichem Inventar geholfen, Wirtschaften weiterzuführen.

2. Die Kreditrichtlinien der Deutschen Bauernbank vom 6. Dezember 1952 werden aufgehoben. Die Bauernbank ist ermächtigt, alle Bauernwirtschaften kurzfristige Kredite zu gewähren, mit deren Hilfe die Entwicklung der Bauernwirtschaften möglich ist. Antrag können sowohl werktätige Bauern wie Großbauern auch langfristige Kredite erhalten.

3. Die Erfassungsorgane und Steuerbehörden sind verpflichtet, die Ablieferung und Steuererhebung so durchzuführen, daß Weiterführung der betreffenden Wirtschaft gewährleistet ist. Strafen, die im Zusammenhang mit der Erfassung und

der Sitzung des Politbüros des ZKs der SED vom 9. Juni 1953